GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 8909. Postscheckkonto Berlin. Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 197 B — BERLIN • Dienstag, den 23. August 1932 — 1. JAHRGANG

Wie eine Republik gegen ihre Feinde vorgeht: Enteignung und Verbannung.

Nach dem Militärputsch in Spanien.

H. P. Madrid, Mitte August 1932.

Mit großer Befriedigung hat Azana in den Cortes, denen er im Zusammenhang die Ereignisse des 10. August schilderte, erklärt, daß dieser Putsch in hohem Maße der Republik gedient habe.

In der Tat, der ganze reaktionäre Klüngel, soweit er noch in Spanien war, hat sich in den Tagen des energischen Zugreifens der Regierung verflüchtigt und belebt zur Zeit, wie die Zeitungen berichten, die Hotels in Portugal und, wie anzunehmen ist, auch die in Frankreich. Die Republik hat einen glänzenden Sieg errungen. An eine Wiederherstellung der Monarchie ist nach diesem entscheidenden Schlag gegen die Reaktion nicht mehr zu denken. Freilich bleibt noch ein drohendes Fragezeichen: Die Wahl, die mit Hilfe des Frauenstimmrechts zu einer reaktionäreren Zusammensetzung des Parlaments führen könnte. Aber selbst in diesem Falle, wenn die Wahlen ungünstig ausfallen sollten, werden die Reaktionäre auf die Unpopularität der Monarchie Rücksicht nehmen müssen. Immerhin bleibt die Gefahr, daß Spanien eine *reaktionäre Republik* wird.

Azanas Heeresreform hat Schluß gemacht mit dem aufgeblähten Offizierkörper. Ein Teil der ausgeschiedenen Offiziere, obwohl weiterhin noch besoldet, verschwörten sich und organisierten mit dem General Sanjurjo den Aufstand. Es ist noch in Erinnerung, daß Azana, der die zweifelhafte Haltung dieses Generals kannte, ihm das Oberkommando über die Guardia Civil aus der Hand nahm. Diese Maßnahme erwies sich als überaus notwendig, denn diese Truppe in der Hand Sanjurjos hätte der Republik sehr zu schaffen machen können.

Der große Einfluß auf die Guardia Civil und die Zuneigung dieser Truppe zu dem General zeigte sich in Sevilla, wo es Sanjurjo gelang, die dort stationierte Abteilung sofort auf seine Seite zu bringen. Sanjurjo, ein Mann von Energie und unersetzlich für die Reaktion, hielt wohl den Zeitpunkt für gekommen, eine Aenderung der Dinge in Spanien zu betreiben. Die zu Ende gehenden Beratungen der Agrarreform und des Statuts für Katalonien schienen den aristokratischen Bestrebungen unüberwindliche Hindernisse für eine spätere Wiederherstellung der alten Ordnung in den Weg zu legen. Es galt also, noch vorher den Schlag zu führen, der um so mehr Aussicht hatte, zu gelingen, als die Rechtsagitation im Volke mehr und mehr Boden gewann.

Sanjurjo hat aber die *aktive* Teilnahme aller Unzufriedenen überschätzt. Selbst seine näheren Freunde haben nach seinen eigenen Worten nicht gehalten, was sie versprochen hatten. Er allein, als Draufgänger und einzige Energiequelle der Reaktion, hat in Sevilla für kurze Zeit die Macht übernehmen können. Aber kaum wurde in Sevilla der Madrider Mißerfolg bekannt, als der größte Teil der sich ihm angeschlossenen Offiziere den Gehorsam verweigerte und damit die Stellung Sanjurjos in Sevilla unhaltbar machte. Er entledigte sich der Uniform und versuchte als Zivilist nach Portugal zu entkommen, wurde aber außerhalb Sevillas verhaftet.

Der Aufstand, wie er in Madrid sich abspielte, war eine kaum glaubliche Stümperei. Durch einen schändlichen Betrug haben die Offiziere unerfahrene Soldaten für ihre Zwecke gewonnen, von denen einige bei ihrer Verhaftung weinend gestanden, daß sie erst seit einigen Tagen beim Militär seien und nicht gewußt hätten, was man ihnen befohlen habe. Auf andere Weise hätten sie die Soldaten nicht für sich gewinnen können, denn es finden sich in Spanien kaum Arbeiter, die für die Wiederherstellung des verruchten monarchischen Systems ihr Leben in die Schanze schlügen. Acht Tote, darunter auch einige Offiziere, und mehrere Verletzte hat der Kampf gefordert. Die Polizeikräfte hatten nur wenige Verletzte, ein Zeichen, wie wenig stark der Widerstand der Meuterer war.

Zum ersten Male zeigte sich die Bedeutung der Guardias de Asalto, der Sturmtruppen, oder besser gesagt, der Ueberfallkommandos. Schon vor längerer Zeit schrieben wir, daß diese Truppe ein Gegengewicht zur unzuverlässigen Guardia Civil darstellen soll. Tatsächlich hat diese Truppe mit der städtischen Polizei allein den Aufstand niedergeschlagen, ohne Teilnahme der Guardia Civil. Städtische Polizei und die Guardias de Asalto haben sich als wirkungsvolle und zuverlässige Truppen erwiesen. Ein Madrider Montagsblatt bezeichnet die Einführung der Ueberfalltruppen angesichts der glänzenden Bewährung als einen „überaus glücklichen Gedanken". Man will nun den Stand der Truppe auf 16 000 Mann bringen und dabei, wie man mit Recht vermuten darf, die Guardia Civil entsprechend abbauen. In Sevilla wurde die ganze Besatzung entwaffnet und verhaftet. Ein Ersatz wird nicht mehr geschaffen werden.

Die Maßnahmen der Regierung haben unter den Monarchisten große Panik verursacht. Alle Rechtszeitungen, so die großen Tageszeitungen, wie „ABC" und „El Debate", die, wie man hört, sogar vom Staat beschlagnahmt werden sollen wegen einer noch nicht bezahlten Schuld an den Staat, wurden verboten. Es erscheinen nur noch republikanische Zeitungen. Zahlreiche Verhaftungen in allen Teilen Spaniens wurden vorgenommen. Eine große Anzahl Offiziere wurde in den Ruhestand versetzt und soweit sie aktiv an der Aufstandsbewegung teilgenommen haben, vor Gericht gestellt und abgesetzt. Die Ruhegehälter für die Aufständischen werden gestrichen. An eine Erschießung der Führer des Aufstandes ist nicht gedacht. Vermutlich werden sie nach Afrika geschickt.

*

Eine auffallende Zurückhaltung legten die katholischen Kreise an den Tag. Zwar flog auch diesmal wieder die Aufforderung, Kirchen und Klöster zu stürmen, von Mund zu Mund, aber sie führte nur in Sevilla und Granada zu Taten. Zweifellos kommt den Katholiken der Husarenritt Sanjurjos sehr ungelegen. Sie, die auch als Reaktionäre gelten, sehen sich nunmehr wieder vor viel größeren Schwierigkeiten in ihrer Arbeit für die kommenden Wahlen. Klug wie sie sind, halten sie es für besser, den Sturm vorüberziehen zu lassen und dann von neuem ihre planmäßige Arbeit an der Erziehung von Wählern aufzunehmen.

Die Arbeiterorganisationen brauchten nicht in Tätigkeit zu treten. Die freien Gewerkschaften und auch die syndikalistischen hatten ihre Bereitschaft zur Niederschlagung des Aufstandes erklärt. Zu den Zügen, die sich spontan bildeten, muß gesagt werden, daß rote Fahnen nicht mitgeführt wurden. Zwar wurde versucht, von seiten der Kommunisten im Zug auch ein rotes Transparent mit Parolen gegen den Militarismus zu entfalten. Aber es wurde sogleich unter Händeklatschen des größten Teils der Teilnehmer von den Guardias de Asalto (die ja auch die Aufgabe haben, revolutionäre Kundgebungen der Arbeiterschaft zu verhindern!) entfernt. Rote Fahnen sind ein seltenes Bild in Spanien. Auf dem Volkshaus wurde die rote Fahne gehißt, aber selbst dies führte zu Beschwerden von „Republikanern", die hierin einen Mißton sehen. Anerkennenswerter Weise hat sich die Verwaltung geweigert, eine andere Fahne zu hissen.

Die SP und die UGT haben einen Aufruf erlassen, in dem aufgefordert wurde, abzuwarten, Ernst und Entschlossenheit zu wahren. Die SP hätte einen begründeten Anlaß gehabt, die Arbeiterschaft zu einem eintägigen Streik aufzurufen und eine Arbeiterdemonstration zu organisieren, die nicht nur den roten Fahnen den ihnen gebührenden Respekt verschafft hätte, sondern die auch den Reaktionären unter den

Das Urteil gegen die Ohlauer Reichsbannerleute

Unter starkem Andrang des Publikums und in Anwesenheit des Breslauer Oberlandesgerichtspräsidenten Witte wurde am Montag vormittag im Brieger Sondergerichtsverfahren das Urteil wegen der Vorgänge in Ohlau (am 10. Juli) verkündet.

Von den Hauptangeklagten wurden verurteilt wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Waffenmißbrauch und wegen schweren Aufruhrs

der Ortsgruppenführer des „Reichsbanners", Blech, zu vier Jahren Zuchthaus;

der Kreisleiter des „Reichsbanners", Durnick, zu drei Jahren Zuchthaus;

Vannin sen. wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung zu zwei Jahren Zuchthaus;

Gewerkschaftssekretär Strulick zu 1½ Jahren Gefängnis;

Stadtrat Manche zu einem Jahr Gefängnis.

(Diese beiden wegen einfachen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Raufhandel.)

Frau Kose wegen schweren Landfriedensbruchs zu sechs Monaten Gefängnis;

Frau Morawe zu drei Monaten Gefängnis.

Die weiteren Strafen bewegen sich zwischen einem Jahr und drei Monaten Gefängnis.

*

Wir werden auf das Urteil noch zurückkommen.

Der Staatsanwalt, der die noch über diese Strafen hinausgehenden Anträge stellte, wird weiter gekennzeichnet durch die Art seiner Argumentation:

Es sei zwar *nicht erwiesen, aber sehr naheliegend*, daß das „Reichsbanner-Treffen" zu dem Zweck veranstaltet wurde, den Ueberfall auf die Nationalsozialisten vorzubreiten.

Diese Unterstellung suchte der Staatsanwalt unter anderem damit zu begnügen, daß auf dem „Reichsbanner-Treffen" „Hetzreden" gehalten worden seien.

Weiteres aus den Argumenten des Staatsanwalts: Die in Ohlau Ueberfallenen gehörten doch den Kreisen an, die sich den Wiederaufbau Deutschlands zur Aufgabe gemacht hätten.

Die im Prozeß erwiesene Schuld der Nazis verschwieg der Staatsanwalt in seinem Plädoyer. Der Verteidiger des „Reichsbanners" stellte sie nochmals fest: 1. Ueberfall eines „Reichsbanner"-Manns durch SA-Leute; 2. Sturm von SA auf ein Haus in der Oderstraße.

Im übrigen stellte der Verteidiger zu den angeblichen Hetzreden fest, daß man scharfe politische Reden nicht als Vorbereitung zu einem Ueberfall ansehen könne.

Noch etwas sehr Merkwürdiges: der Sturm auf das Haus in der Oderstraße, bei dem zwei Frauen von den Schüssen der SA-Leute verletzt wurden, soll — so erklärte der Staatsanwalt — Gegenstand eines besonderen Verfahrens sein. „Es wäre nicht die Absicht der Justizbehörden, das Verbrechen in der Oderstraße unter den Tisch fallen zu lassen."

Strafanträge gegen die Kommunistenmörder in Potempa.

In dem Beuthener Sondergerichtsverfahren gegen die wegen Totschlags bzw. Beihilfe an dem Kommunisten Piotrzuch angeklagten Personen stellte am Montag der Oberstaatsanwalt Lachmann folgende Anträge:

Gegen Kottisch, Gräupner, Müller, Lachmann und Wollitza Todesstrafe und zwei Jahre Zuchthaus; gegen Lachmann außerdem die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für dauernd, da er sich in besonders gemeiner Weise zu der Tat hergegeben hat.

Gegen Hoppe und Nowack beantragte er wegen Beihilfe je fünf Jahre Zuchthaus.

*

Diese Anträge sind so, daß sie dem Rechtsgefühl weiter, besonders der linken, Kreise nicht, wie so viele andere der jüngsten Zeit, als eine Klassenäußerung erscheinen. — Freilich: auch manche Fememörder sind zum Tode sogar verurteilt worden, die heute noch leben!

Republikanern die Macht der Arbeiterklasse vor Augen geführt hätte. Aber die SP Spaniens hat die gleiche Taktik wie ihre Schwester in Deutschland: „Abwarten, bis wir euch rufen!“ Aber sie rufen nicht, denn sie fürchten, und in Spanien mehr als in Deutschland, daß ihnen die Massen aus den Händen gleiten. Sie verzichten auf die Demonstration ihrer Macht und glauben, es genüge anzugeben, wieviele Mitglieder ihre Organisationen zählen. Nur durch diese Zurückhaltung, die keinen Enthusiasmus auszulösen vermag, wächst der neue spanische Nationalismus unter der republikanischen Flagge.

In den Außenvierteln Madrids herrschte an dem Tage des Aufstandes völlige Ruhe und offensichtliche Nichtbeteiligung des größeren Teils der Arbeiterschaft.

Das Ergebnis?

Unter den Republikanern herrscht heute die fröhliche Stimmung derjenigen, die einen schweren Sturm hinter sich haben und vor sich ruhiges Gewässer sehen. Sanjurjo, der die Monarchie wollte und die Republik kräftigte, glich der Kraft, die das Böse will und stets das Gute schafft. Für die Arbeiterschaft ist kein Zuwachs an Macht herausgesprungen.

Den Reaktionären auf den Fersen.

Die Cortes beschließen ein Enteignungsgesetz.

H. P. Der Monarchistenanschlag hat wieder Leben in die spanische Republik gebracht. Die Verhaftungen im ganzen Lande dauern immer noch an. Täglich ergehen Verordnungen, die entscheidende Aenderungen in der Organisation der Wehrmacht und Polizei betreffen. Zahlreiche Offiziere werden abgesetzt oder in den Ruhestand gebracht. Die Guardia Civil wird direkt der Leitung für öffentliche Sicherheit unterstellt und steht damit unter strenger republikanischer Aufsicht. Wie verlautet, werden eine große Anzahl der Aufständischen nach Afrika deportiert werden.

Die Arbeiter, über deren Deportation wir neulich berichteten, sind inzwischen freigelassen worden.

Azaña gibt sich aber mit diesen Maßnahmen nicht zufrieden, sondern will den Gegner an der Wurzel fassen. Zu diesem Zweck ist in den Cortes ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der die entschädigungslose Enteignung des Grundbesitzes und landwirtschaftlicher Güter aller jener Personen vorsieht, die sich an dem Aufstand in irgend einer Weise beteiligt haben. Das enteignete Land soll gemäß den Zielen der Agrarreform, die noch in Beratung steht, verwendet werden. Häuser und Güter, die sich innerhalb des Bereichs von Ortschaften mit weniger als 1500 Einwohnern befinden, können zu Sanatorien, Kinderheimen, landwirtschaftlichen Versuchsstätten verwendet werden.

Es handelt sich um Großgrundbesitzer mit riesigen Gütern. So besitzt der Herzog von Medinaceli, der verhaftet ist, 90 000 Hektar und der ebenfalls verhaftete Herzog von Infantado etwa 40 000 Hektar, also zusammen 130 000 Hektar. Es kann aber sein, daß sie noch mehr besitzen, denn diese Zahl entspricht ihrer Steuererklärung. Der Wert dieses Landes wird auf 140 Millionen Pesetas geschätzt.

Dieses Gesetz, das zweifellos geeignet ist, die Feinde der Republik empfindlich zu treffen, ist nunmehr mit 262 gegen 14 Stimmen von den Cortes angenommen worden. Azaña hat in der entscheidenden Sitzung eine Rede gehalten, die sich die deutschen Sozialdemokraten merken sollten. Hier kommt ein revolutionärer Bürger zur klaren Einsicht, daß

„entweder wir, die Republikaner, alle Mittel, die zur Entwaffnung der sich gegen uns erhebenden Monarchisten führen, anwenden, oder die Monarchisten ergreifen diejenigen, die uns zum Sturze bringen“.

Seine Entschiedenheit und das Bewußtsein der Stärke hat sogar Konservative dazu gebracht, für das Gesetz zu stimmen. „Argumente gegen das Projekt? Ich könnte sogleich ein Dutzend aufzählen; aber sind wir in einer solchen Situation? Wir stehen im Kriege, meine Herren Abgeordneten!“ Diese Worte haben unbeschreiblichen Eindruck auf die Abgeordneten gemacht, die stehend dem Redner in langem Beifall zujubelten und viele Hochrufe auf die Republik ausbrachten.

Azaña wird es nicht bei diesen energischen Worten belassen. Er kämpft mit erstaunlicher Unbeirrbarkeit für die Festigung der bürgerlichen Republik. In diesen Tagen sind alle Namen, die sonst so häufig in den Redekämpfen in den Cortes genannt werden, vor der Persönlichkeit Azañas in den Schatten getreten. Alle Krisengerüchte sind verstummt. Die Regierung Azaña steht fester als je. Die schnelle Ueberwindung des Putsches, die energischen Gegenmaßnahmen haben ihr einen gewaltigen Gewinn an Ansehen verschafft.

Es wäre verfehlt, wollte man in Azaña einen Sozialisten sehen. Er ist ein entschiedener Bürger mit Mut, der die Republik mit gleicher Energie gegen die revolutionären Arbeiter mit Hilfe der Sozialdemokraten verteidigen wird. Welche Gesetze gegen links in nächster Zeit in Kraft treten werden und welche Konsequenzen sich daraus ergeben, werden wir in den nächsten Tagen berichten.

A. P.

Die Fassade gewahrt / Zum Abschluß in Ottawa.

S. H. Die Konferenz in Ottawa ist beendet. Die Stellung, die wir als Sozialisten zu dieser ganzen Imperialisten-Konferenz einnehmen, behalten wir uns noch vor.

Die entscheidenden Probleme, um die es sich bei dieser Konferenz handelte, waren die folgenden:

1. Entschließen sich die Mitglieder des Empire, sich gegenseitig in ihrem Handel Vorzüge einzuräumen auf Kosten ihres Handels mit Nicht-Empire-Ländern?

2. Werden diese Bevorzugungen dadurch erzielt, daß die Zollschranken gegenüber den Nicht-Empire-Ländern erhöht werden, oder dadurch, daß die Zollsätze zwischen den Empire-Ländern herabgesetzt werden? Im ersten Fall würde, weltwirtschaftlich gesehen, das System der Zollschranken verschärft werden.

Wir geben nachstehend eine Reihe der Abmachungen, die bisher veröffentlicht worden sind, als Unterlage für die Bildung eines selbständigen Urteils.

A. England verpflichtet sich, die im Einfuhrgesetz von 1932 festgesetzte Zeitspanne für *freie Einfuhr von Waren aus den Dominions* über den 15. November hinaus *zu verlängern*.

B. England verpflichtet sich, auf eine Reihe von ausländischen (Nicht-Empire)-Waren einen bestimmten, in Anhängen näher festgelegten Zoll einzuführen. Hierzu gehören ein *Zoll auf Weizen* von zwei Schilling je Quarter (etwa 290 l), *auf Kupfer* von zwei Pence je englisches Pfund, auf Eier, Butter, gewisse Fische, konservierte Früchte u. s. w.

C. England verpflichtet sich, *den allgemeinen Zolltarif* von 10 Prozent *nicht* ohne Einvernehmen mit den Dominions *herabzusetzen*.

D. Die englische Regierung soll die Kolonien und Protektorate veranlassen, den Waren aus den Dominions *Vorzugsbehandlung* zuteilwerden zu lassen. Die Dominions ihrerseits verpflichten sich, den Kolonien, Protektoraten und den Mandaten Tanganjika, Englisch-Kamerun und Togoland eine Präferenz für eine Reihe von in Anhängen näher festgelegten Waren in derselben Höhe wie England zu gewähren.

E. England sichert den Dominions auf die Dauer von drei Jahren *freie Einfuhr für Eier, Butter, Geflügel, Käse* und andere tierische Erzeugnisse zu, behält sich aber das Recht vor, nach Ablauf dieser Zeit, falls dies im Interesse der englischen Landwirtschaft notwendig sei, eine Abänderung vorzunehmen, jedoch unter Beibehaltung der Vorzugszölle für die Dominions.

F. Sämtliche Abkommen sollen sofort in Kraft treten. Sie haben eine Laufzeit von fünf Jahren und können danach mit sechsmonatiger Frist gekündigt werden. Im Falle von etwa notwendig werdenden Abänderungen oder Sonderwünschen verpflichten sich die Vertragsparteien *zu gegenseitiger vorheriger Rücksprache*.

G. England sichert Südafrika, Südrhodesien und Kanada auf die Dauer von zehn Jahren die Beibehaltung der bestehenden *Vorzugszölle für Tabak* bzw. einen Fortfall des Tabakzolles für den Fall zu, daß der allgemeine Tabakzoll unter zwei Schilling ½ Pence fällt.

H. Der *Vorzugssatz für englische Waren* schwankt, beträgt aber im allgemeinen 15 Prozent, manchmal auch 20 Prozent oder auch nur 10 Prozent.

Zu diesen allgemeinen Richtlinien treten *die Vereinbarungen mit den einzelnen Dominions* hinzu.

In den Abkommen mit den Dominions, die an dem Aufbau und der Erhaltung der eigenen Industrie interessiert sind (dazu gehören vor allem Kanada, Südafrika und Australien), sind folgende Vereinbarungen bemerkenswert:

1. Es ist der *Grundsatz des Konkurrenzzolles* anerkannt worden, d. h. die Dominions werden den für englische Waren angesetzten Zoll so bemessen, daß die englische Industrie mit der einheimischen auf gleichen Grundlage konkurrieren kann.

2. Die Dominions haben zugesichert, *keine Schutzzölle* für solche Waren einzuführen, deren *Industrien in ihren Ländern nicht entwicklungsfähig* oder noch nicht entwickelt sind.

Gegenüber diesen Grundsätzen, die durchaus für das Interesse Englands zu sprechen scheinen, erhebt sich die Frage, was England für diese Zugeständnisse zahlt.

Wir wählen als Beispiel dafür das Verhältnis England-Kanada aus, von dem man weiß, daß es während der ganzen Konferenz im Vordergrund eines erbitterten Kampfes gestanden hat, und zwar stieß England hier auf den größeren Widerstand. Denn Kanada hat die Möglichkeit, sich an USA anzulehnen; es stellt in der eigenen Textilindustrie einen Konkurrenten gegenüber Lancashire dar. Gestützt auf solche Machtpositionen forderte es von England z. B., daß das Mutterland sich auf Lebensmittelzölle einließ und daß es den russischen Holzhandel liquidierte.

Das *Ergebnis dieses Kampfes* ist, so weit man vorläufig übersieht, daß England Kanada einen *Vorzugszoll auf Weizen und Kupfer* eingeräumt hat und daß es *die Klausel über Dumping* angenommen hat, von der Kanada das ganze Abkommen abhängig gemacht hat. Diese Klausel besagt:

Sollte einer der beiden Staaten davon überzeugt sein, daß irgend ein Vorzugszoll ganz oder teilweise durch die staatliche Handlung einer ausländischen Macht hinsichtlich der Preisbildung unwirksam gemacht wird, so verpflichtet sich die betreffende Regierung, die direkte oder indirekte Einfuhr solcher Waren zu verbieten, um die zugesagten Vorzugszölle wirksam zu erhalten.

Rußland ist nicht ausdrücklich genannt worden, ist aber selbstverständlich gemeint.

Ein anderes Beispiel für den Preis, den England zahlt: Englische Textilwaren können auf Grund des Konkurrenzzolles nach Kanada eingeführt werden. Herr Bennett hat den Zusatz gemacht: *Leistungsfähige* kanadische Industrien müssen geschützt werden.

Alle diese Proben von den Vereinbarungen, die in Ottawa getroffen worden sind, zeigen, daß die Empire-Fassade gewahrt ist, daß aber bereits Hintertüren eingebaut sind, die eines Tages zu Hauptportalen werden können. Wie weit sich das Mutterland und die Dominions das selber eingestehen, werden wir erst erfahren, wenn sich die Oeffentlichkeit nach dem Verhallen der Abschlußszenen den kritischen Stimmen zuwenden wird. Die *Hauptprobe* aufs Exempel wird gemacht werden, wenn die jetzt stark ermüdeten Delegierten, nachdem sie sich ausgeruht und das Empire-Problem in Ruhe durchdacht haben werden, die Koffer packen zur *Weltwirtschaftskonferenz*, auf der jede der beteiligten Mächte nicht nur den Empire-Konkurrenten, sondern auch seinen andern Konkurrenten Aug in Auge gegenübertreten wird. Dann wird sich das Empire-Problem stärker in die Weltwirtschaftsprobleme einzuordnen haben, als das in Ottawa nötig war.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

61)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

„. . . eine neue Zeit ist für die innere Entwicklung Deutschlands bereits angebrochen. Der Senat ist bereit — und ich nehme an, auch die Bürgerschaft wird bereit sein — sich in den Dienst dieser neuen Zeit zu stellen. Der Senat ist gewillt, den sozialen und politischen Bedürfnissen der neuen Zeit, im Rahmen der sich im großen Vaterlande vollziehenden Veränderungen, unter Wahrung der besonderen Interessen Hamburgs, gerecht zu werden. Er wünscht alle starken Volkskräfte in unserem alten freiheitlichen Gemeinwesen zu gemeinsamer gedeihlicher Arbeit zusammenzufassen. Das ist aber nur möglich, wenn wir alle fest zusammenhalten, und wenn ein jeder von uns sich der Pflicht bewußt ist, dahin zu wirken, daß unter allen Umständen die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werden . . .“

Nach seinen Ausführungen macht der Bürgermeister eine kleine Pause, wischt sich den Schweiß von der Stirn und legt die Notizen vor sich zurecht; dann sagt er im geschäftsmäßigen Ton: „Wir setzen die vorhin unterbrochene Debatte über die Errichtung eines Arbeitsamtes fort . . .“

Vom Balkon herunter hält ein Matrose eine Ansprache.

Das Gesicht des Redners verschwimmt in dem ungewissen Licht der zwei Laternen, die hoch in die graue Luft aufsteigen. Die Worte zerflattern über dem weiten, menschenbedeckten Platz. Doch wenn man auch nichts verstehen kann — die Menge versorgt sich selbst mit Nachrichten:

„Der Senat hat kapituliert!“

„Die Macht hat der A- und S-Rat!“

„Es lebe der Sozialismus!“

„Es lebe die Weltrevolution!“

Aber auch Unzufriedene sind dazwischen — durchfahrende Urlauber, die nicht wissen, wo sie Lebensmittelanweisungen oder Quartiere nachgewiesen erhalten. Zivilisten, die Passierscheine nach irgendwohin wollen oder die Erlaubnis, nach 9 Uhr auf der Straße zu bleiben.

„Es braucht doch alles seine Zeit!“

„Das müßt ihr doch verstehen!“

„Zeller hat schon zwei Nächte nicht geschlafen!“

„Es wird alles werden — nur Geduld!“

„Danke für die Geduld! Früher hatten wir wenigstens zu essen, wenn's auch wenig war!“

Die Matrosengruppe, die die Vertreter des A- und S-Rates zum Rathaus begleitet hat, ist weiter gezogen. Von der vor dem Rathaus aufgestellten Postenkette haben sich viele angeschlossen, auch andere Soldaten und Arbeiter. Sie marschieren den Alten Wall entlang über den Rödingsmarkt, nach den Vorsetzen und dem Hafen hinunter.

Ueber dem Hafen liegt ein dunkler Regenhimmel. Die Umrisse eines großen Krans und des Reiherstiegschwimmdocks am andern Ufer zeichnen sich im Dunst ab. Alles andere ist weggewischt.

Am Hafentor macht der Demonstrationszug halt.

Links liegt die Elbe, rechts ein Hügel, der das Blickfeld über den Hafen beherrscht — unten kahles Buschwerk, darüber ansteigende Rasenflächen; oben steht ein Gebäude, das Heuerbüro der Hamburg-Amerika-Linie.

Die Matrosen und Heizer — als sie vor dem Krieg auf den Handelsschiffen fuhren, wie oft haben sie da im Heuerbüro der HAPAG zusammengepfercht gestanden. Und sie waren froh, wenn sie nach wochenlangem Warten endlich ein Schiff bekamen: Arbeit vor den Kesseln oder vorm Mast, ein Logis unterhalb der Wasserlinie, Hartbrot und Dörrgemüse, 60 Mark Heuer im Monat. Die Schiffe wurden immer größer, ihre Geschwindigkeit immer schneller, die von den Seeleuten verlangte Arbeitsleistung entsprechend härter. Und wenn der Komfort in den Passagierräumen auch von Schiff zu Schiff zunahm, die Matrosen und Heizer verblieben in den althergebrachten Löchern. Um ein paar Mark Zulage, um einige Kubikmeter mehr Luft im Logis, um die Gestellung von Strohsäcken mußten sie gewerkschaftliche Kämpfe führen. Unter den Demonstranten sind viele, die sich noch daran erinnern, besonders an die großen Streiks in den Jahren 1906 und 1907, die von der Polizei brutal niedergeschlagen wurden. Die Hamburg-Amerika-Linie stand bei allen Kämpfen gegen die seefahrende Arbeiterschaft an führender Stelle.

Am Heuerbüro der HAPAG, das als Wahrzeichen deutscher Handelsschiffahrt oben auf dem Hügel steht, können die Matrosen nicht einfach vorbeimarschieren. Die hinaufführende Treppe bietet nicht Platz genug. Sie brechen durch das Buschwerk und steigen den Hügel hoch.

Vor dem Flaggenmast sammeln sie sich.

An der HAPAG geht die rote Fahne hoch.

Weiter!

Eine halbe Stunde später marschiert der Demonstrationszug vor dem an der Alster gelegenen Direktionsgebäude der Hamburg-Amerika-Linie auf, um das Gebäude für den Soldatenrat zu beschlagnahmen.

Die Matrosen dringen lärmend in das Haus ein. Aber eigentlich gibt es nichts zu tun — peinlich saubere, durch Glaswände geteilte Büroräume, mit Teppichen ausgelegte Treppen, der große Kongreßsaal. Ein Portier ist da, einige Schreiber laufen zusammen. Aber kein Widerstand, nichts, das sich der eindringenden Menge entgegenstellt. Der Ansturm stößt ins Leere und läuft sich in den unteren Räumen tot. Die Zimmer der Direktion bleiben unberührt.

In einem dieser mit gemessenem Luxus ausgestatteten Arbeitszimmer sitzt ein kleiner, verfallener Mann, der bekannteste Kopf der Hamburger Börse, einer der bedeutendsten Exponenten der deutschen Wirtschaft und eine der expansivsten Kräfte des Kaiserreiches: Albert Ballin, der Generaldirektor der „Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft“.

Heute ist Ballin durch die Straßen Hamburgs gegangen. Er begegnete der großen Demonstration, vor der die Gewalthaber im Generalkommando die Flucht ergriffen. Am Hafen hat er rote Fahnen an den Schiffsmasten hochgehen sehen. Es war kein Zufall, der ihn an den Steinhöft geführt hat, an das Stammhaus der Firma „Morris & Co.“, in die er nach dem Tode seines Vaters als zweiundzwanzigjähriger Mitinhaber eingetreten war.

„Morris & Co., Auswanderer-Agentur.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Kampf der belgischen Bergarbeiter.

Streik und Streikbrecher.

H. M. Im belgischen Streikrevier herrscht Ruhe. In dieser Hinsicht haben die Gewerkschaften gesiegt. Sie haben die Parolen ausgegeben: keine Versammlungen, keine Resolutionen, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Die Regierung ist zufrieden; denn mit Hilfe des Militärs hätte sie das nur unter sehr viel erbitterteren Maßnahmen fertig gebracht.

Die Arbeiter halten den Streik auch ohne Versammlungen und Resolutionen durch. Nur auf ganz wenigen Zechen wird gearbeitet: es handelt sich um ausländische Bergarbeiter, die im Werk übernachten und von der Polizei beschützt werden. Viele der Ausländer haben nie auf freundlichem Fuße mit den belgischen Genossen gestanden; sie sind als Lohndrücker ins Revier geholt worden und haben sich in diese Rolle gefügt, um nicht dem noch größeren Elend ihrer „Heimat" zu verfallen. Wenn sie sich jetzt weigern würden zu arbeiten, müßten sie fürchten, aus Belgien ausgewiesen zu werden.

Sie sind nicht die Einzigen, die Streikbrecherdienste leisten. Um zu verhindern, daß den Eisenbahnen, den Gas- und Elektrizitätswerken „und auch einigen privaten Werken" die Kohlen ausgehen, werden diese von den Soldaten beschafft. Was tun die Gewerkschaften gegen diese unerhörten Zustände? Sie haben einen Brief an den Wehrminister geschrieben, in dem sie sich darüber beklagt haben. Die sozialdemokratische Zeitung „La Wallonie" schreibt dazu in Fettdruck:

„In der Tat, es gibt keine größere Gefahr für die öffentliche Ruhe, als wenn man Arbeiter gegen andere Arbeiter einsetzt. Die Soldaten sind nicht die Diener einer Klasse. . . . sie sind dafür bestimmt, die Nation zu verteidigen. Wenn man sie gegen die Arbeiterklasse gebraucht, wird der große Teil der Nation ihr gegenüber mißtrauisch und das Vaterland verliert den schönsten Teil seiner Bedeutung in den Augen des Proletariats. . . . Die Leitung der Armee hat eine gefährliche Dummheit gemacht."

Hoffen wir, daß die Befürchtung der „Wallonie" berechtigt ist und die Arbeiter der Armee gegenüber mißtrauisch werden und in ihr ein Werkzeug der herrschenden Klasse erkennen. Die Gewerkschaftsführer haben diese elementare Regel des Klassenkampfes bisher anscheinend noch nicht gekannt.

Die Forderungen.

Die Arbeiter haben vor allem Senkung der Lebenshaltungskosten (insbesondere der Mieten), Erhöhung der Löhne gefordert. Die Gewerkschaften dagegen haben nur zwei Forderungen aufgestellt:

1. Erhöhung der niedrigsten Löhne;
2. Abschaffung der Klausel des Tarifvertrages, derzufolge 5 Prozent des Lohnes sich nach dem Gang der Kohlenindustrie richten.

Infolge der genannten Klausel des Tarifvertrages hatten die Unternehmer bisher ein Werkzeug in der Hand, die Löhne während einer Krise automatisch zu senken.

Die erste Forderung haben die Arbeitgeber im Prinzip angenommen, d. h. sie haben versprochen, daß jeder zusehen wird, die Löhne der bei ihm beschäftigten schlechstbezahlten Arbeiter zu erhöhen.

Der Kampf geht hauptsächlich um die zweite Forderung. Die Unternehmer haben ihre Annahme zugesagt für den Fall, daß die Handelsverträge mit Deutschland und England so revidiert werden, daß die Kohleneinfuhr aus jenen Ländern beträchtlich verringert wird. Eine solche Revision der Handelsverträge fordern die Gewerkschaften jetzt von der Regierung. Das bedeutet erstens, daß der Streik im Augenblick von den Gewerkschaften zu dem Zweck geführt wird, einen Druck auf die *Regierung*, und nicht auf die Unternehmer auszuüben; zweitens bedeutet es, daß der Streik *gegen die englischen und deutschen Bergarbeiter* geführt wird; denn wenn die Kohleneinfuhr zurückgeschraubt wird, so bekommen zwar die belgischen Bergarbeiter mehr Arbeit, dafür werden aber eine Anzahl ihrer Genossen in England und Deutschland erwerbslos. Diese Haltung der belgischen Gewerkschaften stellt ein würdiges Gegenstück zu der Feststellung des „Vorwärts" dar, daß die deutsche Kohleneinfuhr nach Belgien infolge des Streiks steigen würde.

Die andere Seite.

Viele Unternehmer sind den Gewerkschaften gewiß dankbar für die geschickte Art, in der diese den Streik führen; die Gewerkschaften haben keine Forderungen erhoben, deren Annahme den Unternehmern sehr große Schwierigkeiten bereitet. Was die Forderung auf Verringerung der Kohleneinfuhr anbetrifft, so stehen Unternehmer und Gewerkschaften gemeinsam in einer nationalen Front; denn die Bergwerksunternehmer sind ja die ersten, die dabei etwas zu gewinnen haben.

Die großen Bergwerke, die moderne Anlagen besitzen, verlieren zwar viele Aufträge infolge der langen Dauer des Streiks, die kleinen und unmodernen Bergwerke dagegen, die in der Mehrzahl sind, haben eine Gelegenheit, ihre Halden abzubauen. Ihnen würde also der Streik nur unangenehm werden, wenn sie den Arbeitern *große* Zugeständnisse machen müßten.

Die Lage der Arbeiter.

Die organisierten Arbeiter erhalten von den Gewerkschaften Streikunterstützung in Höhe von etwa 1,50 Mark pro Tag. Damit und mit Hilfe ihrer Ersparnisse können sie sich schlecht und recht durchschlagen. Wovon die unorganisierten Arbeiter leben, ist vielen ein Rätsel. Zwar bemüht sich die „Rote Hilfe", sie zu unterstützen; aber die Polizei tut ihr Bestes, um die Tätigkeit der „Roten Hilfe" unmöglich zu machen. Trotzdem ist nirgends ein Zeichen dafür vorhanden, daß die Arbeiter in die Bergwerke zurückkehren.

Kommunisten und Reformisten.

Die gesamte Streikaktion, die nun schon seit fünf Wochen in Belgien im Gange ist, bedeutet trotz der „Führung" des Streiks durch die Gewerkschaften ein Mißtrauensvotum der belgischen Arbeiter zu ihren sozialistischen Gewerkschaftsführern. Gegen den Willen der Gewerkschaftsführer ist aus einem Bergarbeiterstreik im Borinage ein Generalstreik geworden; gegen den Willen der Gewerkschaftsführer ist der Streik nicht am 18. Juli beendet worden; gegen den Willen der Gewerkschaftsführer sind von den Arbeitern neue Forderungen an Unternehmer und Regierung gestellt worden, und die Gewerkschaften waren schließlich am 10. August gegen ihren eigenen Willen gezwungen, den allgemeinen Bergarbeiterstreik zu ‚erklären', der schon lange im Gange war.

Was hat die Arbeiter zu diesem Mißtrauensvotum veranlaßt? Sie haben jahrelang mitangesehen, wie die SP, der die Gewerkschaften angeschlossen sind, trotz ihrer Stärke jeden Kampf meidet und sich stattdessen auf Aktionen im Parlament verläßt und der Regierung freundliche Ratschläge gibt. Die belgischen Bergarbeiter haben mitansehen müssen, wie ihre Löhne innerhalb von eineinhalb Jahren um 30 bis 45 Prozent gekürzt worden sind, obwohl 80 bis 90 Prozent der Arbeiter in den Gewerkschaften organisiert sind. Als die Arbeiter dann durch den Generalstreik im Juli innerhalb einer Woche fast ihre gesamten Forderungen durchsetzen konnten, da haben wohl viele von ihnen erst erkannt, wie verbrecherisch die Nachgiebigkeit der Gewerkschaften ist, wie viel besser die Lage der Arbeiter in Belgien sein könnte, wenn die Unternehmer auf mehr Widerstand von Seiten der sozialistischen Organisationen zu rechnen hätten. Darum haben die Arbeiter der Parole der Gewerkschaften, die Arbeit am 18. Juli wieder aufzunehmen, nicht Folge geleistet.

Die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Gewerkschaftsführung ist nichts Neues. Daß sie aber in einer so ungeheuren Massenaktion wie dem Generalstreik im Juli zum Ausbruch gekommen ist, das ist im wesentlichen der Tätigkeit der Kommunisten zuzuschreiben. Obwohl auch die KP sich während des Streiks vieler Mißgriffe schuldig gemacht hat, so hat sie doch dadurch, daß sie die Bewegung entfesselt und ihr positive Ziele gegeben hat, das Vertrauen weiter Kreise der Arbeiter erobert. Sogar ein Sekretär des Bergarbeiterverbands sagte mir, daß die Kommunisten nicht nur unter den Unorganisierten Einfluß gewonnen haben, sondern auch in den Reihen der Sozialisten. Leser der sozialdemokratischen Zeitungen werden Mitglieder der revolutionären Gewerkschafts-Opposition. Von dieser Bewegung sind nicht nur die Bergarbeiter ergriffen, sondern auch die Arbeiter in anderen Industrien.

Die Sympathie der Arbeiter für die KP wird noch verstärkt durch die Propaganda, die die SP gegen diese Partei macht, durch die Verfolgung, der die Kommunisten ausgesetzt sind, die zu Hunderten festgenommen werden, deren Wohnungen und Büros immer wieder durchsucht und deren Kassen beschlagnahmt worden sind, deren Zeitungen eine nach der anderen verboten werden. Dieses rücksichtslose Vorgehen gegen die KP hat viele Arbeiter kommunistenfreundlich gestimmt.

Ist nun zu erwarten, daß die belgische SP einen großen Teil ihrer Macht einbüßen wird? Das Parteiorgan der KPB, „Le Drapeau Rouge", gibt darauf die Antwort, daß dies vorläufig noch keineswegs zu erwarten sei. Zwar schreibt diese Zeitung, daß die bekanntesten sozialistischen Führer, wie z. B. Vandervelde jetzt oft von den Arbeiter ausgepfiffen werden, sie fügt aber gleich hinzu, daß die Grundlagen der Macht der SP noch unbeschädigt sind. Diese Grundlagen sind der Parteiapparat, der Gewerkschaftsapparat, die Konsumgenossenschaften, die sozialistischen Gemeinderäte und Bürgermeister. Außerdem ist die SP eine alte Partei, die viele Arbeiter nicht verlassen wollen. Dank dieser Grundlagen, nicht dank ihrer sozialistischen Politik, wird die SPB vorläufig weiterleben, trotz des Druckes von unten, der sich in den vergangenen fünf Wochen als so mächtig erwiesen hat, trotz des Mißtrauensvotums der Arbeiter. Und wenn die klassenbewußten Arbeiter Belgiens nicht auf der Wacht sind und den Druck von unten nicht aufrechterhalten, dann besteht sogar die Gefahr, daß die SP und die Gewerkschaftsführer, auf Grund ihres erprobten Apparates, wieder zu ihrer alten Kompromißpolitik zurückkehren.

Daran zeigt sich die Schwäche einer spontanen Bewegung, mag sie selber auch mit großer Kraft entfesselt werden. Sie hat nicht dafür gesorgt, daß Führer da sind, die die Kräfte richten und auf feste Ziele lenken, die die Verantwortung übernehmen, wenn die alten Führer weichen müssen.

Wenn der Zufall den belgischen Genossen nicht jetzt solche Führer bescheert, dann besteht, gerade bei dem besonnenen Teil der Arbeiter die Gefahr, daß sie lieber mit den alten Funktionären weiterwirtschaften als anarchisch den Apparat der „Masse" überlassen.

Arbeitskämpfe in Hamburg.
SA als Unternehmerhoffnung.

Eisenwerk Menck und Hambrock hat die gesamte Belegschaft ausgesperrt.

E. K. Die Betriebsleitung des größten Hamburg-Altonaer Eisenwerks, Menk & Hambrock, hat dem Betriebsrat am Donnerstag, dem 18. August, mitgeteilt, „daß diejenigen Arbeiter, die auf das Angebot (10 Prozent Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung) der Firma nicht eingehen wollen, *am Freitag Morgen nicht wiederzukommen brauchen*".

Die gesamte Belegschaft ist daraufhin am Freitagmorgen nicht mehr zur Arbeit erschienen. Im „Funken" (Nr. 193) berichteten wir, daß Menck & Hambrock ab 12. August die Stunden- und Akkordlöhne um etwa 10 Prozent senken wollten, und die Belegschaft beschlossen hatte, mit dem Streik zu antworten. Durch Verhandlungen des Betriebsrats mit der Betriebsleitung wurde vereinbart, den alten Lohn bis Donnerstag, den 18. August, weiter zu zahlen. Am Donnerstag kam dann die Betriebsleitung mit der zitierten Erklärung heraus.

Menck, der Vorsitzende des Verbandes der Eisenindustrie Hamburgs (Landbetriebe), ist bei den Hamburger Metallarbeitern als einer der übelsten Scharfmacher und Nazifreund bekannt. Seine ganze „soziale" Gesinnung kommt in folgendem Schreiben zum Ausdruck, das er an jeden seiner Arbeiter geschickt hatte, und mit dem er sie für seine Forderungen ködern wollte:

„Die Bemühungen, in irgend einer Weise eine allgemeine Verdienstregelung für unseren Betrieb durchzuführen, sind ergebnislos verlaufen. Andererseits zwingen die wirtschaftlichen Verhältnisse unseren Betrieb, unter allen Umständen eine Senkung der Unkosten vorzunehmen, da sonst eine weitere Einschränkung und schließlich die Stillegung des Betriebes unvermeidlich ist.

Um den Betrieb aufrechterhalten und Ihnen weitere Beschäftigung gewährleisten zu können, sind wir bereit, Sie unter Aufrechterhaltung der sonstigen Lohnbedingungen des bis zum 30. April 1932 in Geltung gewesenen Tarifvertrages, *jedoch unter der Bedingung, daß die Akkordbasis bei den Brechern auf 50 Pf. und bei den übrigen Akkordarbeitern auf 49 Pf. herabgesetzt wird*, weiter zu beschäftigen.

Die Ueberverdienste werden, der herabgesetzten Akkordbasis entsprechend, ermäßigt. Der Mindestlohn bleibt in bisheriger Höhe bestehen.

Die Arbeitszeit wird auf 48 Stunden heraufgesetzt. Der Wochenverdienst wird sich bei dieser Regelung gegenüber dem bisherigen Verdienst bei 40stündiger Arbeitszeit erhöhen.

Die vorstehende Regelung tritt am 12. August 1932 in Kraft.

Bei Durchführung der vorstehenden Regelung haben wir die Möglichkeit, Aufträge, wenn auch zu schlechten Bedingungen, hereinzubekommen, den Betrieb aufrechtzuerhalten und zeitweise zu vergrößern.

Ihr Einverständnis mit vorstehenden Ausführungen nehmen wir an.

Hochachtungsvoll

Menck & Hambrock G. m. b. H."

Da der bisherige Akkordlohn für Dreher 54 Pf. und für die übrigen, nicht qualifizierten, Arbeiter 53 Pf. war, bedeuten diese Forderungen (50 und 49 Pf.) einen Abbau um 4 Pf. Für den Stundenlohn ergibt sich dann ein Abbau von 1,08 Mark auf 1,— Mark für Dreher, und für die nichtqualifizierten Arbeiter von 1,06 Mark auf 0,98 Mark.

Die Arbeitszeit will Menck von 40 Stunden in der Woche auf 48 Stunden erhöhen obgleich sein Betrieb infolge Arbeitsmangels fast gänzlich stillgelegt und die Belegschaft von 1600 auf 150 Mann abgebaut worden ist.

Im Mai dieses Jahres hatte Menck es vereitelt, daß wieder ein Tarifvertrag zwischen dem Hamburger Verband der Eisenindustrie und der Gewerkschaft abgeschlossen wurde. Menck erhoffte, aus dem tariflosen Zustand viel Kapital zu schlagen. Aber die Hamburger Metallarbeiter hatten dank ihrer Kampfeskraft und Solidarität bis jetzt gegenüber allen Lohnabbauforderungen der Eisenindustriellen standgehalten. Erst im Dezember 1931 hatte die Belegschaft von Menck & Hambrock eine *fünfwöchige Aussperrung* über sich ergehen lassen müssen, bis Menck nachgab. Damals hatte er sich mit dem Schiedsspruch von 8 Prozent Lohnabbau nicht zufrieden geben wollen und gleich einen Abbau von 8 bis 21 Prozent verlangt! Er wurde geschlagen.

Menck erhofft, von Seiten der SA und der NSBO Hilfe zu erhalten. Hoffen wir, daß durch die Kampfeskraft und Solidarität der Hamburger Metallarbeiter dieser Plan zunichte gemacht wird!

Aussperrung auch bei der Zahnradfabrik Axien, Altona.

Auch Axien glaubt, die Konjunktur der Arbeitslosigkeit ausnutzen zu können. Die Firma, die nicht dem Verband der Eisenindustrie Hamburgs angehört, ist dem Beispiel von Menck & Hambrock gefolgt. Sie fordert gleich einen Lohnabbau in Höhe von *30 Pf. pro Stunde*: Das bedeutet einen Abbau von etwa 25 bis 30 Prozent. Die gesamte Belegschaft hat auch hier geschlossen den Lohnabbau abgelehnt und ist ausgesperrt worden.

Da Axien in letzter Zeit versuchte, Metallarbeiter „unter der Hand" einzustellen, wurden von Seiten der Belegschaft starke Streikposten aufgestellt, die jeden über die Lage aufklären. Der Betriebsleitung ist diese Methode der Aufklärung bereits so auf die Nerven gegangen, daß sie ihre Arbeiter, von denen viele mehrere Jahrzehnte lang in der Firma beschäftigt waren, bei der *Oberstaatsanwaltschaft in Altona des Landfriedensbruchs bezichtigte.* Die Firma setzt nach Aussagen ihres Inhabers ihre ganze Hoffnung auf die SA. Die SA soll nämlich der Firma Lohndrücker zur Verfügung stellen. —

Besser kann die *wahre Bedeutung* dieser Mordtruppe gar nicht ins Licht gerückt werden.

Manteltarif der Werftarbeiter gekündigt.

Der Manteltarif der Werftarbeiter ist von den Werften zum 31. Oktober gekündigt worden. Die Werftindustriellen wollen außer einem Lohnabbau gleichzeitig die Arbeitsbedingungen verschlechtern.

Streikende Kohlenträger hatten in Gibraltar einen scharfen Zusammenstoß mit der Polizei, als sie die Hafenmole zu erstürmen versuchten. Der Streik war ausgebrochen, weil die Kohlenhändler die von den Arbeitern vorgeschlagenen Arbeitsbedingungen nicht angenommen hatten und weil im Hafen neue Kräne aufgestellt worden waren, durch die Arbeiter freigesetzt wurden.

Tarifverhandlungen auch bei den Buchbindern gescheitert.

Die Tarifparteien der papierverarbeitenden Industrie rufen das Reichsarbeitsministerium an zwecks Einleitung eines Schlichtungsverfahrens, da die Lohn- und Manteltarifverhandlungen gescheitert sind.

Die Unternehmer verlangen Verschlechterungen in der Entlohnung der weiblichen Arbeitskräfte, der Ferienfrage und der Feiertagsbezahlung. Feiertage sollen nicht mehr bezahlt werden. Ferien wollen sie in Zukunft nur noch nach dem ersten Jahr drei, nach dem vierten Jahre vier und nach dem sechsten Jahre sechs Tage geben. Die neun Ferientage bei zehnjähriger Beschäftigung sollen wegfallen.

Im Höchstfall sechs Tage Ferien für die Arbeiter! Und wie lange fahren ihre Arbeitgeber jährlich in Urlaub?

Ausbeutungsmethoden in der Tabakindustrie.

Gleich unter dem Untertitel: „Tageszeitung für deutsche Volksgemeinschaft . . ." veröffentlicht der „Deutsche" zu diesem Thema Schilderungen über Unternehmermethoden in der Tabakindustrie, denen wir folgendes entnehmen:

„Die Firma R. & C. in B. will ihren Filialbetrieb in E. wieder eröffnen. Die Arbeiter scheuen sich aber, bei der Firma wieder in Arbeit zu treten. Sie wollen sich lieber mit den kärglichen Unterstützungssätzen aus der Arbeitslosenversicherung resp. -fürsorge begnügen. Und was ist der Grund für dieses ihr Verhalten?

Die Firma verlangt von den zur Einstellung kommenden Arbeitern, sie möchten sich schriftlich damit einverstanden erklären, daß in den ersten drei Monaten kein Lohn gezahlt wird. Erst nach Ablauf der drei Monate soll der Lohn mit wöchentlich 10 Mark pro Familie abgezahlt werden. Dieselbe Firma hat im vergangenen Jahr einen Monatsverdienst von 36 Arbeitern eingesteckt!"

„Ein Teil der Zigarrenfabrikanten versteht das mit den Bezirks- und Ortszuschlägen aber ganz geschickt auszunutzen. Viele tun so, als ob sie an dem Filialbetrieb (in der Zigarrenindustrie hat das Filialbetriebssystem einen sehr großen Umfang) kein Interesse mehr hätten. Die Zigarren würden bei den Löhnen, die nach dem Tarifvertrag am Orte gezahlt werden müßten, zu teuer. Sie sähen sich deshalb gezwungen, den Betrieb zu schließen und nach einem Orte zu verlegen, wo die Löhne niedriger seien. Es kommt dann nicht selten vor, daß sich die Arbeiter, in der Angst, ihre Arbeit zu verlieren, anbieten, zu denselben Löhnen zu arbeiten, wie sie die Arbeiter an dem Ort erhalten würden, wohin der Betrieb verlegt werden sollte. Ich kann und werde ein solches Verhalten der Arbeiter nicht verteidigen, sondern lehne es entschieden ab."

„Wie man die Tabakarbeiter gegenseitig ausspielt, so spielt man auch die armen Tabakindustrieorte gegeneinander aus. Wohl von keiner Industrie werden an die Gemeinden so weitgehende Anforderungen gestellt, wie von der Zigarrenindustrie. . . .

Viele Zigarrenfabrikanten haben nicht nur das Grundstück, auf dem das Fabrikgebäude errichtet wurde, von der Gemeinde geschenkt bekommen, sondern vielfach haben sie ein bereits fertiges Fabrikgebäude verlangt und auch bekommen.

Einige gaben sich mit dem Fabrikgebäude, wie es zur Zeit war, nicht einmal zufrieden, sondern verlangten dessen vollständige Renovierung. Es ist auch schon vorgekommen, daß eine Firma außer dem kostenlosen Zurverfügungstellen des Fabrikgebäudes

auch noch die Bezahlung des Werkmeisters durch die Gemeinde verlangte.

Erleichterungen in der Zahlung der Gemeindesteuern und völliges Nachlassen der letzteren gehören in der Zigarrenindustrie zu den täglichen Erscheinungen. Will nun eine Gemeinde die ‚Wünsche' der Zigarrenfabrikanten nicht erfüllen, dann heißt es, ich verlege den Betrieb nach einem Ort, oder, dann eröffne ich den Betrieb an einem Ort, wo man mir weiter entgegenkommt."

*

Daß der „Deutsche" das entschiedene Urteil fällt: „Ich kann und werde ein solches Verhalten der Arbeiter nicht verteidigen", ist anzuerkennen. Hoffentlich stellt er an die christlichen Gewerkschaften dieselben hohen Ansprüche in bezug auf solidarisches Verhalten.

Zum Schutz gegen die Ausspielung der verschiedenen Gemeinden gegen einander schlägt der „Deutsche" ein Gesetz vor, durch das allen Gemeinden verboten werden soll, an irgend welche Unternehmer Subventionen zu zahlen.

Gut gemeint! Aber in vielen Fällen werden Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Gemeinden der Aufsichtsbehörde gegenüber gemeinsam dicht halten: die einen, um Profit, die anderen, um Lohn zu haben, die dritten, um Unterstützung zu sparen. Ohne grundsätzliche Schwenkung der Wirtschaftspolitik bleiben selbst gut gemeinte „kleine Maßnahmen" wirkungslos!

Streikerfolg in den USA.

Die streikenden Kohlenarbeiter des amerikanischen Staates Illinois haben es erreicht, daß im Grubenbezirk Taylorville sämtliche Kohlengruben stillgelegt wurden. Wie es heißt, beabsichtigen die Streikenden, in den nächsten Kohlendistrikt zu marschieren, um auch dort die Schließung der Gruben zu erzwingen. — In Taylorville sind 500 Streikposten verhaftet worden.

Papens konstruktives Wirtschaftsprogramm vorläufig geheim.

Von amtlicher Seite wird bekanntgegeben, der Reichskanzler werde am Sonntag, dem 28. August, bei der Tagung der westfälischen Bauernvereine in Münster auf das wirtschaftliche Wiederaufbauprogramm der Reichsregierung zu sprechen kommen. — Darauf zu sprechen kommen? Also es immer noch nicht bekannt geben?

Angeblich haben die Besprechungen der Reichsregierung mit dem Reichsbankpräsidenten zu einer vollständigen Einigung geführt. Dazu wird von „zuständiger Stelle" mitgeteilt: Die wertvollen Anregungen, die Dr. Luther zu dem wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramm gegeben habe, würden von der Reichsregierung verwertet werden. — Handelt es sich etwa um die „geldlose Hilfswirtschaft"? Jenen verzweifelten Versuch, getrennt von dem noch funktionierenden Teil der Wirtschaft eine Hilfswirtschaft aufzubauen?

Torgler (KPD) hat als Mitglied des Verwaltungsrats der Reichspost eine Sitzung des Verwaltungsrats verlangt, um die Verwirklichung von Abbauplänen der Reichspost zu verhindern.

Der Preußische Landtag ist nun auf den 30. August um 13 Uhr einberufen worden. — Die Vorverlegung des Zeitpunktes, der ursprünglich auf den 1. September festgelegt worden war, geschah im Hinblick auf einen Wunsch des Zentrums, da vom 31. August bis zum 4. September der Katholikentag in Essen stattfindet.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die allgemeine Aussprache über die Einsetzung des Preußenkommissars, ferner die Terrorakte in Preußen. Ueber die Wahl des Ministerpräsidenten wird vorläufig nicht gesprochen werden.

Wohlfahrtserwerbslose in Preußen gegenüber dem Vorjahr verdoppelt.

Im Juli ist die Gesamtzahl der statistisch erfaßten Arbeitslosen sowie die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitlosenversicherung und Krisenfürsorge zwar weiter zurückgegangen, die Zahl der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerbslosen aber erneut gestiegen, ebenso die Zahl der Arbeitslosen insgesamt.

Nach der Erhebung des Statistischen Landesamts vom 31. Juli sind in Preußen 1 601 386 Wohlfahrtserwerbslose gegen 1 552 131 Ende Juni gezählt worden. Gegenüber dem 31. Juli 1931 ist die Wohlfahrtserwerbslosenzahl um 834 239 oder 109 Prozent höher. Auf 1000 Einwohner entfallen im Durchschnitt nunmehr 41,9 Wohlfahrtserwerbslose. — 62 791 Wohlfahrtserwerbslose haben in Fürsorge- und Notstandsarbeit oder in freiwilligem Arbeitsdienst gestanden.

Auch die Hitze zeigt Rekordsucht.

Am Sonntag in Berlin 36,6 Grad im Schatten, seit 1865 die höchste Temperatur in Berlin; auf der Seewarte-Station im Hamburger Hafen 34,3 Grad (die bisher höchste in Hamburg festgestellte Temperatur war 33 Grad).

Opfer des Wetters.

In Berlin waren bis zum Sonntag abend sieben Ertrunkene gemeldet, in München vom Sonnabend und Sonntag fünf Ertrunkene. In München außerdem fünf Fälle von Hitzschlag, einer tödlich.

Am Sonntag nachmittag schweres Unwetter über dem nördlichen Elbegebiet. In Hitfeld bei Harburg wurden allein 40 Häuser durch eine Windhose zerstört, auch viele andere Dörfer wurden davon betroffen. Schwere Gewitter und Orkan über Pommern.

Keine allgemeine Herabsetzung der Auslandsschulden.

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold äußerte sich gegenüber dem Berliner Vertreter der amerikanischen Agentur „Associated Press" in einer Unterredung über die Frage der deutschen privaten Auslandsverschuldung. Er führte aus: Die deutsche Regierung habe eine Herabsetzung der privaten Schulden in bezug auf Kapital oder Zinsen niemals auch nur erwogen. Allerdings werde bei einem weiteren Steigen des Geldwertes die Schwierigkeit für den Schuldner immer größer. Die Regierungen könnten insoweit eingreifen, als sie durch wirtschaftspolitische Maßnahmen der Preissenkung Einhalt tun. Die deutsche Regierung habe aber stets den Standpunkt vertreten, daß es einzig und allein Sache der deutschen privaten Schuldner sei, sich mit ihren amerikanischen und sonstigen ausländischen Gläubigern in Verbindung zu setzen, wenn sie den Schuldendienst nicht mehr leisten zu können glauben.

Die *Uebertragung* der fälligen Zins- und Tilgungsraten nach den Gläubigerländern würde freilich außerordentlich gefördert werden, wenn die Gläubigerländer sich zu der Erkenntnis durchringen könnten, daß die Leistung eines so hohen Schuldendienstes, wie ihn die deutsche Volkswirtschaft in den nächsten Jahren an ihre ausländischen Gläubiger zu entrichten hat — mehr als 1,5 Milliarden Reichsmark jährlich —, bis auf einen verschwindenden Bruchteil nur in Waren möglich sein und deshalb bei den Gläubigerländern offene Grenzen voraussetze.

Deutschland habe durchaus die Absicht, seine Schulden zu tilgen. Wenn die Frage nach einer *Herabsetzung der Zinsrate* für Deutschlands private Schulden an das Ausland zur Erörterung komme, so werde Deutschland gewiß nicht einseitige Schritte in dieser Richtung unternehmen, sondern eine Einigung mit seinen Gläubigern zu erzielen suchen. Er hoffe zuversichtlich, daß durch eine Einigung mit Deutschlands Privatgläubigern ein Transfer-Moratorium umgangen werden könne.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH. Berlin SO 36 Elisabethufer 28/29.

„Ihr Apfelsaft schmeckt ausgezeichnet,
senden Sie bitte 50 Flaschen."
So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch!
Apfelsaft, edel und würzig,
10 Flaschen nur 5,40 Mark.
Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

Sie brauchen einen neuen Wintermantel!
Legen Sie Wert auf Haltbarkeit?
Dann kommt nur Maßarbeit für Sie in Frage
Achten Sie auf saubere Arbeit?
Dann lassen Sie nur arbeiten bei
R. SCHÖNHEIT
Herren- u. Damenmoden
Magdeburg, Otto v. Guerickestr. 104, II. r.!

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987
Ab 17. August
Der große Gabbo
mit Erich Stroheim und Betty Compson. / Die seltsame Geschichte eines Bauchredners und seiner Puppe Otto.
Fox tönende Wochenschau.
Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schatullen/Schränke
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!
Otto Pfotenhauer, Weimar, Röhrstr. 40.

Die Konferenz von Ottawa zeigt die Schwierigkeiten des britischen Empire.
Mit den brutalsten Machtmitteln hat England in Indien Ruhe geschaffen. Wie lange wird diese Friedhofsruhe dauern?
Wer sich einen Ueberblick über die wirtschaftliche Lage Indiens verschaffen will, der lese:
Indien in der Zange.
Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes.
Von Karl Hinkel.
Mit einer Karte und 9 Bildern / Brosch. 3,— M., Ganzl. 4,— M.
Aus den Pressestimmen:
„Eine eingehende Auseinandersetzung mit der englischen Kolonialpolitik in Indien. Eine vernichtende! Diese müßte jedem Menschen die Augen öffnen über die Verfahrenheit der kapitalistischen Welt."
(„Das Andere Deutschland", Nr. 16, 1932.)
„Der Verfasser versteht es meisterhaft, die wirtschaftliche Not eines großen Volkes in klaren Strichen zu zeigen."
(„Gewerkschaft", Nr. 22, 1932.)
„Zum wohltuenden Unterschied von der durch die Ghandi-Bewegung ausgelösten großen Indien-Literatur, die sich vorwiegend mit den ethischen und politischen Seiten des Problems Indien beschäftigen, zeigt das Buch Hinkels die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen auf, unter denen die Millionenmassen der indischen Bevölkerung heute noch leben müssen."
(„Internationale Gewerkschaftsbewegung", Nr. 6, 1932.)
„In systematischer Gliederung und unter Berücksichtigung urkundlichen Materials erörtert die Untersuchung dann im einzelnen die sozialen Verhältnisse der Arbeiter und Bauern, analysiert weiter die ökonomischen und kulturellen Ursachen dieser Erscheinungen und verlangt schließlich programmatisch hinsichtlich der Agrarreform die Aufhebung der Bodensperre, hinsichtlich der Industriereform den Aufbau einer klassenbewußten Arbeiterorganisation."
(„Wirtschaftsnachrichten" [Herausgegeben von der Pressestelle der Reichsregierung] Nr. 138, 1932.)
Verlag „Oeffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstr. 8a.
Postscheckkonto Berlin 313 42.

iSK
7. JAHRGANG 8. HEFT AUGUST 1932

Inhalt:

JULIUS PHILIPPSON:
Jugend und Krieg.
*
HANS LEHNERT:
Kleinstaaterei und Nationalismus.
*
HANNA FORTMÜLLER:
Vorwärts zur Einheitsfront!

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.
Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Prozeß gegen die ungarischen Kommunisten.

In Ungarn sind Ende der vorigen Woche neue Kommunistenverhaftungen vorgenommen worden. Unter der Anklage, als Nachfolger der hingerichteten kommunistischen Führer, Sallai und Fürst, eine kommunistische Geheimorganisation ausgebaut zu haben, sind die Gewerkschafter Febes und Pohl festgenommen worden. Unter den übrigen Verhafteten befindet sich der Universitätsdozent Joseph Madzar, der während der Karoly-Regierung Staatssekretär für Volkswohlfahrt war.

Durch diese neuen Verhaftungen und durch die bevorstehenden Prozesse gegen die noch in Haft befindlichen ungarischen Arbeiter gewinnen die folgenden Ausführungen, die wir von einem ungarischen Genossen erhielten, besonders aktuelle Bedeutung. Die Redaktion.

1. Der wirtschaftliche Unterbau.

Das jetzige Ungarn ist ein vorwiegend agrarisches Land mit einer im wesentlichen auf die Hauptstadt und die Kohlengebiete konzentrierten, nicht unbedeutenden Industrie. Rund 57 Prozent der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft beschäftigt.

Im Jahre 1928, oder nach Durchführung der Bodenreform, waren 840 000 Bauernwirtschaften unter 100 Joch vorhanden, die rund 46 Prozent der ackerbaulich nutzbaren Fläche umfaßten. Der Rest bildete den Besitz von nur 11 913 Besitzern. (100 Joch = 57½ ha.) Diese Zahlen geben indessen nur einen blassen und unzureichenden Begriff von der Vergleichsmäßigkeit der Verteilung des Bodenbesitzes. Etwas mehr begreift man schon, wenn man errechnet, daß in der ersten Kategorie auf eine Familie nur rund *3 ha*, in der zweiten Gruppe aber 250 ha als Durchschnitt entfällt. Selbst in diesen Zahlen kommen aber die ungeheuren Ungleichheiten noch nicht voll zum Ausdruck, insbesondere die Lage der Hunderttausende völlig besitzloser Landarbeiter. Die Bodenreform in Ungarn, die von dem mit den Großgrundbesitzern koalierten Bauernminister Nagyatadi Szabo durchgeführt wurde (Gesetz von 1920), hat die dringendste Frage Ungarns, die Landfrage, ebensowenig gelöst wie etwa die Stolypinsche (aus dem Jahre 1906) Rußlands. Im Gegenteil haben diese Bodenreformen die Gegensätze mittelbar eher noch verstärkt. In Ungarn zeigen sich schon die schweren Folgen der in ihrem Umfang völlig unzureichenden, und in ihrer Durchführung unrichtigen Reform, da die neuen kleinen Besitzer unter den Lasten infolge Entschädigung und enormer Steuern vollständig zusammenbrechen und in vielen Gegenden sogar die von ihnen eigenhändig erbauten Hütten verlassen müssen und in den Städten das Heer der Arbeitslosen vermehren. Die spontanen Abwehraktionen der Landarbeiter und Häusler gegen die vollständige Verelendung häufen sich in den letzten Jahren; die blutige unterdrückte Unruhe, die erst kürzlich in Pacsa vorgekommen ist, ist noch erinnerlich.

Eine offizielle Statistik über die Erwerbslosigkeit ist meines Wissens nicht vorhanden, doch ist die Erwerbslosigkeit offenbar relativ noch größer als in Deutschland. Arbeitslosenunterstützungen werden nicht bezahlt. Die Wohlfahrtspflege besteht nur in der Abgabe minderwertiger Lebensmittel in völlig unzureichenden Mengen. Vor den Rathäusern sieht man aufgeregt wartende, diskutierende Frauen. Die Notstandsarbeiten, die etwa dem „freiwilligen" Arbeitsdienst entsprechen, werden ebenfalls vorwiegend durch oft minderwertige Lebensmittel vergütet. Unter solchen Umständen ist ein großer Teil der Bevölkerung dem Hunger und der Obdachlosigkeit ausgesetzt. Man könnte, selbst aus bürgerlichen Zeitungen täglich Berichte bringen, die das ungeheure Maß der Verelendung kennzeichnen. Ein Beispiel für Viele: „Von Freitag auf Sonnabend sind zwölf Menschen als irrsinnig in das Irrenhaus eingeliefert worden. Die meisten sind durch das Elend verrückt geworden und drohen, da sie nicht leben können, sich oder andere zu vernichten." („Az Est" vom 14. August 1932.)

2. Das faschistische Regierungssystem und das Standrecht in Ungarn.

Bei all den ungeheuren wirtschaftlichen Gegensätzen, die von der Weltwirtschaftskrise nicht geschaffen, sondern nur verschärft worden sind, ist Ungarn eine ganze Reihe von Jahren hindurch nach allen Spielregeln des Parlamentarismus regiert worden. Dieses Wunder der Technik erklärt sich durch einen einzigen „Kunstgriff" des Grafen Bethlen, der mit dem Gesetz von 1926 in den 200 ländlichen Wahlbezirken (zum Unterschied von den 45 städtischen Wahlbezirken) das *geheime* Wahlrecht aufgehoben hat. Die ungeheure Mehrzahl der von den Behörden oder Großgrundbesitzern abhängigen Bauern und Landarbeiter wählen seitdem durchaus wunschgemäß und staatserhaltend. Ueber die übrigen reaktionären Bestimmungen des ungarischen Wahlrechts, insbesondere des Frauenwahlrechts, braucht daher hier gar nicht näher gesprochen zu werden. — So hat der ungarische Parlamentarismus bis vor kurzem die absolute Gewaltherrschaft der Monopolisten, insbesondere der Großagrarier, des Militärs und der Hochfinanz für den Nichtsehen-wollenden ausreichend verdeckt. Erst in der letzten Zeit sind einige Risse auf der im Hinblick auf die ausländischen Geldgeber erwünschten parlamentarischen Fassade entstanden.

Die Kommunistische Partei Ungarns (KPU) ist seit 1919 verboten und arbeitet seitdem trotz furchtbarer Strafen, die jedes einzelne Mitglied bedrohen, weiter. Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften sind streng legal und — nach einigen ungesühnten Terrorakten, die die Besten der Partei weggerafft hat — vom Standpunkt der herrschenden Klasse harmlos oder gar erwünscht.

Die drakonischen Bestimmungen gegen die Kommunisten haben, wie der wachsende Einfluß in den Betrieben, und stellenweise auch auf dem Lande zeigt, der herrschenden Klasse keine genügende Sicherheit geboten. Die Regierung hat also das Eisenbahnattentat von Matuschka (Bia Torbágy) als willkommenen Anlaß genommen, das Standrecht zu verhängen, und sie hat dabei auch jede Tätigkeit, die auf den Umsturz der bestehenden staatlichen, gesellschaftlichen Ordnung abzielt, auch wenn sie rein organisatorischer oder vorbereitender Art ist, unter Standrecht gestellt. Das Standrecht kann nur vollständigen Freispruch oder Todesstrafe beschließen.

Der Verdacht, daß Matuschka mit Kommunisten in Verbindung stände, hat sich als haltlos erwiesen; das Standrecht blieb aber mit allen Bestimmungen bestehen, und es wurde von offizieller Stelle offen zugegeben, daß es sich gegen die Kommunisten richtet. Trotzdem wurde es bis jetzt nur auf gewöhnliche, meist aus Not handelnde Verbrecher, zum großen Teil Jugendliche, angewandt. Gegen die Kommunisten holte die Regierung zu einem größeren Schlage aus.

3. Die KPU.

Daß die ungarische Kommune 1919 trotz ungewöhnlich starken revolutionären Auftriebs in der städtischen Arbeiterschaft und Intelligenz dem Ansturm der rumänischen Interventionsarmee und der Weißgardisten nicht dauernd Widerstand leisten konnte, lag neben innerparteilicher Organisationsfehler, vor allen Dingen in der doktrinären Behandlung des Agrarproblems; die Verstaatlichung des Großgrundbesitzes hat in den Reihen der bodenhungrigen Bauern und Landarbeiter Enttäuschung und passiven Widerstand hervorgerufen, die mit schuld an dem Sturz der Arbeitermacht waren.

Die KPU hat in den schweren Zeiten der Illegalität die Lehren der ungarischen und der russischen Revolution sich zunutze gemacht und sowohl in ihrer innerparteilichen Organisation als auch in ihrer Arbeit in den Betrieben und in ihrem Agrarprogramm eine zielbewußte und klare Wendung gegenüber der Politik von 1919 vorgenommen. Dieser Tatsache und der ungeheuren Opferbereitschaft der ungarischen Kommunisten sind ihre Erfolge, aber auch die wachsende Angst der Regierung zuzuschreiben.

Am 15. Juli und den darauffolgenden Tagen ist eine große Anzahl von Kommunisten und vermeintlichen Kommunisten verhaftet worden. Erst am 22. Juli durfte der erste Zeitungsbericht darüber erscheinen. Allmählich mußten die meisten der Verhafteten wegen völligen Mangels an Beweisen aus der Haft entlassen werden. Es blieben 14 Kommunisten in Haft, darunter die Parteifunktionäre Sallai, Fürst, Kilian und Karikas.

4. Die standrechtliche Hinrichtung von Sallai und Fürst.

Obschon man Sallai und Fürst keinerlei unmittelbare Umsturzpläne zur Last legen konnte, ebensowenig wie den übrigen Angeklagten, hat die gut unterrichtete bürgerliche Presse von Anfang an gewußt, daß Sallai und Fürst, da sie angeblich Sekretäre der Partei waren, vors Standgericht gestellt werden würden. Die Hinrichtung dieser beiden hervorragenden Parteifunktionäre hat natürlich nichts mit Gerechtigkeit zu tun, aber es ist selbst vom Standpunkt des formalen Gesetzes völlig zu Unrecht und willkürlich erfolgt. Die bürgerliche „Magyar Hirlap" berichtet über die Anklagerede des Staatsanwalts wörtlich wie folgt: „Der Staatsanwalt skizziert die Tätigkeit von Sallai und Fürst und weist darauf hin, daß, wenn die Gesellschaft in normalen Zuständen lebt, sie durch kommunistische Organisationsarbeit nicht wesentlich gefährdet werden kann. Doch wenn die Gesellschaft Krisen durchlebt, ist ein schnelles Durchgreifen erforderlich." Die Verteidiger konnten während der 14 Tage, die zwischen der Verhaftung und dem standrechtlichen Prozeß lagen, weder mit den Angeklagten Fühlung nehmen noch die Gerichtsakten einsehen. Die Beweisführung über die Mißhandlungen durch die Polizei ist vom Gericht abgewürgt worden.

Durch die Plötzlichkeit und Kürze des Verfahrens sowie durch die zweideutige Haltung der SPU, die gegen das Standrecht protestierte, aber die Arbeiter vom Proteststreik abhielt, ist es der Arbeiterschaft Ungarns nicht gelungen, den Justizmord zu verhindern. Die Angeklagten haben alle Parteigeheimnisse mit sich ins Grab genommen und noch bei der Hinrichtung die proletarische Revolution so laut hoch leben lassen, daß es „auch jenseits der Steinmauern zu hören war". „Fürst wurde schon in der Zelle gefesselt, damit er nicht so lange sprechen könne." Trotzdem hat er auch bis zum letzten Atemzug revolutionäre Parolen gerufen. („Magyar Hirlap".)

Neben der rohen Willkür der Machthaber und der verräterischen Haltung der sozialdemokratischen Parteileitung muß auch die besonders unwürdige Haltung des größten Teils der sogenannten demokratischen Presse Ungarns angeprangert werden. Ganz besonders die Presse des „Az Est"-Konzerns hat sich bemüht, die offen faschistische und „christlich-nationale" Presse mit ihren rohen Verleumdungen und in der kriecherischen Beglückwünschung der Polizei zu überbieten; das Blatt der großen Finanz, „Pester Lloyd", hat dieselbe Gesinnung in einer heuchlerischen Weise zum Ausdruck gebracht. Trotzdem ging durch die ungarische Intelligenz, deren Korrumpierung noch nicht völlig gelungen ist, eine Protestwelle. Zehntausend Intellektuelle haben ein Protestschreiben gegen eine standrechtliche Beurteilung eingereicht. Diese Protestkundgebung hat aber ebensowenig das Ziel erreicht wie die zahlreichen Kundgebungen der Budapester, der tschechoslowakischen und der Pariser Arbeiter, und fast aller proletarisch-revolutionärer Organisationen.

5. Die laufenden und die vorbereiteten Prozesse.

Die Protestaktionen der Arbeiterschaft müssen auf breitere Basis gestellt werden und auch die Waffe des Streiks heranziehen, um Erfolge zu erzielen. Schon dieses Mal ist von zahlreichen Betriebsbelegschaften aus auf die Gewerkschaftsleitung ein Druck ausgeübt worden, sich der Sache der verfolgten Klassenkämpfer durch Taten anzunehmen. Diesen Druck mit aller Kraft zu steigern, ist eine Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft. Schon aus diesem Grunde ist es erforderlich, daß die Arbeiterschaft den weiteren Verlauf der Budapester Kommunistenprozesse nicht aus den Augen verliert.

Von den 12 Angeklagten sollen sich 11 vor gewöhnlichem Gericht, Karikas aber vor einem sogenannten Schnellgericht verantworten. Dieses Schnellgericht ist ebenfalls eine standrechtliche Einrichtung, nur mit dem Unterschied, daß es nicht nur Todesstrafe verhängen kann. Bis jetzt ist die Angelegenheit Karikas von einem Gericht zum anderen geschoben worden, und auch jetzt ist der Termin der schnellgerichtlichen Verhandlung nicht veröffentlicht. Wahrscheinlich soll dadurch die Arbeiterschaft wieder überrumpelt und von Protestaktionen abgehalten werden.

Karikas ist erst drei Tage vor seiner Verhaftung in Ungarn eingetroffen, so daß er nicht in erster Linie für sein Tun in diesen Tagen zur Verantwortung gezogen wird. Die ihm zur Last gelegten Taten liegen vielmehr vorwiegend 13 Jahre zurück, in der Zeit der Kommune, in der er als führender politischer Funktionär der roten Armee einen gegenrevolutionären Geistlichen und fünf Fahnenflüchtige Soldaten hat hinrichten lassen. Es ist größte und aktivste Wachsamkeit der Arbeiterschaft vonnöten, um weiteren legalen Mord zu verhindern. B—s.

Kommunistenverfolgung in China.

Der kommunistische Präsident der panpazifischen Gewerkschaft, Paul Noulens, und seine Frau sind vom chinesischen Gericht zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt worden. Noulens, der angeblich Gewerkschaften in China organisierte, war zehn verschiedener Vergehen angeklagt. Das Gericht teilte mit, daß Noulens bei strenger Anwendung der Gesetze zum Tode verurteilt worden wäre.

Die Sondergerichtsmühle.

Zuchthaus für Kommunisten.

1. **Sondergericht Lyck**, Sitzung in Lötzen, am Freitag. Vier Kommunisten verurteilt: Hausmann zwei Jahre drei Monate Zuchthaus; Serocka und Paninka je eineinhalb Jahre Zuchthaus; Klimmeck zehn Monate Gefängnis. Die Verurteilten sollen vor acht Wochen einen nationalsozialistischen Werbeumzug überfallen haben. Bei den 20 Zeugen handelte es sich hauptsächlich um Teilnehmer des Naziumzugs.

2. **Sondergericht Altona**, Sonnabend. Der Kutscher Schmidt und der Arbeiter Bauer wurden wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung in Tateinheit mit versuchter Nötigung zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Tat liegt vor Erlaß der Terrornotverordnung.

3. **Sondergericht Altona, Sonnabend.** Wegen Teilnahme an einer Schlägerei zwischen NS und Kommunisten in Wandsbek wurden verurteilt: ein Kommunist zu einem Jahr Gefängnis; ein anderer Kommunist zu acht Monaten Gefängnis; zwei weitere Kommunisten zu je sechs Monaten Gefängnis; drei Nazis zu sechs Monaten Gefängnis.

4. **Sondergericht Altona**, Sonnabend. Sieben Kommunisten wurden wegen Waffenmißbrauchs bestraft: der Arbeiter Gerstenberg zu sieben Monaten, die übrigen Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis. Sie hatten am 11. März gelegentlich einer Nachtwache bei kommunistischen Wahltransparenten fünf flüchtende Nazis mit erhobenen Stöcken verfolgt. Der Staatsanwalt sah darin eine Vorbereitungshandlung zu einem schweren Terrorakt.

5. **Sondergericht Lötzen** (Ostpreußen), Sonnabend. Der Königsberger Kommunist Siegmund, Funktionär der Roten Hilfe, wurde zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, weil er nachts vor der Reichstagswahl beim illegalen Plakatkleben im Besitz eines Revolvers angetroffen worden war.

6. **Schnellgericht Hamburg**, Sonnabend. Zwei Bergedorfer Reichsbannerleute hatten Ende Juli eine Brücke rot mit „Freiheit" bemalt. Das kostete sie je eine Woche Gefängnis. Einer von ihnen erhielt außerdem einen Monat Gefängnis, weil man bei ihm eine Pistole gefunden hatte.

7. **Schnellgericht Guben**, Donnerstag. Der Gemeindevorsteher Walter aus Ziebingen erhielt zwei Monate Gefängnis wegen unerlaubten Waffentragens.

„Vorbereitung zum Hochverrat."

Zwei Urteile des Vierten Strafsenats.

1. Der Geflügelmeister Artur Wolf aus Berlin erhielt ein Jahr drei Monate Gefängnis. Er hatte im Januar 1932 geholfen, kommunistische Flugzettel, die sich an Polizeibeamte wandten, anzukleben.

2. Der technische Zeichner Lamm aus Dresden erhielt ein Jahr drei Monate Gefängnis, der Zimmermann Baeckel aus Dresden ein Jahr sechs Monate Gefängnis, der Steinhofleger Noack aus Dresden ein Jahr Festung. Sie hatten im vergangenen Winter in Dresden ein kommunistisches Flugblatt an Polizeibeamte verteilt.

Bracht hat an alle preußischen Polizeibehörden folgenden Erlaß gerichtet: „In Verfolg der Richtlinien des Runderlasses vom 5. August 1932 verbiete ich den Beamten der Polizei und Landjägerei, in Dienstkleidung an politischen Veranstaltungen teilzunehmen, sofern es sich nicht um einen dienstlichen Auftrag handelt. In Zweifelsfällen ist der Vorgesetzte zu befragen."

Reichstagsvorbereitungen.

Im Reichstag fand am Sonnabend unter dem Vorsitz Löbes eine Sitzung der Fraktionsführer statt, in der die Plätzeverteilung vorgenommen und die Vorbereitung für die ersten Sitzungen getroffen wurde. Präsident Löbe hat die Fraktionen gebeten, ihm die Mitglieder für den nächsten Aeltestenrat zu benennen, ebenso hat er gebeten, schon recht bald die Mitglieder der Fraktionen für den ersten Ausschuß des Reichstags, nämlich den Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, und für den auswärtigen Ausschuß des Reichstags auszuwählen, damit diese beiden Ausschüsse, die als Organe des Reichstags auch in Zeiten in Frage kommen, in denen das Parlament selbst nicht versammelt ist, für den Notfall möglichst bald zur Verfügung stehen. Im Plenarsaal sind die bisher noch bestehenden Pulte der Abgeordneten beseitigt worden; nur die in der ersten Reihe sitzenden Fraktionsführer behalten noch Pultkästen.

Reichskanzler von Papen hat, wie wir hören, den Wunsch, unmittelbar nach der Wahl des Präsidiums des Reichstags mit dem neuen Aeltestenrat über die weitere parlamentarische Arbeit zu beraten.

Nominal- und Reallohn in der Sowjet-Union.

Wovon man nicht spricht.

Was verdient der russische Arbeiter? Die „Internationale Pressekorrespondenz“ gibt den durchschnittlichen Arbeitslohn mit 108 Rubeln an (Nr. 63, vom 2. August 1932). Nach Molotows Angaben in seinem Bericht vor dem Zentralen Exekutivkomitee der KPSU im Dezember 1931 erhöhte sich das Verdienst einer Arbeiter*familie* von 89 Rubeln Anfang 1929 auf 146 Rubel Ende 1931, also um 64 Prozent; allein im Jahre 1931 sei eine Lohnaufbesserung von durchschnittlich 18 Prozent eingetreten; in den führenden Industrien (Eisen und Kohle) betrage die Lohnerhöhung sogar 25 bis 36 Prozent.

Diese Angaben über den steigenden Arbeitslohn sind zweifellos richtig, nicht aber der Eindruck des Wohlergehens, beziehungsweise einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft, der durch solche Mitteilungen bezweckt wird. Wie wenig der russische Arbeiter heute für seinen Lohn kaufen kann, darüber erfährt man aus den Reden der Führer nichts, solche Fragestellungen sind seit der Mundtotmachung der Opposition verpönt. Es ist aber nicht nur interessant, zu hören, *wie hoch der Lohn steigt*, sondern nicht minder wichtig ist es, zu wissen, *wie tief die Kaufkraft des Geldes sinkt*. Mit anderen Worten: Es kommt nicht so sehr darauf an, was der Arbeiter in seiner Lohntüte, als was er im Kochtopf vorfindet. Der knurrende Magen ist ein „sprechenderes“ Argument als alle rhetorischen und statistischen Kunststücke.

Das Arbeitseinkommen.

Sehen wir von den vorhin genannnten Durchschnittszahlen ab und nehmen wir uns Einzelangaben vor, um eine Vorstellung davon zu gewinnen, was bestimmte Gruppen der Arbeiterschaft in der Sowjet-Union heute verdienen. Aus einem Artikel in der Zeitschrift „Planowoje Chosjaistwo“ (Mai 1932) entnehmen wir, daß der durchschnittliche Tageslohn der Bauarbeiter im ersten Vierteljahr 1932, je nach dem Unternehmen, folgendermaßen schwankte (wir führen hier jeweils den niedrigsten und den Höchstlohn in Rubeln und Kopeken an):

	Moskauer Gebiet	*Tscheljabinsker Gebiet (Sibirien)*
Erdarbeiter	3,11— 4,65	1,83—4,07
Betonarbeiter	3,91— 4,47	2,09—4,36
Maurer	3,86— 8,29	2,84—5,33
Zimmerleute	3,51—11,89	2,80—4,86

Dieser Stand der Löhne ist für die heutigen Verhältnisse auch in anderen Wirtschaftszweigen kennzeichnend. So schreibt in der „Prawda“ vom 9. Juli 1932 ein Arbeiter des Kohlenschachts „Albert“ im Donezbecken, daß der Monatslohn des Kumpels bei der erwähnten Zeche etwa 85 Rubel ausmacht. In einer der bevorzugtesten Unternehmung, den Charkower Traktorenwerken, erhalten qualifizierte Arbeiter der dritten Lohnklasse (Schleifer, Stanzer, Former) einen Schichtlohn von 5,20 bis 6,26 Rubel, also etwa 125 bis 155 Rubel (250—310 Mark) brutto im Monat („Prawda“ vom 28. Juli 1932).

Soweit uns bekannt ist, werden auch viel höhere Löhne erarbeitet, unter Anwendung von allen möglichen Kombinationen des komplizierten Akkordsystems (Prämien und Ueberstunden, bisweilen Doppelschicht!), die meistens die Quantität der Leistung auf Kosten der Qualität anschwellen lassen. Meister verdienen unseres Wissens 200—450 Rubel und Ingenieure etwa 200 bis 700 und sogar 1000 Rubel und darüber monatlich, von etwaigen Prämien abgesehen. Bei allen hier angeführten Zahlen handelt es sich um den Bruttoverdienst, von dem erhebliche Beträge für gezeichnete Staatsanleihen, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbeiträge u. s. w. in Abzug kommen.

In bezug auf den *Nominallohn*, den in Geld ausgedrückten Lohn, haben wir jetzt ein ziemlich klares Bild. Wir wollen nunmehr sehen, welchen *Reallohn*, das heißt: welche *Kaufkraft* die geschilderten Arbeitseinkommen darstellen.

Die Lebensmittelpreise.

Den Bauern ist seit einigen Monaten gestattet, ihre Ueberschußprodukte (nach Erfüllung ihrer Ablieferungspflicht) freihändig auf den städtischen Märkten zu beliebigen Preisen zu verkaufen.

Nach unvollständigen Angaben hat es zum 1. Juli in der Sowjet-Union etwa 850 „Kolchos“-Märkte gegeben: Märkte, auf denen die „Kolchose“ (die Kollektivgüter) neben den Einzelbauern ihre Produkte an die Städter verkaufen. Die Auswahl der feilgebotenen Produkte ist erheblich erweitert worden. Sogar lebendes Milch- und Zugvieh ist in beschränktem Umfange auf dem Markt aufgetaucht. („Eskonomitscheskaja Shisn“ vom 26. Juli 1932).

Die „Preisbildung des Marktes“ darf von den Behörden nicht beschränkt werden. Wenn hier und da die bestürzten Provinzbehörden versuchen, die Appetite der Verkäufer einzudämmen und die Preise wenigstens in ein entferntes Verhältnis zum proletarischen Arbeitseinkommen zu bringen, werden sie für diese Willkür bestraft. So wurde zum Beispiel die Finanzbehörde des Bezirks Samara gemaßregelt, weil sie für Butter und Fleisch Höchstpreise von 10 beziehungsweise 5 Rubeln per Kilogramm festsetzte. („Isvestija“ vom 3. Juli 1932.)

Dieser Markthandel ist natürlich nicht nur für die Oberschicht, etwa die höher bezahlten Ingenieure, Ausländer u. s. w., ins Leben gerufen worden. Er soll vielmehr dazu dienen, die kritisch gewordene Ernährungslage der Arbeiterschaft zu verbessern und ihren täglichen Bedarf in erheblichem Maße zu befriedigen. Denn gleichzeitig mit der Freigabe des Markthandels verschwinden die ohnehin sehr knappen Lebensmittelvorräte, wie Gemüse, Käse, Quark u. s. w., die von den Arbeiterkonsumgenossenschaften früher im Dorfe, insbesondere auf den Kollektivgütern, aufgekauft und dann ihren Mitgliedern zur Verfügung gestellt wurden; beziehungsweise, wenn die Arbeiterläden solche Waren feilbieten, werden sie dort zu den hohen Marktpreisen vertrieben.

Die „Prawda“ vom 12. August 1932 schreibt: „Die Preise des staatlichen Handels und der Konsumgenossenschaften sind in verschiedenen Gemüsesorten höher als die Marktpreise. Das Gemüse bleibt unverkauft und verdirbt in einzelnen Konsumläden. Es bedurfte des Eingreifens der Aufsichtsbehörden, um die Staats- und Konsumläden zum Herabsetzen ihrer Preise zu veranlassen.“ Das Blatt bringt dann folgende Preise vom 19. Juli 1932:

	Kartoffeln Rubel je Kilo	*Gurken* Kopeken je Stück
„Kolchos“-Markt	1,25	25
„MSPO“ (Konsumläden)	1,70	30—40
„Mostrop“ (Staatsläden)	1,40	30

Das breite Arbeiterpublikum, das Löhne von etwa 150 bis 300 Mark monatlich verdient, muß sich also den Preis von 1,25 Mark für das Pfund Kartoffeln und einer halben Mark für eine kleine Gurke gefallen lassen. Wenn die Samarer Behörde Höchstpreise von 10 Mark für das Pfund Butter und 5 Mark für das Pfund Fleisch festsetzte, so mußte diese Verfügung als willkürlich gelten, weil die üblichen Marktpreise doppelt so hoch sind.

Der Preiswucher.

Der illegale Zwischenhandel macht sich trotz der lauten Verbote (vermutlich mit Hilfe stiller Bestechungen) auf den Märkten breit. Die Verdienste der Zwischenhändler, die den Bauern ihre Waren in Bausch und Bogen unterwegs abkaufen und sie häufig mit Austauschwaren, zum Beispiel mit in staatlichen Läden erstandenen Zigaretten, versorgen, stellen sich auf einem der Moskauer Märkte wie folgt dar (Isvestija“ vom 3. Juli 1932):

	sie zahlen Rubel	*sie berechnen* Rubel
Quark, das Kilo	2,75	4,50
Eier, je 10 Stück	3,90	5,50
Zigaretten	0,35	1,50

Die staatlichen und genossenschaftlichen Handelsorganisationen sind angehalten, auf den Märkten Industriewaren für die Bauern feilzubieten. Sie verhalten sich ihrer Aufgabe gegenüber indessen bisweilen recht passiv, beziehungsweise begünstigen die Schieber. So lesen wir an der gleichen Stelle, daß auf dem Sazepa-Markt in Moskau (in einem Arbeitervorort) der Konsumladen den Bauern nur rote Herrenschlüpfer für 6 Rubel (12 Mark!) das Paar und Spielkarten anbieten konnte. Damit erschöpfte sich seine Warenauswahl. Der Tabakkiosk des „Sojustabak“ (der staatlichen Tabakvereinigung) hatte nur ein paar Stück Seife und *eine* Schachtel aromatischen Tabak zum Verkauf. Sämtliche Zigaretten und „Machorka“ (grober Volkstabak) waren bereits um 6 Uhr von den Schiebern aufgekauft worden, die eine Stunde später die Zigaretten zu dem vorhin genannten mehr als vierfachen Preise an die zum Markt kommenden Bauern losschlugen.

Das Auftrumpfen des Schiebertums wird von überall her berichtet. Die Privathändler haben illegale Organisationen (Ringe?) gebildet. („Ekonomitscheskaja Shisn“ vom 26. Juli 1932). In Cherson bestehen 20—25 Prozent aller auf dem Markte auftretenden Käufer aus Zwischenhändlern. (Ebenda.) Die Spekulanten haben den gesamten Warenvorrat des Kolchos-Marktes in Kupinsk aufgekauft und die Waren nach Omsk und anderen Ortschaften verschoben, wo der Kolchos-Handel noch in den Anfängen steckt. („Sozialistischeskoje Semledelije“ vom 28. Juli 1932). Die staatliche Handelsorganisation „Detsnab“ (Kinderversorgung) hat ihren ganzen Warenbestand an private Händler verkauft, die alsdann die Waren mit einem Aufschlag von 50 Prozent an die Kolchosbauern verschacherten. (Ebenda.)

Angesichts dieser in der Sowjetpresse gehäuften Belege über das Aufblühen des illegalen Kettenhandels, der von den gegenwärtigen Marktverhältnissen lebhaft angeregt werden mußte, klingt es sehr eigenartig, wenn H. K. (Moskau) in einem Artikel „Kollektivhandel und Nöp“ (Internationale Presse-Korrespondenz“ Nr. 63, vom 2. August 1932) schreibt: „Heute, auf den Kollektivmärkten, tritt das seine Produkte verkaufende *Kollektiv*gut oder der einzelne *Kollektiv*wirtschaftler beherrschend in den Vordergrund, und ihm tritt kein Privathändler entgegen.“ Was ist das: Naivität oder Bluff?

Preisunterschiede.

Das Auftreten der Kollektivgüter auf den Märkten hat das rar gewordene Angebot an Lebensmitteln einigermaßen wieder belebt und an manchen Orten einen gewissen Rückgang der phantastischen Preise des Privathandels zur Folge gehabt. Diese Wirkung, die man allgemein von der Freigabe des Markthandels erhoffte, ist jedoch nicht überall eingetreten. Im Vergleich zum Bedarf ist die Zufuhr noch immer knapp, sodaß die rege Nachfrage der Mehrverdiener und der unvermeidliche Kettenhandel an vielen Stellen, namentlich in den Großstädten, eine Aufwärtsbewegung der Preise begünstigen.

Auf den Märkten sind die Preise im allgemeinen bei den Ständen der Kollektivgüter niedriger als bei den Einzelbauern. Doch wächst auch den Kollektiven der Appetit, je mehr sie ins Geschäft kommen. Die Preise auf dem Markt in Serpuchow, einer kleineren Industriestadt des Moskauer Gebietes, waren, je nach der Klasse der Verkäufer, stark verschieden („Ekonomitscheskaja Shisn“ vom 26. Juli 1932):

	Kollektive Rubel	*Einzelbauern* Rubel
1 „Maß“ (kleiner Holzeimer) Kartoffeln	5	10
1 Kilo Fleisch	7—8	11—12
1 Pud (16 Kilogramm) Mehl	30—35	50—55

In Pawlowski Posad hatten die Kollektive früher billiger verkauft, jetzt richten sie sich aber nach den Preisen der Einzelbauern. Fleisch wird von den Kollektiven zu 9 Rubel das Kilo verkauft (9 Mark das Pfund). Ein Kollektiv brachte Gurken auf den Markt, wartete aber ab, bis die Konsumgenossenschaften ihren Vorrat zu 25 Kopeken das Stück (es handelt sich um kleine russische Gurken) ausverkauft hatten. Dann erst öffnete es seine Säcke und verkaufte seine Gurken flott zu 50 Kopeken (1 Mark!) das Stück. (Ebenda.)

Selbst die Konsumgenossenschaften sind nicht von dem Geiste des Wuchers frei. In Petrowsk kaufte die Eisenbahnkonsumgenossenschaft Eier auf dem Markte zu 3,50 Rubel für den Zehner auf und berechnete ihren Käufern 5,50 Rubel für den Zehner. In Bielaja Zerkow kaufte die Ortskonsumgenossenschaft systematisch auf dem Markte Butter zu 8 Rubel das Pfund auf und verschleißte die Ware an Ort und Stelle zu 10 Rubel. (Ebenda.)

Die Tendenz, an dem Warenvertrieb, also am Konsumenten, maßlos zu verdienen, ist überhaupt für die ganze heutige Wirtschaftsführung in der Sowjet-Union maßgebend. Der Staat holt sich die riesigen Mittel für seine Investitionen durch eine ungeheure Umsatzsteuer, die für das Jahr 1932 dem Etat nach 15,1 Milliarden Rubel (30 Milliarden Mark) aus einer Gesamteinnahme von 27,5 Milliarden Rubel liefern soll. Die einzelnen Industrie- und Handelsorganisationen suchen ebenfalls durch Festsetzung hoher Preise für Bedarfsartikel ihr Kapital rasch zu vergrößern und ihrem Personal Vergünstigungen in Gestalt von Prämien und besserer Versorgung durch eigene landwirtschaftliche Hilfsbetriebe zuzuführen. (Für an den Staat zur liefernde Waren, wie Rohstoffe u. s. w., das sei bemerkt, ist die Preiskalkulation durch den Plan festgelegt.)

Preise für Industriewaren.

Mit dem Aufleben des Markthandels ist es notwendig geworden, den Umfang der Warenproduktion für den bäuerlichen Haushalt zu steigern, damit der Bauer, der ohnehin lieber Austauschware als Papiergeld nimmt, nicht mit leeren Händen vom Markte zurückkehrt. Daher ist an die Fabriken die Verfügung ergangen, aus den Abfällen der Produktion allerlei Konsumartikel herzustellen, die sonst nicht zu ihrem Programm gehören. So produzieren jetzt zum Beispiel berühmte Maschinenfabriken, wie die Putilow-Werke Plätteisen, Teekannen und ähnliches. Die Plätteisen kalkulieren die Putilow-Werke, nebenbei bemerkt, mit 16,50 Rubel das Stück, während der übrige Marktpreis 8 Rubel beträgt („Isvestija“ vom 30. Juli 1932).

Wieviel bei dieser Produktion verdient wird, ist daraus zu ersehen, daß die Schewtschenko-Werke in Charkow in zwei Monaten an den Konsumwaren, die sie aus ihren Abfällen herstellten, 50 000 Rubel (100 000 Mark!) verdienen konnten. Die Hälfte dieses Reingewinnes haben die Werke dazu benutzt, eine Milch-, Schweine und Kaninchenfarm anzulegen, wofür sie ein Grundstück von 275 Hektar zur Nutzung bekommen haben. Die Selbsthilfe durch Anlegung von Kaninchen- und Schweinefarmen, Gemüsegärten u. s. w. wird übrigens auf allen Werken mehr oder minder eifrig betrieben und von oben ermuntert. Die Ergebnisse für die Versorgung sind einstweilen offenbar noch recht bescheiden, da es an Ställen, Futtermitteln u. s. w. fehlt, weshalb die Aufzucht sich zunächst anscheinend in beschränktem Rahmen bewegt.

Einige weitere Beispiele mögen zur Darstellung der Lage dienen. Ein genossenschaftlicher Gewerbebetrieb berechnet für einfache, sehr grob gearbeitete Holzlöffel 296 Rubel für 1000 Stück, also einen Engrospreis von 60 Pfennig für den Löffel! („Isvestija“ vom 24. Juli 1932.) Ein einfaches Büfett kostet in Südrußland 454 Rubel auf dem Werk (900 Mark), ein Paar Beinkleider (Ausschußware!) 48 Mark. („Isvestija“ vom 23. Juli 1932.) Farbige Damenschuhe werden im Dorf zu 54 Rubel (108 Mark) das Paar verkauft („Isvestija“ vom 3. August 1932). In einem anderen Bezirk verkauft die Dorfkonsumgenossenschaft 200 gebrauchte und schlecht reparierte Stiefel zu 35,54 Rubel (70 Mark) das Paar, die neu fast nur die Hälfte (19,34 Rubel) gekostet haben („Isvestija“ vom 2. August 1932).

Am 12. August 1932 berichtet die „Isvestija“ aus einem ländlichen Bezirk, daß die Finanzbehörde sämtliche von den Gewerbegenossenschaften gelieferten Waren mit einer Auflage von 168 Prozent belegt. Die Dorfkonsumgenossenschaft ist deshalb gezwungen, Sandalen, die ihr selber 14 Mark das Paar kosten, mit 40 Mark zu verkaufen. Als Tatsache wird mitgeteilt, daß dieselbe Konsumgenossenschaft ein Speisehaus im Dorf eröffnet hat, wo ein Mittagessen aus zwei Fleischgerichten zum Preise von 3 Mark verabfolgt wird.

Kein Nähgarn, aber seidene Schlipse.

Die Preise für ländliche Erzeugnisse sind natürlich unmittelbar abhängig von dem Preisstand für Industriewaren. Maßgebend ist aber nicht nur der jeweilige Kleinhandelspreis, sondern vor allem die Möglichkeit, den nötigen Gebrauchsgegenstand überhaupt bei der Konsumgenossenschaft aufzutreiben, ohne sich an den privaten Schleichhandel wenden zu müssen, der seine eigenen Preise diktiert. In dieser Hinsicht ist es immer noch sehr schlecht bestellt. Das Dorf bekommt nicht, was es braucht, und erhält dagegen geliefert, was es nicht verwenden kann.

Man schickt Textilien ins Dorf, aber Nähgarn, Nadeln, Gummibänder, Knöpfe und sonstiges Zubehör kann der Bauer nicht bekommen, sodaß er mit dem Stoff nichts anfangen kann, — so lesen wir in einer Korrespondenz an die „Prawda“ vom 28. Juli. Dagegen befinden sich unter den Waren, die ins Dorf geliefert werden, *Seidenschlipse* zu 24 Mark das Stück! (Ebenda.) Das Dorf erhielt eine Partie Damenschuhe und Galoschen (Gummiüberschuhe). Die Schuhe waren aber mit niedrigen, die Galoschen mit hohen Absätzen, sodaß sie zu den Schuhen nicht paßten. (Ebenda.) Bei der Dorfkonsumgenossenschaft des Bezirks Troitzk lagen eine längere Zeit große Mengen kostspieliger Literatur, Kanzleizubehör und Porzellanwaren („Isvestija“ vom 2. August 1932). Gewöhnliches irdenes Geschirr und Baumwollkleider sind im Dorfe nicht zu haben, dagegen werden den Bauern teuere Steingutwaren und Mäntel mit Pelzkragen zum Preise von 360 bis 400 Mark angeboten, lesen wir in der gleichen Korrespondenz.

Mit dem bisher Gesagten können wir diesen Teil unserer Untersuchung, der der Kaufkraft des Geldes im freien Handel gewidmet ist, abschließen. Welche Bedeutung dem Bezug gegen Produktenkarten bei der Bewertung des Geldlohnes beizumessen ist, werden wir im zweiten Teil dieser Untersuchung über die Lage der Arbeiter in der Sowjet-Union demnächst darlegen.

B. W.

GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 198 B — BERLIN • Mittwoch, den 24. August 1932 — 1. JAHRGANG

Die entlarvten Nazis.

Sie fordern offen Klassenjustiz / Offener und versteckter Terror gegen Richter und Regierung.

W-er. In dem Prozeß gegen die Mörder von Potempa ist, wie wir an anderer Stelle ausführlicher mitteilen, gegen fünf der Angeklagten das Todesurteil gefällt worden.

Selten lag ein Fall so klar vor Staatsanwalt und Richtern und vor den Augen der Laien wie dieser. Das Urteil selber ist denn auch fast genau so ausgefallen wie der Staatsanwalt es beantragt hatte, und das heißt also: fünf Nazis müssen jetzt den Bestimmungen der Terrornotverordnung entsprechend hingerichtet werden.

Wir wollen hier keine Betrachtungen anstellen über die rechtliche Zulässigkeit der Todesstrafe überhaupt, d. h. über das Recht des Staates, bestimmte Verstöße gegen die gesellschaftliche Ordnung mit dem Tode zu bestrafen. Es kommt hier darauf an, zu untersuchen, wie die größte Partei Deutschlands auf die Forderung reagiert, daß in einem Staat, der also unter Gesetzen steht, diese Gesetze auch durchgeführt werden müssen. Und es kommt, was wichtiger ist, darauf an, zu untersuchen, wie die Nationalsozialisten zu der weiteren Forderung eines Rechtsstaates stehen, daß die Gesetze für alle Staatsbürger den gleichen Sinn haben, d. h. daß wegen der gleichen Tat immer die gleiche Strafe verhängt wird, ohne Rücksicht darauf, ob — für Deutschland angewandt — der Täter ein Nazi oder ein Kommunist ist.

Zweierlei Recht.

Es ist eine der viel zu wenig beachteten Eigenarten des Nationalsozialismus, also einer politischen Bewegung, die immerhin mehr als ein Drittel der wahlfähigen deutschen Bevölkerung hinter sich gebracht hat, daß sie sich von dem einfachsten Grundsatz: Vor dem Gesetz sind alle gleich! offen freimacht. Es hat neulich sogar ein beamteter Jurist, ein Oberstaatsanwalt von Steinäcker, dieses Bekenntnis zum zweierlei Recht, d. h. zur offenen Willkür, offen ausgesprochen.

Diese ständige Propaganda für die Straffreiheit jeder Nazigemeinheit, die man entschuldigen möchte mit dem Quatsch von der „nationalen Aufbauwilligkeit", hat mit dazu geführt, daß die nationalsozialistische Mörderseuche so um sich greifen konnte. Es handelte sich bei diesen Gesellen nämlich, wie die Gerichtsverhandlungen fast ausnahmslos zeigen, nicht etwa um mutige, opferbereite und überzeugungstreue Menschen, sondern um solche, die — wie in Potempa — besoffen, und zwar nicht nur durch Worte, sondern auch durch Alkohol, an den Ort ihrer Gemeinheiten gefahren werden, und die dann hinterher mit den albernsten Ausreden, unterstützt durch den Terror der noch draußenstehenden Mörder, versuchen, die Richter zu solchen Lumpen zu machen, wie sie selber sind.

Wir müssen anerkennen, daß angesichts dieser Verkommenheit der nationalsozialistischen Bewegung, die dem Beuthener Sondergericht und auch dem dort amtierenden Staatsanwalt natürlich bekannt sein muß, tatsächlich Mut dazu gehört, daß diese Beamten sich an ihre Verpflichtung gehalten, d. h. das Todesurteil wirklich ausgesprochen haben. Das muß besonders anerkannt werden, weil unter den Zuschauern in voller SS-Uniform mit einigen Kollegen Herr Heines saß, approbierter Totschläger, und zwar aus Femegründen, und Ueberfall-Leiter (auf den Journalisten Klotz im Reichstag), der interessanter Weise ausgerechnet Student der Rechte ist.

Das Urteil ist gesprochen. Die Frage ist, ob es vollstreckt werden wird. Wir haben vor einigen Tagen hier geäußert, daß man angesichts des Sachverständigengutachtens, wonach der ermordete Pietrzuch nur an einer Verletzung wirklich gestorben sei, vielleicht versuchen würde, die Angeklagten zu retten, indem man sie nur der Körperverletzung schuldig spräche. Wir erkennen an, daß das Gericht diesen, natürlich etwas krummen Weg nicht gegangen ist. Wir sagen ausdrücklich: wir erkennen das an, obwohl auch hier das Gericht nur eine Selbstverständlichkeit erfüllt hat. Aber wir schrieben neulich auch, es lebten noch heute Leute, die vor langer Zeit bereits zum Tode verurteilt worden seien. Und wir sagen offen, daß uns das Vertrauen in die deutsche Rechtspflege auf Grund von Erfahrungen so weit abhanden gekommen ist, daß wir an die Vollstreckung des Todesurteils erst dann glauben, wenn sie uns als Tatsache mitgeteilt wird. Dieses Mißtrauen in die deutsche Justiz brauchen wir hier nicht mit Einzelfällen zu begründen. Wir bringen nahezu in jeder Nummer Beispiele für das Klassengesicht der deutschen Rechtsprechung, und ein einziger Mann wie der Oberstaatsanwalt von Steinäcker genügt im übrigen zur Begründung unseres Vorwurfs.

Wie können die Verurteilten der Vollstreckung des Urteils entgehen? Dafür gibt es noch manche Wege. Erstens den der Begnadigung, und zweitens den des Wiederaufnahmeverfahrens. Für die Begnadigung zuständig ist die preußische Staatsregierung, im Augenblick also, obwohl durch den Staatsgerichtshof noch unbestätigt, Herr von Papen. Natürlich hat man ihn mit entsprechenden Telegrammen schon bearbeitet, in denen z. B. (Fortsetzung 2. Seite.)

Wiederansteigen des nationalsozialistischen Terrors.

Die blutigen politischen Schlägereien haben seit Sonntag erheblich zugenommen.

In Kolberg verletzten Nazis in der Nacht zum Montag fünf Jungbannerleute, einige von ihnen schwer. Drei Nazis wurden verhaftet.

Die Altonaer Polizei meldet vom Sonnabend und Sonntag mehrere blutige Einzelschlägereien zwischen Nazis und politischen Gegnern.

Nach der Urteilsverkündung in Beuthen am Montag regten sich die Nazis in den Straßen auf, vor allem in der Nähe des Gerichtsgebäudes. Die Polizei, bewaffnet mit Karabinern und Stahlhelmen, zerstreute die Demonstrationen — wie sie sagt, „mit Leichtigkeit, ohne äußerste Gewalt anwenden zu müssen". Mehreren Geschäften und Zeitungshäusern — so dem sozialdemokratischen „Volksblatt" — wurden die Fensterscheiben eingeworfen. Gegen Abend herrschte in Beuthen wieder völlige Ruhe.

Am Sonntagabend überfiel eine SA-Horde einen Wohnblock einer Baugenossenschaft in Hannover, den meist Sozialdemokraten bewohnen. Der „Vorwärts" erfährt darüber:

„Die 20 SA-Leute schrien und brüllten vor dem Block herum, begingen Land- und Hausfriedensbruch, drangen wie Vandalen in Häuser und Höfe ein und schlugen mit Stahlruten, Schlagringen und ähnlichen Mordinstrumenten auf jeden ein, der ihnen in die Quere kam. Mehrere Personen wurden schwer mißhandelt. Ein Mann erhielt Schläge mit einer Waffe über den Kopf und wurde verwundet. Es ist nur ein Zufall, daß kein Todesopfer zu verzeichnen ist."

Beim Erscheinen des Ueberfallkommandos flüchteten die Nazis. Für die Verkommenheit der Banditen ist die Vorgeschichte dieses Ueberfalls kennzeichnend:

Der SA-Führer Stranz hatte seine Frau mißhandelt, zu Boden geworfen und mit den Füßen getreten, bis sie blutüberströmt liegen blieb

und Einwohner des benachbarten Baublocks der Baugenossenschaft herbeieilten, die Frau befreiten und für ihre Ueberführung ins Krankenhaus sorgten.

Nach einigen Stunden erschien Stranz an der Spitze der SA-Horde, um die Strafexpedition gegen die Bewohner des Blocks durchzuführen.

Vor der Polizei sagte er aus, „das Mordgesindel aus der Baugenossenschaft" habe seine Frau überfallen.

In Grüningen, Kreis Brieg, schoß der NS Neugebauer in der Nacht zum Sonntag mit einem Karabiner in die im gleichen Hause liegende Wohnung des Reichsbannermannes Spielmann. Dem Ueberfall war ein Wortwechsel Neugebauers mit Frau Spielmann um einige Stunden vorausgegangen; dabei hatte der Nazi die Frau mißhandelt. Die hatte dann ihren Mann vom Felde zur Hilfe gerufen. Neugebauer bedrohte diesen mit einem Messer, floh aber, als Spielmann sich zur Wehr setzte. Nachts rief Neugebauer ohne jeden Grund um Hilfe, nahm seinen Karabiner und schoß in Spielmanns Wohnung. Der Schuß traf nur die Mütze, die Spielmann auf dem Kopf hatte.

Zu dem Wirt Lietz in Treptow kamen in der Nacht zum Sonntag zwei junge Arbeiter und forderten zu trinken. Ueber das weitere erfährt die „Rote Fahne":

„Der Wirt lehnte ab:

An die Kommune verkaufe ich nichts!

Ein anderer Gast, der eine frische Molle vor sich stehen hatte, gab sie den durstigen Jugendgenossen und bestellte sich eine neue. Jetzt gab der Wirt auch diesem Gast nichts mehr. Es entstand ein Wortwechsel mit dem Wirt, der die beiden Jugendlichen aufforderte, sofort das Lokal zu verlassen. Die beiden waren schon in der Tür, als sich der Jungarbeiter Hans Gabel nochmals umdrehte, weil der Wirt etwas gerufen hatte. Da

ergriff dieser eine Pistole und feuerte mehrere Schüsse auf ihn ab. Ein Schuß ging dem jungen Menschen durch die Lunge.

Das inzwischen herbeigekommene Ueberfallkommando brachte den Schwerverletzten ins Urban-Krankenhaus, wo er hoffnungslos daniederliegt."

In Ortelsburg wurden „Stahlhelm"-Studenten von Nazis überfallen und zum Teil erheblich verletzt. Die Polizei hat die Täter zum größten Teil ermittelt. Es handelt sich um SA.

In Radeberg (Sachsen) wurde eine Handgranate in eine „Stahlhelm"-Veranstaltung geworfen. Die Granate explodierte nicht.

In Schönwalde bei Gleiwitz wurde in der Nacht zum Montag gegen die Wohnung eines Zentrumsmannes ein Handgranatenanschlag verübt.

Sondergerichtsurteile.

Ein Schimpfwort — zwei Monate Gefängnis.

Breslau, Montag. Der parteilose Arbeiter Engelsch erhielt zwei Monate Gefängnis, weil er einigen auf einem Auto vorbeifahrenden SA-Leuten zugerufen hatte: „Nieder mit den Nazilergen!"

Breslau, Montag. Der 18jährige parteilose Arbeiter Jungert erhielt sechs Monate Gefängnis, weil er in Gemeinschaft mit sieben entkommenen Personen zwei politischen Gegnern die Abzeichen abgerissen und sie mißhandelt hatte.

Breslau, Montag. Der Schiffer Hildebrand erhielt einen Monat Gefängnis. Er hatte in einem Restaurant mit einer Bierflasche nach dem Radio geworfen, als dort „Deutschland, Deutschland, über alles" gespielt wurde. Nachdem man ihn herausgesetzt hatte, war er dann mit einer Axt zurückgekehrt und hatte ins Lokal gerufen: „Kommt nur heraus, ich schlage euch den Schädel ein."

Das Sondergericht in Ortelsburg verurteilte am Montag die Kommunisten Gustav Hinz zu einem Jahr, Siegfried Hinz zu neun Monaten, Goehrke und Grabosch zu je vier und Bahor und Przygodda zu je drei Monaten Gefängnis wegen schweren Haus- und Landfriedensbruchs.

Das Insterburger Sondergericht verurteilte am Montag den SA-Führer Karnitzki wegen Nötigung, Körperverletzung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und unerlaubten Waffenbesitzes zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr fünf Monaten Gefängnis. Der SA-Mann Waischnor wurde wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen und unerlaubten Waffenbesitzes zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Hitler sich den heimtückischen Mördern „in unbegrenzter Treue verbunden" fühlt,

deren „Freiheit von diesem Augenblick an eine Frage unserer (also der NS) Ehre ist". Die übrige NS-Clique hat sich entsprechend geäußert. Goebbels empfindet „diese Urteile als einen Faustschlag in das Gesicht des nationalen Deutschland", verkörpert also durch fünf gemeine Meuchelmörder. Herr Frank II droht offen, des Urteils „unverzügliche Aufhebung ist zur Sicherung und letztmögliche Aufrechterhaltung des inneren Friedens eine Notwendigkeit". Herr Luetgebrune, der bisher offenbar immer geschmeidigere Richter gefunden hatte, bekennt hier in anerkennenswerter Oeffenheit, daß ihm seit zwölf Jahren kein Urteil vorgekommen sei, daß so sehr „einen Justizirrtum darstelle" als dieses. In die Reihe der Leute, die nach der Methode der Einschüchterung verfahren, reiht sich natürlich Herr Heines ein. Er brüllte nach der Urteilsverkündung in den Saal eine nationalsozialistische Tirade, leider hat der Gerichtshof den Kerl nicht sofort verhaften lassen, wozu er nach den bestehenden Gesetzen nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet war. Die Telegraphen-Union bringt es fertig, zu der Heinesschen Unverschämtheit einen richtig kitschigen Geschichtsbericht zu liefern, wonach Heines beim Verlassen des Gerichtsgebäudes „von einem leidenschaftlichen Begrüßungssturm mit dem Hitler-Ruf empfangen" wurde. Den Vogel schießt die NSDAP selber ab, deren Pressestelle schreibt: „... Beuthener Todesurteile, die unter keinen Umständen vollstreckt werden dürfen. Es wird in Deutschland keine Ruhe mehr geben, bis dieses Beuthener Urteil aufgehoben ist. Mögen die verantwortlichen Staatsleiter den Ernst der Stunde erkennen, bevor es zu spät ist."

Bisher verlautet zu all diesen Ueberrennungsversuchen nur, die Regierung werde sich in keiner Weise unter irgend einen politischen Druck setzen lassen. Sie werde ihre Entscheidung so fällen, wie sie nach rechtlichen Gesichtspunkten zu fällen sei.

Für das Wiederaufnahmeverfahren, macht die Verteidigung geltend, daß es bei dem Wesen des Kurzverfahrens leicht sei, „neue Beweismittel und Tatsachen geltend zu machen, auf Grund deren die Wiederaufnahme des Verfahrens zulässig sei". Ferner will die Verteidigung prüfen, ob nicht noch „die Ablehnung der Richter wegen Befangenheit, die aus Tatsachen erfolgen könne, die die Angeklagten erst nachträglich in Erfahrung brachten", möglich sei.

Für den Fall, daß das Wiederaufnahmeverfahren wirklich angeordnet wird, müßte die Hauptverhandlung vor dem zuständigen ordentlichen Gericht stattfinden.

Vielleicht aber wird, ehe alle diese Schritte beendet sind, inzwischen Preußens Ministerpräsident ein Nationalsozialist sein, der mit der Begnadigung seiner Parteigenossen wahrscheinlich nicht lange zögern wird.

Die Rechtspresse vergleicht das Beuthener Urteil mit dem Brieger und findet, da die Todesstrafe ernsthafter ist als eine mehrjährige Zuchthausstrafe, daß die Leute in Beuthen ungerecht behandelt worden sind. Selbstverständlich ist dies eine völlige Verdrehung der Tatsachen: Es handelt sich in Beuthen um überführte Mörder, während es sich in Brieg, auch nach der Beweisaufnahme, um strittige Fälle politischer Vergehen handelt. Wir drucken an anderer Stelle die Urteilsbegründung des Brieger Sondergerichts ab, aus der deutlich hervorgeht, daß das Urteil mit auf Annahmen des Gerichts gestützt worden ist, die jedenfalls durch Zeugenaussagen nicht eindeutig bekräftigt worden sind. Daß angesichts dieser ungeklärten Sachlage ein so hartes Urteil nicht gerecht ist, versteht sich nicht nur für Sozialisten von selber.

„Pazifistisch und wachsam."

G. K. **Paris, 21. August.**

So hat vor kurzem Herriot die Haltung Frankreichs zu den Ereignissen in Deutschland gekennzeichnet. Die französische Presse prüft diese Haltung der Regierung vor allen Dingen angesichts zweier Ereignisse in Deutschland: des Stahlhelmtags in Pirmasens und der Forderung Papens auf Wiederherstellung des deutschen Kolonialreiches.

Dazu kommt, daß gerade jetzt wieder Deutschlands Forderung auf Gleichberechtigung in bezug auf Rüstungen in Paris im Vordergrund des Interesses stehen; denn in Frankreich wird erwartet, daß der deutsche Botschafter von Hoesch schon in den nächsten Tagen einen amtlichen Schritt wegen dieser Frage unternehmen wird. Daß Deutschland auch bald Kolonien fordern wird, gilt in Frankreich als sicher.

Sowohl die Rechts- als auch die Linkspresse, die sich beide um Herriots Gunst bemühen, beschäftigen sich eingehend mit den Ereignissen in Deutschland und mit den Forderungen der Reichsregierung, und von beiden Seiten werden Herriot Vorschläge gemacht, wie er „pazifistisch und wachsam" sein könne.

Wie immer in solchen Fällen marschiert das reaktionäre „Echo de Paris" mit an der Spitze der Verhetzung, wenn es angesichts des Pirmasenser Stahlhelmtages, der in der Nähe der Grenze die besondere Wachsamkeit der Franzosen weckte, ausruft: „Pazifistisch sind wir bis zur irrsinnigen Unvorsichtigkeit gewesen, jetzt heißt es nur noch wachsam sein." Mit dem „Echo de Paris" fordert die ganze Pariser Rechtspresse, daß „Pirmasens für die Franzosen ein Zeichen zur Umkehr sein solle". Für den „Temps" gilt die Forderung des deutschen Reichskanzlers nach Kolonien als ein Auswuchs der deutschen „Unersättlichkeit und Anmaßung".

In all solchen Fällen lamentiert die französische Rechtspresse immer in den gleichen Tönen: Wir haben um des Pazifismus willen, wer weiß welche Opfer gebracht. Frankreich habe großmütiger Weise auf viele seiner Rechte gegenüber Deutschland verzichtet. Es habe dadurch sogar seine eigene nationale Sicherheit aufs Spiel gesetzt. Und Deutschland? Statt sich dankbar zu erweisen und Frankreich mit Verständnis entgegenzukommen, habe es jedes Zugeständnis dazu benutzt, um nur immer noch mehr und mit immer größerer Dreistigkeit zu fordern.

Wie könne Frankreich angesichts solcher Feindseligkeit an Abrüstung denken? Die Sozialisten, die Abrüstung fordern, spielen damit den deutschen Nationalisten in die Hände und seien also Wahnsinnige, wenn nicht gar Vaterlandsverräter.

Nun sind wir weit davon entfernt, behaupten zu wollen, daß die deutschen Außenpolitiker je anderen Mächten viel Dankbarkeit und Vertrauen gezeigt hätten, oder auch nur immer die zur Selbsterhaltung notwendige Klugheit bewiesen hätten, sich nicht mit allen großen Mächten zu überwerfen. Den Kern jener Anklage gegen die deutschen Regierungen der Nachkriegszeit halten wir also für berechtigt.

Aber es steht der französischen Rechten und ihrer Presse wenig an, in dieser Sache als Kläger aufzutreten. Denn sie hat stets alle Zugeständnisse französischer Regierungen in internationalen Fragen bekämpft und verurteilt. Wenn es nach ihr gegangen wäre, würde heute weder das Rheinland geräumt, noch die Summe der Reparationszahlungen ermäßigt worden sein. Und wir sind nicht leichtgläubig genug, anzunehmen, daß wenn uns die Blätter der französischen Schwerindustriellen (z. B. der „Temps") beweisen wollen, daß Frankreich nicht abrüsten dürfe, sie dies nicht in steter Linie mit Rücksicht auf ihre Profite tun, die erheblich geschmälert werden, wenn es auf beiden Seiten des Rheins weniger an Rüstungen zu verdienen gibt. Natürlich wollen außerdem die französischen Imperialisten ihren Ausbeuterkollegen nicht die Möglichkeit gönnen, auch über eine profitable Rohstoffbasis und einen reservierten Absatzmarkt in den Kolonien zu verfügen.

Man braucht also zur Erklärung der Klagegesänge der französischen Rechtspresse gar nicht Betrachtungen über den berechtigten Schutz Frankreichs gegen deutsche Uebergriffe heranzuziehen. Pazifistisch im Sinne der Völkerverständigung? Davon kann bei dieser Presse und ihren Nachbetern gar nicht die Rede sein. Wachsam? Ja, wachsam, daß den hinter ihr stehenden Geldleuten nicht durch eine plötzliche, radikale, von den Arbeitern kontrollierte Abrüstung der Atem ausgeblasen wird.

Mit dieser Feststellung wollen wir weder dem Verlangen vieler Deutscher nach Aufrüstung, Kolonialbesitz u. s. w. das Wort reden, noch die ernste Besorgnis abzuschwächen versuchen, die sich der französischen Linken angesichts der Ereignisse in Deutschland in wachsendem Maße bemächtigt. Die Linksparteien ziehen aus dieser Besorgnis andere Konsequenzen als die eben zitierten Blätter der Rechten. Blum sagte erst kürzlich in einem Brief an den „Manchester Guardian", daß man Deutschland allerdings nicht daran hindern könne, für sich selber die *Sicherheit* zu fordern, der zuliebe die europäischen Großmächte die Abrüstungskonferenz fehlschlagen lassen. Daraus folge aber, daß man Deutschlands Verlangen nach Aufrüstung nur dadurch bekämpfen könne, daß die anderen Mächte abrüsteten.

Darum sind sich „Peuple" und „Populaire" und auch „Humanité" einig, darin, daß man in Frankreich vor allen Dingen den *französischen* Kriegstreibern auf die Finger sehen müsse. Angesichts der Gefahr, die sowohl die Lage in Deutschland als auch die Tätigkeit dieser Kriegstreiber für den Frieden darstellt, haben sich viele Sozialisten bereit erklärt, sich an dem Kongreß in Amsterdam am 27. August zu beteiligen, trotz — vielleicht auch gerade wegen — des unverzeihlichen Versagens der II. Internationale.

Diese neue Kriegsgefahr führt auch immer wieder dazu, daß in Diskussionen und Gesprächen unter Anhängern der Linken die Fragen aufgeworfen werden: wie sollen wir als Pazifisten uns verhalten, wenn ein reaktionäres Deutschland, sei es unter Schleicher, sei es unter Hitler, Frankreich angreift? Sollen wir den Heeresdienst einzeln verweigern? Die Fruchtlosigkeit einer solchen Politik liegt offen zutage. Sollen wir durch Massenaktion die Mobilmachung verhindern? Auch hier stünde der Friede auf einer sehr unsicheren Karte, wenn die Massenaktion nicht ein Generalstreik wäre, der zum Aeußersten entschlossen wäre. Aber können wir uns darauf verlassen, daß die Gewerkschaften den Generalstreik auch nur erklären?

Oder sollen wir Sozialisten den Krieg vielleicht gar nicht zu verhindern suchen, sollen wir vielmehr als Anhänger der Freiheit die Waffen ergreifen und *gegen den deutschen Faschismus* marschieren, der unsere Demokratie zerstören will, die zwar auch ungerecht, aber doch tausend mal besser ist als der Faschismus? Sollen wir so handeln, wie es die deutsche Sozialdemokratie tat, als sie 1914 zum Krieg gegen die russische Tyrannenherrschaft aufrief? Auch dieser Vorschlag bringt nicht die Lösung des Problems; denn ebenso wenig, wie die deutschen Arbeiter 1914 gegen die russischen Tyrannen gekämpft haben, ebenso wenig würden die französischen Freiheitsfreunde gegen den Faschismus in den Krieg ziehen. Ein Krieg wird zwischen den Soldaten der Völker geführt. Den Faschismus kann man nicht bekämpfen, indem man gegen eine Nation kämpft, sondern nur dadurch, daß man gegen die Klasse kämpft, zu derem Schutz der Faschismus besteht. Und dies bringt uns auch zur Lösung des Problems, was heute zu tun ist: Maßnahmen auf nationalem Gebiet sind stets mehr oder weniger unsicher, weil man ja nicht weiß, ob die Genossen in den anderen Ländern sich in gleicher Weise entscheiden. Nur durch internationale Vereinbarungen zwischen den Organisationen der Arbeiterschaft kann der Krieg unmöglich gemacht werden. Einstweilen sind aber die französischen Sozialdemokraten (genau wie die deutschen!) noch weit entfernt, diese Unterscheidung mit all ihren Konsequenzen aufgefaßt zu haben.

USSR. und USA.

[illegible] wird, mit welcher daß die amerikanische Regierung die Anerkennung der Sowjet-Union davon abhängig macht, daß Stalin die III. Internationale auflöst. Litwinow soll in Genf eine Unterredung mit zwei Mitgliedern der amerikanischen Delegation gehabt haben, in der er zu diesem Thema geäußert hat: Ueber die Unterdrückung kommunistischer Propaganda in den USA ließe sich reden. Aber die Auflösung der III Internationale stehe nicht bei der USSR, da die Internationale von der russischen Regierung getrennt sei.

Wenn hinter dieser Meldung überhaupt irgend eine ernster zu nehmende Anregung von seiten Washingtons steht, so kennzeichnet ihr Inhalt nur, wie völlig ahnungslos eine kapitalistische Regierung gegenüber der Ideenwelt der russischen Revolutionäre steht. Der Kommunismus ist keine auf russische Verhältnisse beschränkte Angelegenheit und erst recht keine Angelegenheit nur des russischen Staates — was sich die III. Internationale nicht nur bei dieser Gelegenheit gesagt sein lassen sollte.

Die offiziellen französisch-amerikanischen Verhandlungen haben am Montag in Paris begonnen.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

62)

Copyright by Malik-Verlag 1932

THEODOR PLIVIER.

Zwischendecker hat er geworben für Rechnung englischer Reedereien, Auswanderer aus Oesterreich, Polen, Litauen, Galizien, die in den achtziger und neunziger Jahren die Grundlage der transatlantischen Schiffahrt bildeten. Er hat das Unternehmen seines Vaters zu einer scharfen Konkurrenz für den „Bremer Lloyd" und die „Hamburger Paketfahrt" hochgearbeitet. Jahrzehntelang kämpften englische, französische, belgische, holländische, zuletzt auch die deutschen Reedereien um das Auswanderergeschäft. Bei diesem Rennen sanken die Ueberfahrtsraten — bis die HAPAG gezwungen war, den kleinen Konkurrenten Ballin zum alleinigen selbständigen Leiter ihres gesamten Passagegeschäftes von und nach Nordamerika zu ernennen.

Das war die erste Etappe. — Die Begründung des Pools, eines internationalen Abkommens, nach dem die Schiffahrtsgesellschaften das Passage- und Frachtgeschäft nach ihrem Tonnagebestand unter sich aufteilen, war der zweite große Schritt auf seinem Wege. Nicht Konkurrenzkampf, der nur den Auswanderern und Verfrachtern zugute kam und die Räten verdarb, sondern Kooperation, Paktieren der Besitzenden untereinander zum Zwecke schärfster Ausbeutung der Arbeitskräfte, der Passagiere und Verfrachter — in diesem Zeichen hat er als Generaldirektor der HAPAG die deutsche Schiffahrt groß gemacht.

Der immer kränkliche Ballin — Kontrahent zahlreicher Gemeinschaftsverträge, Mitgründer der nordatlantischen Pools, despotischer Leiter des größten Schiffahrtsunternehmens der Welt, intimer Ratgeber des Kaisers und der kaiserlichen Regierung — sitzt müde in seinem Sessel zurückgelehnt und hört das aufständische Volk unten im Hause rumoren. Die Polizei, die er noch gestern hätte rufen können, existiert nicht mehr. Die militärischen Befehlshaber sind geflohen.

Die Gänge und die Fluchten leerer Zimmer hallen wider von schweren Matrosenstiefeln. Der Blick Ballins bleibt an einer Vase aus böhmischem Glas hängen, an den bizarren Formen der weißen Orchideen, die in seinem Arbeitsraum täglich erneuert werden. Er sieht zu dem Bild des Kaisers auf, das in Lebensgröße über dem Kamin hängt.

Vor Tagen schrieb er in einem Brief:

„... der Galerie könnte man allerdings den Erfolg nicht greifbarer darlegen, als wenn man den Mann, der verantwortlich für den Krieg gezeichnet hat, als Opfer forderte und erhielte. Ich glaube nicht, daß der Kaiser sehr traurig sein würde, wenn er jetzt mit einer noblen Geste sich ins Privatleben zurückziehen könnte ..."

Der Kaiser mag sich „ins Privatleben" zurückziehen. Aber das Reich bricht zusammen, und mit dem Reich die deutsche Schiffahrt, und mit der deutschen Schiffahrt sein Lebenswerk, achtundzwanzig siegreiche Jahre ... Auswanderer, eine ganze Völkerwanderung, fünf Dollar hat er pro Kopf verdient — Zwischendecker, Kajütspassagiere, Exkursionsreisende, bankrotte Reeder, Stückgüter, Transporte, Kriege; an allen und allem hat er verdient.

Heute wird ihm die Rechnung präsentiert.

Sie wird ihm von „der Galerie" präsentiert.

Einen Termin hat Ballin noch in seinem Kalender stehen, eine Sitzung des Vereins „Hamburger Reeder". Diese Sitzung sucht er noch auf. Nicht ohne Ironie empfiehlt er den Reedern, die in den Häfen liegenden Dampfer nun möglichst schnell von ihrer Marinecharter zu befreien. Nahrungsmittel von Schweden und Norwegen zu holen, sei jetzt das Notwendigste, denn je größer der Hunger in Deutschland, um so blutiger werde auch die Revolution sein.

Nach der Sitzung läßt er sich in seine Wohnung fahren.

Einige Male noch klingelt das Telephon — ein Kaufmann, ein Senator, ein Politiker wollen seinen Rat hören. Ballin bekundet kein Interesse mehr, weder für kommunale Sorgen, noch für die Geschäftslage, noch für die Politik. Man möge am nächsten Tage wieder anrufen, antwortet er.

Zwei Tabletten Veronal nimmt Ballin gewöhnlich gegen seine Schlaflosigkeit ein, heute hat er die Dosis vorfünffacht. Nach den Telephonanrufen spürt er die Wirkung. Aber er will mehr als den gewöhnlichen Schlaf. Er richtet sich auf und nimmt noch einmal die doppelte Dosis wie vorher ein.

Müde fällt sein Kopf in die Kissen zurück.

Und von der gewaltigen Perspektive Ballins auf die Schlüsselstädte der fünf Meere, auf die Schiffahrtslinien seiner Gesellschaft, die wie ein Netz den Erdball umspannen, bleibt nichts weiter als ein letzter blinzelnder Blick auf das Wasserglas, das er gewissenhaft an seinen Platz zurückgestellt hat. Dann erlischt auch das in dem Glas gefangene Licht. Ballin schläft ein. Sein Atem wird leiser, setzt in unregelmäßigen Intervallen ganz aus und schwillt röchelnd wieder an. Mit schwachen Schlägen wehrt sich sein Herz noch eine Weile gegen das Gift.

Besinnungslos wird er später im Bett aufgefunden.

Der herbeigerufene Arzt läßt Ballin in eine Privatklinik bringen. Dort wird ihm der Magen ausgepumpt; aber die Hilfe kommt zu spät. Albert Ballin, der Generaldirektor der „Hamburg-Amerika-Linie" ist tot.

Wieder wird es Tag in Hamburg, zuerst über dem Fluß. Grau zieht das Wasser unter den Elbbrücken durch, an den Anlegestellen, an den Werften und den an Pfählen festgemachten Ozeandampfern vorbei. Auch in der Stadt wird es langsam hell, in den Hafenstraßen und den alten Wohnbaracken Altonas, in den nebeneinandergestaffelten Mietskasernen der Arbeiterquartiere: von Rauch und Nebel geschwärzte Fassaden, Reihen glotzender Fenster, offene Hauseingänge, eingesäumt von den Kolonnen der Aschcimer, die die Bewohner abends mit Unrat angefüllt auf die Straße stellen, und die sie morgens in ihre Wohnung herauf holen. Halbangezogene Frauen in Latschen tauchen auf und verschwinden wieder in den Häusern. Die Männer mit Brotbeuteln und Kaffeekannen gehen heute nicht zur Arbeit. An den Straßenecken werden sie abgefangen, und sie sammeln sich in den Stehbierhallen.

Es wird Tag in Hamburg.

Auch Raumschuh wacht auf.

(Fortsetzung folgt.)

Baugenossenschaften und Wohnungspolitik.

Auf dem 68. Deutschen Genossenschaftstag, der seit Montag in Dortmund tagt, führte der Direktor des Hauptverbandes deutscher Baugenossenschaften e. V., Oberregierungsrat Dr. Weber, aus:

In der Nachkriegszeit habe die Förderung des Wohnungsbaues durch die öffentliche Hand viele Interessenten auf den Plan gerufen. Geschäftstüchtige Leute seien der Meinung gewesen, es bedürfe nur der Gründung eines sogenannten gemeinnützigen Wohnungsunternehmens, um in den Besitz der staatlichen Beihilfe zu gelangen. Viele Baugenossenschaften seien nach kurzer Zeit wieder zugrundegegangen, weil sie einem Bedürfnis nicht entsprochen hätten und geschäftlich unzulänglich geleitet gewesen seien. Der Gedanke der Selbsthilfe sei unter dem Einfluß der Gesetzgebung allmählich dem Verlangen nach Staatshilfe gewichen. Der Staat habe sich immer mehr Eingriffs- und Ueberwachungsmöglichkeiten geschaffen, die die Selbständigkeit der Baugenossenschaften beeinträchtigten. In der Oeffentlichkeit sei ein Unterschied zwischen den wirklich gemeinnützigen und den spekulativen sogenannten gemeinnützigen Wohnungsunternehmen vielfach nicht mehr gemacht worden. Darunter hätten auch die Baugenossenschaften zu leiden gehabt. Bestrebungen auf Beseitigung der eingetretenen Schäden haben dazu geführt, daß in der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 10. Dezember 1931 strenge Voraussetzungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit eines Wohnungsunternehmens festgelegt worden seien, die eine geschäftliche Auswertung der Gemeinnützigkeit für die Zukunft unmöglich machen.

Die Bewohner vieler Baugenossenschaftswohnungen seien zwar zur Zeit von der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit schwer betroffen. Doch zeige sich erfreulicherweise auch wieder der genossenschaftliche Opferwille, indem die Genossen ihre Mietzahlungen oft unter Zurückstellung sonstiger wichtiger Lebensbedürfnisse aufbrächten. Die Mietrückstände nehmen zwar auch bei vielen Baugenossenschaften schon einen bedenklichen Umfang an. In ihrer überwiegenden Zahl seien die jetzt bestehenden Baugenossenschaften jedoch wirtschaftlich durchaus gesund, und es bestehe deshalb die begründete Hoffnung, daß sie die Not der gegenwärtigen Zeit glücklich überstehen würden. Allerdings müsse die Regierung insofern auch dazu beitragen, als sie die gegenwärtigen unerträglichen Belastungen abbaue.

Direktor Wildermuth von der Deutschen Bau- und Bodenbank in Berlin berichtete, daß der Wert der Erzeugnisse des gesamten deutschen Baugewerbes mit jährlich 8 bis 9 Milliarden Mark angenommen werden könne und im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1931 rund 6,7 bis 11,7 Prozent des Volkseinkommens betragen habe.

Von den rund 17,3 Millionen Haushaltungen in Deutschland müßten auch gegenwärtig noch immer rund 1,2 Millionen auf eine eigene Wohnung verzichten, obwohl seit 1929 mit einem Wohnungszugang von 2,8 Millionen Wohnungen gerechnet werden könne.

An den fertiggestellten Wohnungen nehmen die Umbauten einen wesentlichen Anteil.

An den neu erstellten Wohnungen in den Groß- und Mittelstädten waren die gemeinnützigen Bauunternehmungen 1931 zu fast 60 Prozent beteiligt,

die privaten Bauherren zu rund einem Drittel, während der Rest auf öffentliche Körperschaften entfiel.

Für die Beschaffung der notwendigen Mittel kämen in erster Linie private Versicherungsunternehmungen, sowie die Träger der Sozialversicherung, in zweiter Linie die Sparkassen in Frage. Oeffentliche Mittel stehen der deutschen Bauwirtschaft so gut wie nicht mehr zur Verfügung. Unter diesen Umständen hat die Förderung der vorstädtischen Kleinsiedlung, für die insgesamt aus öffentlichen Mitteln 73 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden sollen, um so größere Bedeutung.

Chinesischer Angriff zurückgeschlagen.

In der Provinz Jehol griffen reguläre chinesische Truppen japanische Abteilungen an, um gefangene Chinesen zu befreien. Es kam dabei in der Nähe der Stadt Nanling zu einem längeren Gefecht, nach dem die Chinesen zurückgeschlagen wurden. Die Japaner besetzten Nanling.

Indischer Protest gegen den englischen Regierungsplan.

Diejenigen Mitglieder der englisch-indischen Konferenz, die dem Stamm der Sikh angehören, haben aus Protest gegen die von England vor kurzem vorgenommene Verteilung der Sitze in den indischen Provinzialparlamenten auf ihre Sitze in der Konferenz verzichtet. Dem englischen Vizekönig, Wilingdon, haben sie ihren Rücktritt damit begründet, daß sie die vorgesehene mohammedanische Stimmenmehrheit im Parlament von Pundschab für unannehmbar halten.

Der polnische Boykott gegen Danzig wird abgeblasen.

Das am 13. August abgeschlossene Abkommen zwischen Danzig und Polen trägt Früchte. Die Zentrale des polnischen „Verbandes zur Verteidigung der Westgrenze", der in den vergangenen Monaten die Boykottbewegung gegen Danzig führend war, hat unter Berufung auf die getroffene Vereinbarung beschlossen, den Boykott abzubrechen. Bereits in den nächsten Tagen soll die polnische Oeffentlichkeit durch einen Aufruf des Verbandes aufgefordert werden, alle Boykotthandlungen einzustellen.

Vor dem Prozeß gegen die spanischen Putschisten.

In Madrid rechnet man damit, daß der in den nächsten Tagen beginnende Prozeß gegen den Monarchistenführer Sanjurjo mit dem Todesurteil enden wird. Mit Sanjurjo zugleich werden dessen Sohn und zwei andere monarchistische Generäle vor dem Schnellgericht stehen. Man nimmt an, daß sie zu lebenslänglichen Gefängnisstrafen verurteilt werden.

Gefangene im Hungerstreik.

Im Gefängnis von Konstantinopel sind 41 Kommunisten aus Protest gegen das langwierige und vollständig geheime Gerichtsverfahren, dem sie unterworfen werden, in den Hungerstreik getreten. Der Streik ist bereits am 3. August ausgebrochen, dauert also schon bald drei Wochen! Die Erschöpfung unter den Streikenden ist groß; ob sie alle ihren Entschluß durchhalten, ist ungewiß. Die Gefängnisleitung hat ihnen zynisch erklärt, derartige „Erpressungen" würden zu nichts führen.

*

Ein ähnlicher Fall wird aus Warschau gemeldet. Dort hungern 32 junge Ukrainer seit sieben Tagen, um damit gegen die unglaublichen Umstände ihrer Haft zu protestieren. Sie sitzen seit vier Monaten in *Untersuchungshaft*, ohne daß ihnen auch nur die Anklage zur Kenntnis gegeben wäre!

Berichtigung. In dem Aufsatz über die ungarischen Kommunistenprozesse, den wir gestern im „Funken" veröffentlicht haben, ist an Stelle, die über die Karikas zur Last gelegten Taten berichtet, das Wort „angeblich" irrtümlicher Weise weggeblieben. Wir machen auf diesen Fehler nachdrücklich aufmerksam; denn wir wollen auch den leisesten Anschein vermeiden, als ob wir die Mitteilungen der ungarischen bürgerlichen Presse für bare Münze nehmen.

Die Richtlinien für die „Sittlichkeit".

Brachts Badepolizeiverordnung lautet:

§ 1. Das öffentliche Nacktbaden oder Baden in anstößiger Badekleidung ist verboten. Als öffentlich im Sinne dieser Bestimmung gilt das Baden, wenn die Badenden von öffentlichen Wegen oder Gewässern aus sichtbar sind.

§ 2. Im und am Wasser ist jedes Verhalten zu unterlassen, das in sittlicher Beziehung Aergernis zu geben geeignet ist.

§ 3. Es ist verboten, nur mit einem Badeanzuge bekleidet, öffentliche Gaststätten zu betreten oder sich in diesen aufzuhalten, es sei denn, daß die Gaststätten nur vom Badestrand oder den Badeeinrichtungen aus zugänglich sind.

§ 4. **Die nachgeordneten Polizeibehörden können weitergehende Bestimmungen erlassen.**

§ 5. Gegen die Nichtbefolgung der Polizeiverordnung wird hiermit die Festsetzung von Zwangsgeld bis zu 150 Mark angedroht.

§ 6. Diese Polizeiverordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

*

Zu § 1 bemerkt Herr Bracht:

„Die Entscheidung darüber, welche Badekleidung als anstößig ... anzusehen ist, will ich bis auf weiteres dem pflichtmäßigen Ermessen der Ortspolizeibehörde überlassen. ..."

„Zur Wahrung des öffentlichen Anstandes"

in Theatern u. s. w. hat Bracht folgenden Runderlaß an die Polizeibehörden gerichtet:

„. . . ersuche ich, darauf zu achten, daß bei Vorführungen und Schaustellungen in Theatern, Varietés, Gaststätten u. dergl. künstlerische Ziele nicht auf Kosten der durch die öffentliche Sittlichkeit gebotenen Zurückhaltung bei der Entblößung menschlicher Körper verwirklicht werden. Insbesondere aber sind Schaustellungen zu verhindern, die nur angeblichen künstlerischen Interessen dienen, in Wahrheit aber lediglich erotische Ziele verfolgen. Zu verbieten sind daher vor allem sämtliche Nacktdarstellungen. . . ."

Ueber die Praxis der neuen „Sittlichkeits"-Schnüffelei wird dem „Berliner Tageblatt" aus Kloster auf Hiddensee berichtet. Dort wurden „sämtliche Badegäste, die im Badeanzug zum Strand gingen, von dem Landjäger auf Grund der Brachtschen Notverordnung notiert. Etwa dreißig Personen wurden namentlich festgestellt. Unter ihnen befand sich sogar eine junge Dame, die über den Badeanzug einen Bademantel gezogen hatte. Sie wurde bestraft, weil der Wind den Bademantel auseinanderschlug, so daß ihre Beine zu sehen waren".

Herriots Rüstungsgespräche.

Herriots Ruf: „Pazifistisch, aber wachsam!" wird nunmehr, wie die neuesten Meldungen zeigen, unterstützt durch gewisse Schritte, die er zur Einleitung der deutsch-französischen Verhandlungen über die Gleichberechtigung Deutschlands unternimmt. Wir haben an anderer Stelle dieses Blattes die Ausführungen unseres Pariser Mitarbeiters wiedergegeben, in denen er von der Stellungnahme der Links- und der Rechtspresse berichtet. Von keiner dieser beiden Seiten wird Herriot ein Weg gezeigt, der ihm in diesen schwierigen Verhandlungen eine brauchbare Lösung anbietet. Die Rechtspresse ist völlig chauvinistisch, und hinter ihr stehen die Interessen der Rüstungsindustrie. Die Linke schwankt zwischen der vernünftigen Forderung einer Abrüstung, bei der Frankreich vorangehen soll, und der Sorge, sich mit einer solchen Abrüstung einem faschistischen Deutschland wehrlos auszuliefern.

Herriot folgt, wie dies auch seiner bisherigen Ueberzeugung entspricht, in erster Linie dem Gedanken der Sicherheit. Es wird gemeldet, daß er am Montag den General Nollet, den früheren Vorsitzenden der interalliierten Kontrollkommission für die deutschen Rüstungen, und Gouraud, den Militärgouverneur von Paris, empfangen habe. Wenngleich über diese Besprechungen selbstverständlich nichts Näheres laut wird, so weiß man doch, daß die Forderung der deutschen Regierung auf Reorganisation der deutschen Reichswehr in Verbindung mit der Gleichberechtigungsfrage zur Diskussion stand. Halbamtlich wird gemeldet, daß die französische Regierung unter zwei Bedingungen die Aussprache mit den Deutschen führen will: Einmal daß die Frage der deutschen Regierungsbildung geklärt sei, damit Frankreich wisse, mit wem es die Verhandlungen führe; ferner, daß Delegierte der Kleinen Entente an den Besprechungen teilnehmen.

Wie man hört, ist die englische Regierung weitgehend bereit, Deutschland in der Frage der Gleichberechtigung entgegenzukommen. Wie weit von hier aus ein Druck auf Herriot ausgeübt wird, ist im einzelnen natürlich schwer nachzuweisen. Es heißt aber, daß Besprechungen auch über diesen Gegenstand zwischen den Vertretern der beiden Länder stattgefunden haben.

Herriot fährt am kommenden Sonnabend in Begleitung des Innenministers und des Ministers der Handelsmarine nach Jersey, einer der englischen Inseln im Kanal, und wird dort mit Samuel, dem englischen Innenminister, zusammentreffen. Wie es heißt, werden dort die französisch-englischen Handelsbeziehungen besprochen werden. Aber auch die Fragen der europäischen Politik werden bei diesem Besuch zur Erörterung stehen.

Der Pariser Kassationshof hat die Berufung des Präsidentenmörders Gorgulow am Sonnabend abend nach einstündiger Beratung abgelehnt. Das Todesurteil ist damit rechtskräftig geworden.

Manchester vor dem 27. August.

Auf den 27. August hatten die Textilgewerkschaften den Beginn des Streiks in Lancashire festgesetzt, für den Fall, daß bis dahin kein Zugeständnis der Textilindustriellen abgegeben worden wäre. Der stellvertretende Oberbürgermeister von Manchester hat nun, unmittelbar vor diesem Termin noch einen Versuch unternommen, den Streik abzuwenden. Nach einer Fühlungnahme mit Vertretern der Baumwollindustriellen hat er Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu einer Konferenz eingeladen, in der von neuem ein Versöhnungsversuch unternommen werden soll.

Für einen Verkehrsstreik in London zur Abwehr von Lohnsenkungen stimmte die große Mehrheit der 25 000 Angestellten der Londoner Omnibus-Gesellschaft, falls die Gesellschaft ihre Forderungen nicht aufgibt. Wenn es zum Streik kommt, werden wahrscheinlich auch die meisten Angestellten der Untergrund- und Straßenbahn, deren Löhne kürzlich gesenkt worden sind, die Arbeit niederlegen.

In Rio de Janeiro ist eine Revolte ausgebrochen, die von Aufständischen des Staates Sao Paulo geführt wird. Teile der Marine haben sich den Aufständischen angeschlossen. Die Regierung hat das Standrecht verhängt. Nach einigen scharfen Straßenkämpfen, bei denen mehrere Personen getötet wurden, ist der Aufstand vorläufig niedergeschlagen worden.

Zeitweilige Herabsetzung der deutschen Zinslast.

Zu der viel diskutierten Forderung, die von deutscher Seite erhoben worden ist, die Zinssätze auf die deutschen Auslandsschulden herabzusetzen, erklärt die englische Zeitung „Financial News", diese Forderung würde in London günstig aufgenommen werden, allerdings nur, soweit es sich um eine *zeitweilige* Zinsherabsetzung handele. Die deutsche Wirtschaftslage sei augenblicklich verzweifelt, und es läge auch im Interesse der Gläubiger, sie zu erleichtern. Aber man könne nicht wissen, ob sich die Verhältnisse in Deutschland nicht in drei Jahren bedeutend bessern würden. Bei einer zeitweiligen Herabsetzung der Zinssätze sollten die langfristigen und die kurzfristigen Kredite gleich behandelt werden.

Vermehrung der Rundfunkhörer in Deutschland?

Der Rundfunkkommissar des Reichspostministers, Dr. Hans Bredow, wies auf einer Versammlung gelegentlich der Berliner Funkausstellung darauf hin, daß eine energische Rundfunkwerbung in Deutschland noch durchaus aussichtsvoll sei. Der Sättigungsgrad sei in Deutschland noch längst nicht erreicht. Denn bisher seien erst 25 Prozent der Haushaltungen an den Rundfunk angeschlossen, und zwar im Durchschnitt in den Großstädten 34 Prozent, in den Mittelstädten 19 Prozent und auf dem flachen Lande nur 9 Prozent. Diese Zahlen zeigten, wo vor allen Dingen die Werbung einzusetzen hätte. Trotz der geringen Kaufkraft müsse es doch bei der heutigen Bedeutung des Rundfunks möglich sein, 40 Prozent und mehr der Haushaltungen heranzuziehen, wie es in den Vereinigten Staaten und England möglich sei. Zur Zeit sind etwa 4,1 Millionen Hörer angeschlossen, von denen etwa 438 000 von Gebühren befreit sind.

Der Rundfunkkommissar rechnet damit, daß 1935 etwa 6 Millionen Hörer vorhanden sein würden. — Bei jedem beliebigen prachtvollen Programm?

*

Wir hoffen, daß im Gegenteil die Zahl der Hörer rapide abnimmt, sodaß die Reaktionäre nur noch einander anöden können — und zwar auf eigene Kosten. Gerade dies letzte bietet dann (bei der bekannten Furcht der Reaktionäre, in den eigenen Geldbeutel zu greifen!) eine Aussicht, daß auch mal neben katholischen Morgenfeiern, Militärmärschen und Ministerreden etwas dargeboten wird, wofür ordentliche Leute Geld ausgeben können.

Das Dessauer Bauhaus soll zum 1. Oktober geschlossen werden. Dieser Beschluß des Dessauer Gemeinderats geht auf einen nationalsozialistischen Antrag zurück.

Aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Bauarbeiter bis zu 80 Proz. arbeitslos.

(IGB.) Am 3. und 4. August 1932 war in Zürich der Gesamtvorstand der Bauarbeiter-Internationale versammelt, um den Bericht des Sekretärs entgegenzunehmen und um über die Berichte der angeschlossenen Organisationen zu beraten. Die Bauarbeiter-Internationale zählte im Jahre 1931 in 19 Ländern mit 21 angeschlossenen Organisationen 897 403 Mitglieder. Verglichen mit den Zahlen des Vorjahres ergibt sich eine Verminderung um 71 846 Mitglieder, die in der Hauptsache zurückzuführen ist auf die in fast allen Ländern zu beobachtende schlechte Bautätigkeit. Das Baugewerbe ist von der Wirtschaftskrise am härtesten betroffen. Jetzt, in einer Zeit, in die sonst die Hochkonjunktur im Baugewerbe fällt, sind in der Mehrzahl der berichtenden Länder die Bauarbeiter bis zu 80 Prozent arbeitslos.

Die amerikanischen Gewerkschaften zur Arbeitslosenversicherung.

Green, der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (American Federation of Labour — A. F. of L. —) hat noch vor zwei Monaten dem amerikanischen Kongreß den Vorwurf gemacht, daß er sechs Monate lang getagt habe, ohne Gesetze im Interesse der Arbeitslosen angenommen zu haben. „Es ist die ausgesprochene Pflicht des Kongresses, Gesetze zu Gunsten von Hilfsfonds anzunehmen, um die augenblickliche Not der Arbeitslosen zu lindern."

Noch 1931 lehnte aber selbst der Kongreß der A. F. of L. jede staatliche Arbeitslosenversicherung entschieden ab. Der Grund für diese Ablehnung war die in den amerikanischen Gewerkschaften bis dahin herrschende Meinung, daß durch eine Versicherung die persönliche Freiheit, eine der Grundprinzipien amerikanischer Auffassung, in Gefahr kommen könne. Bei steigender Prosperität sei die persönliche Freiheit gewährleistet; die Einführung der Arbeitslosenversicherung mit ihren Beiträgen und ihrem Verwaltungsapparat könne die Prosperität gefährden und damit auch die Freiheit.

Noch 1930 glaubten auch die führenden Gewerkschafter, daß die amerikanische Arbeitslosigkeit andere Ursachen habe, als die in anderen Ländern. In Amerika fehle es nicht an Wirtschaftsraum, nicht an natürlichen Rohstoffen. Es gebe keine Uebervölkerung. „Sollen wir unseren Leuten sagen, daß sie zu viel produziert haben und aus diesem Grunde weniger erhalten? . . . Sollen wir eine Staatsordnung aufgeben, auf Grund welcher wir uns frei von einem Ende unseres großen Landes nach dem anderen begeben können, wo wir ungehindert alle Grenzen überschreiten und uns dort aufhalten, wo es uns paßt, ohne je den Nachforschungen eines Regierungsbeamten ausgesetzt zu sein oder uns bei einem solchen melden zu müssen? Sind wir derart entmutigt, daß wir die Freiheit nicht mehr länger als das höchste Gut und die wichtigste Voraussetzung des menschlichen Fortschritts betrachten." Der bloß rhetorische Charakter dieser Fragen ist dadurch dokumentiert, daß Green ein Jahr später beauftragt wurde, einen Plan für die staatliche Arbeitslosenversicherung aufzustellen. Das Büro des IGB. fügt sehr richtig hinzu, daß die Entwicklung der amerikanischen Gewerkschaften zeigen werde, *„daß die Arbeitslosenversicherung nicht das einzige Gebiet ist, wo der Staat eingreifen muß, und zwar deshalb, weil die Unternehmer auch in Zukunft im Geiste jener „Freiheit", auf die besonders der Stärkere pocht, immer alle Lasten der wirtschaftlichen Entwicklung und wirtschaftlichen Krisen auf die Arbeiter abwälzen werden.*

Die Seeleute sind kampfbereit!

Unter den Hamburger Seeleuten herrscht augenblicklich eine große Empörung. Anlaß zu dieser berechtigten Empörung gab die Kündigung des Heuer- und Manteltarifs der Seeleute zum 31 August bzw. 30. September von Seiten des Reedereiverbandes der Seeschiffahrt. Er fordert 15 Prozent Abbau.

Die freigewerkschaftlich organisierten Seeleute nahmen vor kurzem in einer Versammlung zu dieser Kündigung Stellung. Nach dem „Hamburger Echo" (SPD) führte der Reichssektionsleiter der Seeleute des Gesamtverbandes, Murer, in dieser Versammlung aus:

„Durch den unsinnigen Schiedsspruch im Oktober vorigen Jahres, wurden die Heuern in der Seeschiffahrt um 13½ Prozent gekürzt. Eine weitere Kürzung von 10 Prozent erfolgte durch die Notverordnung im Dezember. Zu gleicher Zeit wurde auch der Manteltarif durch den Schiedsspruch erheblich verschlechtert. Die Arbeitszeit an Bord wurde verlängert, der Urlaub und die freien Tage empfindlich gekürzt. Hand in Hand damit ging ein Mannschaftsabbau auf der ganzen Linie. Auf vielen Schiffen wurden außerdem die Matrosen zu Leichtmatrosen degradiert. Wenn man das alles berücksichtigt, ergebe sich, *daß die Heuern in der deutschen Handelsschiffahrt um 40 Prozent innerhalb noch nicht eines ganzen Jahres gekürzt worden sind.*

Das alles erfolgte unter der Devise, die Krise in der Seeschiffahrt zu überwinden. Genau das Gegenteil wurde erreicht. Jetzt versuchen die Reeder auf demselben verhängnisvollen Wege fortzufahren. Dagegen gilt es, endlich in schärfster Form Front zu machen."

Die Verbandsleitung wurde von der Versammlung beauftragt:

„folgende Hauptpunkte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen: *Kein Heuerabbau, keine weitere Verschlechterung des Manteltarifs, ausreichende Bemannung der Schiffe, keine Leichtmatrosen als Köche, Wiedereinstellung der abgebauten Heizer und Trimmer, ferner Wiedereinstellung der abgebauten Matrosen.* Die Versammlung gelobte einstimmig, alles daran zu setzen, um den bevorstehenden Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen. Der Verbandsleitung wurde einstimmig das Vertrauen ausgesprochen."

*

Die Seeleute haben gegenwärtig einen schweren Stand; denn am 1. August 1932 waren 35,3 Prozent des Bestandes der deutschen Handelsflotte aufgelegt (stillgelegt). Das sind 392 Seeschiffe mit 1 375 534 Brutto-Registertonnen. Allein auf Hamburg entfallen davon 177 aufgelegte Schiffe mit 666 621 Brutto-Registertonnen.

Erfreulich ist, daß die Seeleute nicht gewillt sind, kampflos diesen Angriff der Reeder auf sich zu nehmen. Ihre Kollegen von der Elbschiffahrt dagegen haben erst vor kurzem einen Schiedsspruch geschluckt, der ihnen 10½ Prozent von ihrem Lohn ab 1. August raubte. *Alle Parteien* hatten den Schiedsspruch aus *Gründen der wirtschaftlichen Lage* angenommen.

Der englische Baumwollstreik.

H. M. Die Unternehmer in den Burnleyer Webereien hatten beabsichtigt, den Streik durch List abzuwürgen: jeden Tag sollten einige Fabriken geöffnet und die dort beschäftigten Arbeiter durch Briefe aufgefordert werden, an diesem Tage zur Arbeit zurückzukehren. Die Unternehmer meinten, auf diese Art würden die übrigen Arbeiter nichts davon erfahren und würden daher nicht versuchen, den Eintritt der Weber in die Fabriken zu verhindern.

Dieser Versuch ist kläglich mißlungen. Vielmehr sind die Arbeiter darüber, daß die Unternehmer nicht einmal über die gewerkschaftlichen Forderungen verhandeln wollen und daß aus Manchester Verstärkung für die Polizei ins Streikrevier geholt worden ist, so erbittert, daß der Streik jeden Tag an Umfang zunimmt. In Burnley arbeiten nur noch zwei kleine Webereien, und auch diese werden wohl bald durch die dauernden Ansammlungen von Streikenden vor den Fabriktoren gezwungen sein, den Betrieb zu schließen. In Preston streiken 15 000 Arbeiter; fast sämtliche Fabriken liegen still.

*

Die Forderung der Gewerkschaften, die im Augenblick im Mittelpunkt des Kampfes steht, ist folgende: Einige Fabriken haben kürzlich in Lancashire stattgefundene Streiks dadurch abgewürgt, daß sie 3000 unorganisierte Arbeiter aus anderen Orten herangeholt haben. Diese Arbeiter sind immer noch in den Fabriken beschäftigt, während die organisierten Arbeiter, die am Streik teilgenommen haben, erwerbslos geworden sind. Die Gewerkschaften verlangen, daß diese Arbeiter restlos wieder eingestellt werden. An eine Einigung in dieser Frage ist vorläufig noch gar nicht zu denken. Die Unternehmer weigern sich, darüber auch nur zu verhandeln. Für die Gewerkschaften ist diese Frage von lebenswichtiger Bedeutung; denn wie können sie noch Arbeitskämpfe führen, wenn die Unternehmer sich auf eine solche Art Lohndrücker verschaffen?

Aber der Kampf in Lancashire geht noch um eine andere Frage, die von gleich großer Bedeutung für die Gewerkschaften ist: Die Unternehmer lehnen es immer noch ab, mit den Webern in Lancashire einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Die Verhandlungen darüber sind bisher an der Hartnäckigkeit der Unternehmer gescheitert.

Von vielen Seiten wurde vorgeschlagen, einen Schlichter einzusetzen. Aber die Arbeiter, und vor allem die Unternehmer sind der Ansicht, daß ein Schlichter nicht viel ausrichten könne, da die Unterschiede der Forderungen der Unternehmer und derer der Arbeiter zu grundsätzlicher Natur sind. Darum wünschen die Unternehmer auch nicht, daß sich MacDonald in den Konflikt mischt.

In Ashton, Stalybridge und Hyde besteht die Gefahr, daß die Arbeiter nicht in den Streik eintreten werden. In diesen Orten boten die Unternehmer den Gewerkschaften eine Lohnkürzung von nur 5,4 Prozent an, in Ashton stimmten die Arbeiter für Annahme dieses Angebots.

*

Auch die Baumwollspinner stehen augenblicklich in Verhandlungen mit den Unternehmern, die Lohnsenkungen von 10,4 Prozent gefordert haben. Die Weber hatten gehofft, daß die Spinner und die übrigen Sektionen der Baumwollarbeiter mit in den Streik treten würden. Obwohl die Textilarbeiter-Föderation, die Dachorganisation der verschiedenen Verbände der Textilarbeiter, beschlossen hat, daß erst am 27. August ein allgemeiner Streik beginnen soll, sind in einigen Städten z. B. in Preston, auch Spinner in den Streik getreten. Es scheint also, daß auch in Lancashire die Gewerkschaften die Arbeiter nicht mehr so fest in der Hand haben. Wir werden die weiteren Nachrichten aus Lancashire daraufhin zu prüfen haben, ob die Gewerkschaftsführer nur unter dem Druck der Arbeiter handeln, und ob die Arbeiter sich über die Entscheidungen der Gewerkschaftsführer hinwegsetzen, wenn ihnen diese zu reformistisch sind, wie das zum Beispiel in Belgien der Fall war.

*

Nach dem „Berliner Tageblatt" wird in der deutschen Textilindustrie der Streik in Lancashire mit großer Spannung verfolgt; denn die deutschen Industriellen hoffen, sich jetzt einige der Märkte wiedererobern zu können, die sie im vorigen Jahre wegen des Sinkens des Pfundkurses verloren haben. Da sehr ungewiß ist, wie lange der Streik dauern wird, werden englische Firmen im Augenblick kaum Aufträge erhalten. Die deutsche Textilindustrie hat gute Aussichten, der lachende Erbe zu sein. Sie würde schon einen großen Aufschwung nehmen, wenn sie ihre Ausfuhr nach britischen Ländern nur wieder auf den Stand von Beginn dieses Jahres brächte; denn im ersten halben Jahr 1932 ist sie um nicht weniger als 85 Prozent gesunken. Die gesamte deutsche Ausfuhr an Baumwollgewebe betrug im ersten Halbjahr 1932 nur 72 Millionen Mark gegenüber 145 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1931.

Für die Arbeiter ergibt sich hier die Aufgabe, nach dem Grundsatz der internationalen Solidarität, und nicht nach dem des persönlichen Vorteils, zu entscheiden, ob sie der deutschen Industrie die Gelegenheit geben sollen, durch den englischen Streik Geschäfte zu machen, oder nicht. Wenn sie es tun, so werden die englischen Unternehmer vielleicht den Arbeitern Zugeständnisse machen, um nicht alle Aufträge zu verlieren. Wenn sie es nicht tun, so wird es den Kunden Englands schwerer fallen, sich die gewünschten Waren zu verschaffen — und damit wird den englischen Kollegen gedient. — Es ist die Aufgabe der englischen und deutschen Gewerkschaften, gemeinsam zu entscheiden, wie die deutschen Arbeiter in diesem Falle handeln sollen.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke" vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....

Straße und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH. Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge Mäntel
Damen-Mäntel Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
O.v.Guerickestr. 104, H.r.l.
Stoffmuster vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5% Rabatt!

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Werbeprospekte
Zeitungen
Zeitschriften
bei billigster Preisberechnung druckt
A. Janiszewski
Buchdruckerei und Verlag, GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer F 1 Moritzplatz 8471

MAGDEBURG
Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w.
erhalten
Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen
Bitte, Sonder-Liste anfordern!
FRISCHKOST - REFORMHAUS
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987
Ab 17. August:
Der große Gabbo
mit Erich Stroheim und Betty Compson. / Die seltsame Geschichte eines Bauchredners und seiner Puppe Otto.
Fox tönende Wochenschau.
Anfangszeiten 17, 19 und 21 Uhr

Krieg den imperialistischen Kriegen!
Vox clamantis.
Betrachtungen über den Krieg und anderes
von Ku Hung-ming.
107 Seiten. Broschiert 1,20 Mark.
Inhalts-Uebersicht: Die christlichen Kirchen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japans Rechtfertigung. — Ehre oder Interessen? — Amerikanische Mentalität. — Stunden mit Konfuzius. — Und anderes.
Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.
Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstraße 8a
Postscheckkonto: Berlin Nummer 312 42

Tatsachen zum Reichsbanner-Prozeß.

Im Ohlauer Aufruhrprozeß wurde gegen 13 Angeklagte der Haftbefehl aufrechterhalten. 16 Angeklagte wurden freigesprochen, bei 15 Angeklagten bewegen sich die Strafen zwischen drei und zwölf Monaten Gefängnis. Insgesamt wurden verhängt neun Jahre Zuchthaus und 239 Monate oder 19 Jahre und 11 Monate Gefängnis.

In der Begründung ging der Vorsitzende davon aus, daß die Zeit der Not besondere Maßnahmen erfordere. Deshalb werde sich der größte Teil der Allgemeinheit mit der Reichsregierung bei dem Erlaß der Terrornotverordnung in Uebereinstimmung befunden haben. Leider sei es nicht möglich gewesen, alle Einzelheiten des Blutsonntags von Ohlau aufzuklären, besonders nicht jene ruchlose Tat, die an dem SA-Mann Konietzki begangen wurde. Trotzdem hätten die geklärten Vorgänge zur Beurteilung des Strafmaßes ausgereicht. Das „Reichsbanner" könne sich nicht damit entschuldigen, daß es von den Nationalsozialisten provoziert wurde. Die Ursache sei vielmehr die ungeheure Spannung zwischen den feindlichen Parteien. Was die Nationalsozialisten bei dem Sturm auf ein Haus getan hätten, sei zwar keine Notwehr, sondern eine illegale Handlung gewesen, aber auch das könne nicht als Entschuldigung gelten, da die Reichsbannerleute bei Begehung ihrer Taten von diesem Vorgang noch keine Ahnung hatten. Unwahr sei die Behauptung des „Reichsbanners", daß die Stadt Ohlau von 2000 Nationalsozialisten besetzt war. Bei der Schilderung der Vorgänge befindet sich der Vorsitzende in Uebereinstimmung mit dem Oberstaatsanwalt. Das Feuergefecht an der Ohlebrücke sei nicht als Voraussetzung der Ausschreitungen am Ring und am Schloßplatz anzusehen. Bei dem Vorgehen gegen die Landjäger sei es zweifellos so, daß es sich da um schweren Aufruhr gehandelt habe. Des weiteren behandelt er dann die einzelnen Taten der Angeklagten. Er stellt fest, daß der Ohlauer Reichsbannerführer Blech derjenige gewesen sei, der am wüstesten unter seinen Opfern gehaust habe. Von Manche könne man zwar annehmen, daß er in jenem Augenblick, da er die Schüsse abgab, sich in Notwehr befunden habe; aber das Gericht habe weiter alle Veranlassung anzunehmen, daß er sich vorher in dem bewaffneten Haufen des „Reichsbanners" befunden und dort seine Autorität mißbraucht habe und als Rädelsführer zu betrachten sei. Würde man bei den drei Hauptangeklagten Durniok, Blech, Vanin sen. bei der Festsetzung der Strafe die Terrornotverordnung vom 9. August angewendet haben, so müßten alle jene Angeklagten, die des schweren Landfriedensbruches überführt sind, mit Zuchthausstrafen nicht unter zehn Jahren bestraft werden. Aber auch sonst sei das Gericht verpflichtet, in einem Rechtsstaat Terror- und Gewalttaten nicht zu dulden und sie mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen. Nachdem alle Mahnungen nichts genutzt hätten, müsse man jetzt mit Strenge abzuschrecken versuchen. Man dürfe bei der Urteilsfällung nicht nur an die Angeklagten denken, sondern müsse sich auch der Opfer erinnern, vor allem der zwei Toten und der 20 Schwerverletzten. Mit erhobener Stimme stellt der Vorsitzende fest, daß die Verhandlung der bestialischen Taten des „Reichsbanners" und der Angeklagten bei manchen die Frage aufkommen ließen, ob es sich da noch um Menschen mit Vernunft und Seele gehandelt habe. In den Fällen, wo die Aussagen der Belastungszeugen im Gegensatz zu den Entlastungszeugen standen, habe das Gericht zu Gunsten der Angeklagten die Aussagen der letzteren Zeugen als wahr unterstellt. Trotz der Schwere der Straftaten habe man sich immerhin noch entschlossen, die große Erregung und die Wahlleidenschaft als strafmildernd bei den Angeklagten zu berücksichtigen.

Fünf Todesurteile in Beuthen.

Die Tatsachen.

Der Vorsitzende des Beuthener Sondergerichts, Landgerichtsdirektor Himml, verkündete am Montag um 16.30 Uhr folgendes Urteil:

Die Angeklagten Kottisch, Wolnitza, Müller und Gräupner werden wegen Totschlags aus politischen Beweggründen und schwerer Körperverletzung zum Tode verurteilt. Außerdem erhalten die Angeklagten Kottisch, Müller und Gräupner zwei Jahre und der Angeklagte Wolnitza ein Jahr Zuchthaus. Der Angeklagte Lachmann wird wegen Anstiftung zum Tode verurteilt, die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm aberkannt. Der Angeklagte Hoppe wird wegen Beihilfe zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten Nowak, Hadamik und Czaja werden freigesprochen.

Aus der Anklagerede.

Oberstaatsanwalt Lachmann führte in etwa zweistündigen Ausführungen aus, daß die Angeklagten sich des bewußten politischen Mordes schuldig gemacht haben. Das Sachverständigengutachten des Gerichtsarztes habe ergeben, daß Konrad Pietrzuch auf geradezu barbarische Weise mißhandelt worden sei. Es sei erwiesen, daß die Angeklagten Kottisch, Gräupner, Müller und Wolnitza sich an dem politischen Totschlag beteiligt haben. Auch sei festgestellt, daß der Angeklagte Lachmann der Anstifter der Tat gewesen sei. Er müsse daher die ganze Schwere des Gesetzes gegen die Angeklagten beantragen. Die Angeklagten Hoppe und Nowak hätten sich der Beihilfe schuldig gemacht. Der Alibibeweis des Angeklagten Hoppe sei durchaus nicht gelungen. Von dem Angeklagten Nowak stehe fest, daß er das Auto, in dem die Fahrt von Broslawitz nach Potempa angetreten worden sei, gestellt habe.

Das letzte Urteil in diesem Prozeß sei der Gnade und dem Verständnis der Staatsregierung anheimzustellen.

Aus der Verteidigungsrede

Luetgebrunes seien folgende Argumente erwähnt:

1. Die Autofahrt von Broslawitz nach Tworog und weiter nach Potempa sei eine der üblichen SA-Streifen gewesen: eingerichtet zum Schutze gegen den Terror von links!

2. Man müsse annehmen, daß Pietrzuch die tötliche Verletzung am Halse zugefügt worden sei, als er am Boden lag und in der Dunkelheit garnicht gesehen werden konnte. Eine vorsätzliche Tötung könne man den Angeklagten unter keinen Umständen unterstellen.

3. Sie hätten vielmehr angenommen, zur Hilfeleistung nach Potempa gerufen worden zu sein. Als sie dann in Potempa angekommen waren und kein kommunistischer Ueberfall erfolgt sei, habe der *geflüchtete* Golombek (natürlich der! Red.) sich gesagt, der Hieb sei die beste Parade und sei dann mit den neun beschuldigten SA-Leuten in die Wohnung des Pietrzuch gekommen, um ihm einen Denkzettel zu verabreichen.

4. Auch eine bewußte Mißhandlung mit Todeserfolg liege hier nicht vor, sodaß die Terrorverordnung vom 9. August nicht Anwendung finden könnte.

Aus der Urteilsbegründung

des Landgerichtsdirektors Himml: Es sei als erwiesen zu betrachten, daß die Angeklagten die Fahrt nach Potempa angetreten hätten, um dort den Kommunisten Konrad Pietrzuch zu erschlagen. Der Angeklagte Lachmann sei als der Urheber und geistige Führer der Tat zu bezeichnen. Die Angeklagten Wolnitza, Müller, Gräupner und Kottisch seien in das Mordzimmer eingedrungen und hätten auf die beiden Brüder Pietrzuch eingeschlagen. Die Tat sei mit der ganzen Schwere des Gesetzes zu bestrafen. Die Notverordnung vom 9. August müsse hier volle Anwendung finden, da die Tat um 1/2 2 Uhr ausgeführt worden sei und die Notverordnung um 12 Uhr nachts in Kraft getreten sei. Die Angeklagten Nowak, Hadamik und Czaja hätten freigesprochen werden müssen, weil man ihnen nichts habe nachweisen können.

Anständige Menschen, für die in Deutschland kein Platz ist.

Gumbel seiner Lehrberechtigung beraubt.

Das Untersuchungsverfahren gegen Gumbel wegen der angeblichen Aeußerung über die Kohlrübe als Symbol des Krieges hat nunmehr zu dem *einstimmigen* Antrag des Senats und der philosophischen Fakultät der Heidelberger Universität geführt, Gumbel die Lehrberechtigung zu entziehen. Das badische Unterrichtsministerium, an dessen Spitze der Zentrumsmann Baumgartner steht, hat diesem Antrag stattgegeben.

Mit diesem Verfahren hat die Hetze gegen Gumbel, den ungewöhnlich mutigen und gewissenhaften Kämpfer gegen das politische Mordsystem in Deutschland, ihren unwürdigen Abschluß gefunden. Der Fall Gumbel ist ein besonders krasses Beispiel dafür, wie weit sich sogenannte Vertreter der Wissenschaft dazu hergeben, die Wissenschaft nicht nur überhaupt in den Dienst der Politik zu stellen, sondern darüber hinaus einer Politik, die die Aufdeckung der Wahrheit über politische Verbrechen nicht duldet.

Was Gumbel jetzt zu Fall gebracht hat, ist eine Aeußerung, von der er selber längst gesagt hat, daß er sie nie getan habe. Wir werden selbstverständlich den „Fall Gumbel" noch ausführlich zur Darstellung bringen, sobald wir über diese Verhandlungen näheres wissen. Wir wünschen dem tapferen Forscher, daß die Internationale der Wissenschaft, sofern sie besteht, ihm ein neues Arbeitsfeld eröffnet, auf dem es ihm ungehemmt möglich sein wird, für die Wahrheit weiter einzutreten.

Nach dieser Meldung kann es niemanden erstaunen, wenn Einstein Deutschland den Rücken kehrt.

Einstein geht nach Amerika.

Albert Einstein ist eingeladen worden, auf Lebenszeit im Flexner-Institut bei Prinston in den Vereinigten Staaten zu arbeiten.

Das Institut ist von dem amerikanischen Warenhausbesitzer Bamberger errichtet worden. Einstein hat die Einladung angenommen mit der Einschränkung, daß er vorläufig jährlich nur mehrere Monate dort arbeiten wird. Er wird die Reise nach den Vereinigten Staaten auch dazu benutzen, seine Arbeiten im Mont-Wilson-Observatorium der Universität Pasadena in Kalifornien fortzusetzen.

Es besteht keinerlei Anlaß, diese Uebersiedlung Einsteins mit außerwissenschaftlichen Erwägungen in Verbindung zu bringen. Aber selbst wenn solche Erwägungen mitgespielt hätten, so doch sicherlich nur in dem Sinn, daß jeder, der es mit seinen wissenschaftlichen Forschungen Ernst nimmt, berechtigt wenn nicht sogar verpflichtet ist, seine Arbeit vor parteipolitischen und antisemitischen Roheitsakten zu bewahren.

Hitler kriegt hysterische Anfälle.

Im „Völkischen Beobachter" nimmt Herr Hitler in einer selbst bei ihm bisher ziemlich seltenen Weise zu dem Urteil und der Papen-Regierung Stellung. Wir können leider nicht den ganzen Ausbruch frühzeitigen Irreseins hier wiedergeben, sondern müssen uns auf einige Sätze beschränken: „Ueber 300 niedergemetzelte, ja oft buchstäblich abgeschlachtete Parteigenossen zählen wir als tote Märtyrer. ... Die Justiz des Herrn von Papen wird am Ende viele Tausende von Nationalsozialisten zum Tode verurteilen. ... Die Herren irren sich! Herr von Papen, Ihre blutige Objektivität kenne ich nicht! ... Es mag der Himmel über uns Qualen über Qualen schicken, unsere Bewegung wird auch mit dieser Regierung der Hinrichtung unserer Mitkämpfer fertig werden. Herr von Papen kann ruhig solche Bluttribunale über unsere Bewegung setzen. — Wir werden den Begriff „national" befreien von dieser Umklammerung durch eine Objektivität, deren wirkliches innerliches Wesen das Urteil von Beuthen gegen das nationale Deutschland aufpeitscht."

Ein englischer Hitler?

„Daily Herald" berichtet, daß Sir Oswald Mosley, der im Winter 1931 aus der Labour Party austrat und die ‚Neue Partei' gründete, die Absicht hat, sich zum englischen Hitler zu machen. Mosley will sich zum Diktator der Partei machen, er will ihr ein neues, faschistisches Programm geben, und auch die Sturmtrupps werden nicht fehlen.

Sir Oswald Mosley ist ein Millionär, der seit 1924 der Labour Party angehört und 1929 in der Labour-Regierung war. 1930 trat er aus dem Kabinett aus, weil er in verschiedenen Fragen mit der Regierung nicht einverstanden war. In dem bisherigen Wirtschaftsprogramm ist wohl der einzige gute Punkt, daß er Löhne verlangt, um dadurch die Krise zu überwinden. Sein Programm ist keineswegs sozialistisch.

Etwas zu spät kommt Mosley wohl mit dem Versuch, den Faschismus nach England einzuführen. Hätte er es getan, als Hitler in Deutschland rasende Fortschritte machte, als die beiden Presselords Beaverbrook und Rothermere, die große Sympathien für Hitler hatten, noch eine größere Gefolgschaft hatten, hätte er es getan, als England von der Labour-Regierung enttäuscht war und vom Nationalismus alles erwartete, dann hätte er vielleicht Erfolge gehabt. Heute wird das Schicksal einer faschistischen Partei in England gänzlich von dem der Nazis in Deutschland abhängig sein. Es ist stark zu bezweifeln, ob die Engländer große Sehnsucht nach einer Nazi-Partei haben, wenn sie die Zustände in Deutschland betrachten.

Eine unerwartete Antwort.

Beim Aufmarsch der „Eisernen Front" in Braunschweig konnte eine Horde halbwüchsiger Nazis es sich nicht verkneifen, den Zug durch „Heil"-Brüllen anzuöden. Ein „Heil"-Rufer fragte einen zwischen ihnen stehenden Arbeiter: „Warum rufst Du denn nicht mit?"

„Weil Du das viel besser kannst als ich!"

Bedeppert schwieg der junge Mann.

Gebet einer Jungfrau.

H. Lt. Die „Evangelische Rundschau" teilt mit, daß in den Hitler-Mädchengruppen folgender Spruch verbreitet ist:

„Adolf Hitler, du bist unser großer Führer,
Dein Name macht die Feinde erzittern,
Dein Drittes Reich komme,
Dein Wille sei allein Gesetz auf Erden.
Laß uns täglich deine Stimme hören,
Und befehle uns durch deine Führer,
Denen wir gehorchen wollen unter Einsatz
Unseres eigenen Lebens:
Das geloben wir!
Heil Hitler!"

Dasselbe Blatt macht auf folgendes Inserat in der nationalsozialistischen „Braunen Post" aufmerksam:

„Das neue Bild unseres Führers. Feiner Farbendruck. Adolf Hitler und ‚Hakenkreuz' leuchten im Dunkeln ohne mechanische Hilfsmittel. In Papprahmen 1 RM."

Wir fassen zusammen:

Lieber Hitler! Laß täglich deine Stimme hören und leuchte im Dunkeln ohne mechanische Hilfsmittel!

Von Kopf bis Fuß — auf Nazis eingestellt.

Da gibt es in Braunschweig einen Laden, der ist aber wirklich marxistenrein. Aller Undeutsche ist aus ihm verbannt. SA-Soldaten, Briefpapier, Gummibälle, Kalender, Notizbücher, Bonbons, Geldtaschen, Briefbeschwerer, Manschettenknöpfe und was sich sonst noch vorfindet: Alles ist hakenkreuzt. Das Prunkstück aber ist ein Schlummerkissen mit der sinnigen Aufschrift: Deutschland, erwache! Diese Aufschrift ist unvollständig. Es fehlt noch der Satz: Nur ein Viertelstündchen!

Befreiender Hohn.

Einem Leitartikel der „Neuen Züricher Zeitung" entnehmen wir folgende Sätze:

„Die Reise des Fliegers Diggelmann, der gemäß der Ankündigung eines deutschen nationalsozialistischen Presseorgans (des „Angriff". Red. des „Funken".) ‚mit aller Kraft und allen Mitteln' das Werk der Gründung einer Nationalsozialistischen Partei in der Schweiz durchführen sollte, ist zu einem Fiasko geworden, den die Witzblätter sich kaum entgehen lassen werden. Die zürcherische Polizei hat der Apostelreise ein vorzeitiges Ende bereitet und den 18jährigen Taugenichts, der schon wiederholt aus der Zwangserziehungsanstalt Ringwil ausgebrochen war und zudem noch in Uster eine Gefängnisstrafe wegen Diebstahls abzusitzen hat, sofort nach seiner Ankunft dingfest gemacht. . . . Die Akten über den Politiker Diggelmann sind nach den neuesten Enthüllungen geschlossen und gehen an die Behörden, denen die Fürsorge für entgleiste Jugend obliegt."

Papen als Prophet.

„Der gegenwärtige Herr Reichskanzler ist aufs neue unter die Propheten gegangen. Die erste Weissagung hat Herr von Papen . . . ausgesprochen, als er vor seinem Amtsantritt gegenüber dem Grafen von Ormesson verkündete, daß nach Brüning das Chaos komme. Die zweite Prophetie hat der Herr Reichskanzler . . . vor kurzem gegenüber einem Vertreter des Reuter-Büros geäußert; hiernach wird das Kabinett Papen ‚für lange Zeit im Amte' sein . . . Es ist naturgemäß nicht angängig, die Zuverlässigkeit dieser zweiten Prophezeiung mit dem Hinweis darauf zu bejahen, daß sich auch die erste Prophezeiung bewahrheitet habe. Ein solches Verfahren widerspräche auf jeden Fall völlig den Absichten und Wünschen des gegenwärtigen Reichskanzlers." („Bayerischer Kurier".)

Schacht als Wirtschaftspolitiker und Charakter.

Hjalmar Schacht hat seinem famosen Buch „Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik“ (75 Seiten, Oldenburg 1932) eine ebenso knappe wie eitle Skizze seines Lebenslaufes angehängt, in der er als sein Arbeitsziel in den letztvergangenen Jahren die „Fortsetzung des Kampfes gegen die Tributpolitik und das marxistische Regierungssystem in Deutschland“ bezeichnet. Das vorliegende Druckwerk ist ein Teil dieses Kampfes. Sein Verfasser wird daher nicht müde, zu schimpfen über das „marxistische System“, mit dem „die deutschen Unternehmer“ „glaubten paktieren zu können“ (?); über die „marxistische Spiegelfechterei“, die unter anderem „die deutsche Wirtschaft von sämtlichen angesammelten Reserven entblößt“ habe; über die „marxistischen Machthaber“ (?), die die deutsche Wirtschaft „in eine solche Not gebracht“ und „dazu beigetragen haben“, beim Unternehmer und Kapitalbesitzer die „falsche Einstellung zu fördern“, daß er „glaubt, zwar den Anspruch auf den Gewinn seiner Unternehmung zu haben, im Falle des Mißlingens aber das Risiko auf den Staat abwälzen zu können“.

Angesichts solch alberner Behauptungen kann man geradezu von einem krankhaften

Marxismus-Komplex des Herrn Schacht

sprechen, der — im Stile nationalsozialistischer Zeitungen — bare Lügen auslöst:

Rußland ist „*das kapitalistische Land*, das man sich überhaupt denken kann (Schacht wollte wohl schreiben: das kapitalistischste Land, aber das war dem Setzer doch zu viel!), ohne daß deshalb die Verteilung des Wirtschaftserlöses zu einer Besserung der sozialen Verhältnisse geführt hätte“.

„ . . . *Sklavenarbeit*, wie dies *zur Zeit in Rußland* der Fall ist . . .“

„Wenn (vor dem Kriege. W. H.) es einem jungen Kaufmann gelang, in einer Bank angestellt zu werden, so konnte er damit rechnen, daß er gewissermaßen eine Lebensstellung gefunden hatte . . . .“ (Hervorhebungen von mir. W. H.)

„Lüge, Lüge, alles Lüge!“ Dieser Refrain aus einer politischen Revue klang mir in den Ohren beim Lesen des beschämenden Druckwerkes eines Mannes, der sich bei der Stabilisierung der Mark 1923 ja tatsächlich Verdienste erworben hat, die ihm dann allerdings zu Kopf gestiegen sind. Was er uns heute als wirtschaftspolitische „Grundsätze“ vorsetzt, ist ein geradezu Ekel erregender

Mischmasch von Nationalismus, Imperialismus, Faschismus und christlich verbrämter Anmaßung.

Die „nationale Selbstachtung“ ist „die einzige Grundlage . . . , von der aus die deutsche Wirtschaftskrisis . . . überwunden werden kann“. — Diese Herren machen sich die Sache leicht mit voll tönenden Worten!

Der „nationale Lebenswille des deutschen Volkes“ ist dessen „einzige Reserve“. — Um *diese* Reserve braucht man das deutsche Volk nicht zu beneiden! Für den Wirtschaftspolitiker Schacht und andere Berauschte seiner Art hat diese „Reserve“ allerdings besondere Bedeutung: „ . . . unser (? W. H.) erwachter nationaler Wille“ und die „nationalen Lebensrechte“, die angeblich „unveräußerlich sind“, das sind Dinge, die über den Mangel realer Wirtschaftsvorschläge hinweghelfen: „Der Sieg dieser Lebensrechte des deutschen Volkes ist nicht mehr aufzuhalten.“

Schachts wirtschaftspolitische Vorschläge sind denn auch von ziemlicher Dürftigkeit.

Schacht gegen die Arbeitslosigkeit?

Das „*einzige* wirklich durchgreifende Mittel, um die derzeitige Arbeitslosigkeit von ihrem erschreckenden Umfange herunterzubringen“, ist die „Wiederherstellung der freien Lohnpolitik“. So heißt es auf Seite 31. Auf Seite 51 lesen wir: „Die Zinsgestaltung kann ebensowenig der sogenannten freien Uebereinkunft des Marktes überlassen bleiben, wie etwa . . . der Arbeitslohn.“

Also *keine* freie Lohnpolitik? Und auf Seite 57 gibt es noch einen zweiten einzigen Weg zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit: „Es gibt . . . nur zwei Wege, dem Arbeitslosenproblem wirklich beizukommen. Der eine ist . . . starke Auflockerung der politischen Bindungen von Arbeitslohn und Arbeitszeit . . . . Der zweite Weg ist die möglichste Dezentralisation (! W. H.) der dafür geeigneten Arbeitslosen durch Unterbringung in einzelnen Haus- und Landwirtschaften . . . .“

Solange Herr Schacht seine eigenen Gedanken nicht zentralisiert, hat es keinen Sinn für uns, diese Vorschläge wirtschaftlich zu würdigen.

der „die Bestrebungen auf Einführung der 40-Stunden-Woche“ als Folge einer „von völliger Entartung zeugenden Einstellung“ bezeichnet (Seite 30)?

Schacht verlangt „möglichste Anstrengung des einzelnen . . . und das Gefühl, für den wirtschaftlichen Erfolg oder Mißerfolg verantwortlich zu sein“ als „wesentliche Voraussetzungen für die Charakterbildung des Menschen“. Das veranlaßt an Hand der vorliegenden Schrift, zu prüfen, wie es denn steht mit

Schacht als Charakter.

Da sind besonders interessant die Stellen, an denen der Währungsspezialist Schacht sich mit den ökonomischen Phantastereien „einer neuen Zahlungsmittelvermehrung, . . . einer Binnenmark oder etwas Aehnlichem“ auseinandersetzt.

Schacht macht hier eine Reihe treffender Bemerkungen:

„ . . . unsere Währung ist stabil durch Notverordnung.“

„Der häufigste Irrtum“ der Währungsdilettanten, „ist, daß man Währungsgeld, also das Zahlungsmittel, mit Kapital und Reichtum verwechselt. Das Geld als Zahlungsmittel ist aber so wenig Kapital, wie der Leitungsdraht elektrische Kraft ist.“

„Es fehlt uns nicht an Geldumlaufsmitteln in Deutschland, sondern es fehlt uns an Kapital. Kapital aber kann man nicht mit der Papierpresse drucken. . . .“

Auf Grund solcher Einsicht ergäbe sich für einen Charakter die Verpflichtung, den Herren von der „kommenden nationalen Wirtschaftspolitik“ ihre bare Unwissenheit in Währungsfragen klar zu machen oder wenigstens scharf davon abzurücken. Eine solche Zivilcourage finden wir in Schachts Schrift nicht.

Dagegen werden die Warner vor Währungsexperimenten als „Demagogen“ beschimpft: „Es ist ein Zeichen von großer Geistesarmut und ein Mißbrauch mit einem der kostbarsten politischen Güter, nämlich mit dem Vertrauen des Volkes zu seiner Staatsleitung, daß unsere Demagogen immer und immer wieder mit nichts anderem ihre Propaganda betreiben zu sollen glauben als mit dem Schreckgespenst der Inflation.“ (Seite 39.)

Wer ist nun hier in Wahrheit der Demagoge?

Was bleibt

hiernach übrig von den Grundsätzen deutscher Wirtschaftspolitik Schachtscher Prägung? Nicht mehr als

das Gefühl der Beschämung über den erbärmlichen Zustand der ökonomischen Wissenschaft,

der es ermöglicht, daß ein Mann, der auf dem Spezialgebiet der Währungspolitik anerkannter Spezialist ist, ohne Kenntnis seiner Grenzen über alle anderen Gebiete der Wirtschaftspolitik immer wieder seiner anmaßenden Geschwätzigkeit freien Lauf lassen kann, ohne allgemein als lächerliche Figur erkannt zu werden. Es ist Aufgabe der journalistischen Kritik, solch dreisten Schwätzern mit aller Schärfe entgegenzutreten. Darum opfern wir ein so beträchtliches Stück unseres knappen Zeitungsraumes für diese Betrachtung der Schachtschen „Grundsätze“.

Werner Hansen.

Wer beutet wen aus?

Schachts wirtschaftspolitischer „Realismus“ erreicht seinen Höhepunkt in der Behauptung, die darauf hinausläuft, daß

die in Arbeit stehenden Arbeiter heute die eigentlichen Ausbeuter

seien: sie beuten die Unternehmer aus und die Arbeitslosen!

„ . . . der schwächere Teil im Lohnstreit . . . ist . . . heute oft . . . der Unternehmer.“ — So schreibt dieser „Wirtschaftsführer“ auf Seite 29. Und auf Seite 31 wünscht er, daß der „unwürdige und unser ganzes Volk zerreißende Zustand“ aufhöre, „daß die eine Hälfte unserer Arbeiter nach hohen Zwangstariflöhnen bezahlt wird, die andere Hälfte aber mit einer kümmerlichen Staatsunterstützung kaum das Leben fristet“.

Für und gegen die Kaufkraft-Theorie.

Solche Salbadereien schreibt der Mann, der an anderer Stelle — gegenüber dem Ausland! — auf die „große Macht“ hinweist, über die Deutschland verfügt: „die Konsumkraft eines auf höchste kulturelle Bedürfnisse eingestellten 70-Millionen-Volkes“. Sieht Schacht nicht, wie ungeheuer diese Massenkonsumkraft in Deutschland geschwächt wurde im Verlaufe der Nachkriegszeit? Hat er noch nie etwas davon gehört, daß diese Aushöhlung der Massenkonsumkraft von entscheidender ursächlicher Bedeutung ist für Massenarbeitslosigkeit und Krise?

So lange eine ökonomische Erkenntnis in ihre nationalistische Weltansicht hineinpaßt, zeigen solche Wirtschaftspolitiker sich ihr zugänglich. So schreibt Schacht:

„Es scheint ein unausrottbarer Irrtum zu sein, daß ein Volk auf die Dauer mehr verkaufen könne, als es kauft.“

Aber er denkt nicht daran, die Konsequenz aus dieser Einsicht für die Binnenwirtschaft zu ziehen. Denn es ist ein ebensolcher — ja ein weit verhängnisvollerer —

Irrtum zu glauben, daß ein Volk auf die Dauer mehr produzieren könne, als es konsumiert!

Eine gewisse Zeitspanne kann die künstlich hintangehaltene Massenkaufkraft ersetzt werden durch die Unternehmer- und Kapitalistenkaufkraft. Da diese Kapitalistenkaufkraft aber — solange es eine kapitalistische Konkurrenz gibt — in immer steigendem Maße zur Rationalisierung und Erweiterung der Produktionsstätten eingesetzt wird, so kommt bei Fertigstellung dieser Produktionserweiterungen der Punkt, an dem der Mangel an Kaufkraft für Konsumartikel zur Stillegung großer Teile des gerade fertiggestellten Produktionsapparates zwingt. Dann ist die Krise da und mit ihr die Massenarbeitslosigkeit.

Schacht übersieht diese Zusammenhänge geflissentlich. Bei seiner äußerst scharfen Kritik an der starken Aufnahme ausländischer Kredite in der Nachkriegszeit und an der Art der Verwendung dieser Kredite in Deutschland sagt er kein Wort darüber, daß mit diesen Mitteln der deutsche Produktionsapparat rationalisiert und überrationalisiert worden ist. Das ist die verhängnisvollste Bedeutung jener Millionenkredite, die in die deutsche Wirtschaft gepumpt worden sind und sie heute mit dem Bleigewicht der Zinsen und Kapitalverpflichtungen belasten. Daß Schacht davon nichts versteht und immer nur auf den — gewiß übertrieben hohen aber ökonomisch nicht so gefährlichen — Konsumentenkrediten an deutsche Kommunen herumreitet, bezeugt seinen Mangel an volkswirtschaftlicher Schulung. Daß er aber bei der Aufzählung der wesentlichen Arten der „Kreditverwendung aus ausländischen Mitteln“ die Tatsache der gewaltigen Erweiterung des Produktionsapparates in den Jahren 1925 bis 1929 überhaupt nicht nennt: das läßt Zweifel aufkommen an der Wahrheitsliebe dieses Mannes. Denn diese Verhältnisse muß er kennen!

Sittenapostel Schacht.

Schacht wendet sich gegen die Entwertung des sittlichen Pflichtgefühls dadurch, daß man versucht habe, „alle Liebesdienste mit bezahlten Kräften“ durchzuführen. „Damit ist die Liebestätigkeit ihres eigentlichen Kernes entkleidet.“ (Was für ein Bild!)

Hat es Zweck, solchen Argumenten gegenüber darauf hinzuweisen, daß der Ausgebeutete ein *Recht* hat auf Hilfe und daß deshalb die Hilfeleistungen nicht der „freiwilligen Ehrenpflicht aller zur Hilfe Befähigten“ überlassen werden dürfen, daß ihre Durchführung vielmehr organisatorisch gesichert werden soll? Wer verspräche sich etwas von einer Diskussion dieser ethischen Probleme mit einem Mann, der von „der heute durch Deutschland gehenden nationalen Bewegung“ behauptet, „daß sie diese auf sittlichem Pflichtgefühl beruhenden Beziehungen von Mensch zu Mensch wiederherzustellen bemüht“ sei (Seite 36); einem Mann, der eine „gesetzliche Beschränkung der Einkommenshöhe“ für sinnlos und „auch durchaus unsittlich“ erklärt (Seite 48 f.), und

Brotpreissenkung in Frankreich.

In den großen französischen Städten wird in diesen Tagen der Brotpreis um 10 bis 12 Prozent herabgesetzt. Zum Beispiel kostete in Paris das Kilo Brot bisher 2.25 Francs (etwa 37½ Pfennig) und wird von jetzt an nur 2 Francs (etwa 33 Pfennig) kosten.

Die unmittelbare Ursache für diesen Rückgang ist ein noch weit erheblicherer Sturz der Weizenpreise. An den französischen Getreidebörsen wurde der Zentner Weizen im Juli mit 155 bis 165 Francs notiert. Anfang August stand er noch auf etwa 130 und fiel dann in rascher Folge auf 123 am 8. August, 114 am 9., 108 am 10. August. Auf manchen Getreidemärkten in der Provinz sank er am 12. August sogar auf 100 Francs für den Zentner. Das ist ein Rückgang um ein Drittel in vierzehn Tagen.

Die Ursachen für diesen Preissturz sind folgende: In Frankreich wird eine gute Getreideernte erwartet. An den Getreidebörsen wird also auf eine Senkung der Getreidepreise gerechnet, die Käufer halten sich zurück. Eine Reihe von kleineren Bauern ist gezwungen, die neue Ernte rasch auf den Markt zu werfen, besonders da sie im vorigen Jahre angesichts der Krise schlechte Geschäfte gemacht haben.

Es ergibt sich also folgende Lage: Die Großbauern und Rittergutsbesitzer — die in einigen Provinzen Frankreichs vorherrschen — sind nicht sehr darauf angewiesen, sofort Geld zu bekommen und halten daher mit dem Verkauf des Getreides zurück. Die kleineren Bauern jedoch, soweit sie Getreide für den Markt produzieren, müssen rascher verkaufen. Sie müssen also mit den niedrigen Preisen zufrieden sein und geraten gegenüber den Großerzeugern ins Hintertreffen. An diesem Unterschied der Lage der großen und kleinen Landwirte krankt die französische Landwirtschaft schon seit geraumer Zeit. Er ist einer der Umstände, die man in Betracht ziehen muß, wenn man untersuchen will, warum seit einigen Jahren in Frankreich eine große Wanderung vom Lande in die Städte vor sich geht.

Die Regierung versucht, den Bauern durch Verschärfung des Vermahlungszwanges für inländisches Getreide und durch verstärkte Kontingentierung der Einfuhr zu helfen. Sowohl die Rechte als auch die Linke drängen die Regierung dazu, weitere Eingriffe vorzunehmen. Sie sind sich einig in der Forderung, daß für den Augenblick fremdes Getreide ganz aus Frankreich verbannt werden sollte. Die Rechte fordert darüber hinaus Regierungshilfe für die Getreideerzeuger in der Form der Gewährung von Krediten zur Lagerung des Getreides, damit dieses dann in kleinen Mengen unter Stabilhaltung des Preise verkauft werden kann. Die Linke fordert die Einrichtung eines staatlichen Getreideamtes, das eine Getreidepolitik treiben soll, die den Bauern einen festen Preis für ihr Getreide sichert.

In der Regierung selber bestehen zum Teil freihändlerische Tendenzen, die dem Drängen in der Richtung auf Schaffung privater oder staatlicher Getreidemonopole entgegenwirken. Diesen Tendenzen ist es zu verdanken, daß einstweilen das Fallen des Weizenpreises von der Regierung nicht noch mehr abgebremst wird und statt dessen der Brotpreis jedenfalls um ein Geringes gesenkt worden ist.

In Frankreich werden jährlich etwa 400 Pfund Brot pro Kopf der Bevölkerung gegessen (in England etwa 150, in Deutschland weniger als 100), mehr als in irgend einem anderen Lande Europas. Für die französische Arbeiterschaft hat darum die Senkung des Brotpreises um 10 Prozent eine nicht zu unterschätzende Bedeutung: Eine vierköpfige Arbeiterfamilie spart mindestens 160 Francs im Jahr, das ist der Wochenlohn eines ungelernten Arbeiters in Frankreich!

G. K. (Paris).

DEUTSCHLAND

Brotpreis gesenkt: In Berlin ist der Preis für ein Zweieinhalb-Pfund-Brot von 45 auf 42 Pfennig, für ein Dreieinhalb-Pfund-Brot von 63 auf 60 Pfennig herabgesetzt worden. In Dresden ist der Preis für ein Vier-Pfund-Brot um 4 Pfennig herabgesetzt worden. — Eine Folge des wegen der großen Ernte gesunkenen Roggen- und Mehlpreises.

Arbeiterentlassungen: Die Gutehoffnungshütte (Oberhausen) entläßt 300 Arbeiter und 27 Angestellte. Die Maschinenbau-Firma Heinrich Lanz (Mannheim) wird während der nächsten zwei Monate 600 bis 700 Arbeiter entlassen, trotz Uebergangs zur Vierzig-Stunden-Woche.

FRANKREICH

Schrumpfender Außenhandel: Verglichen mit dem Juli des Vorjahres ist in diesem Juli die Ausfuhr um 38 Prozent, die Einfuhr um 34 Prozent zurückgegangen.

USA

Arbeitseinkommen stark gesunken: Das durchschnittliche Wocheneinkommen der Industriearbeiter war im Juni 1932 um 43 Prozent niedriger als im Juni 1929. Die Lebenshaltungskosten sind in demselben Zeitabschnitt um 37 Prozent gesunken. Die Kaufkraft des einzelnen Arbeiters ist also stark gesunken, viel mehr noch die Kaufkraft der gesamten Arbeiterschaft, weil deren Beschäftigung in demselben Zeitraum um 43 Prozent abgenommen hat. — Schlechte Aussichten für die Belebung der Konjunktur!

ENGLAND

Lohnabbau: Während der ersten sieben Monate des Jahres ist der Wochenlohn von 1 332 000 Arbeitern um insgesamt 165 500 Pfund Sterling (rund 2,5 Millionen Mark) abgebaut worden.